Nr. 51 — 12. Jahrgang | Einzelnummer 0,30 Złoty | Katowice, den 20. Februar 1930

Ostdeutsche Morgenpost

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche) Sonntags mit der Beilage „Illustrierte Ostdeutsche Morgenpost" (in Kupfertiefdruck). Bezugspreis: 5 Złoty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zł. bzw. 1,60 Zł. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord od. Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Das Polen-Abkommen doch nicht durchzusetzen?

Wachsender Widerstand erzwingt Zurückstellung

Fühler nach Paris und London?

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 19. Februar. Die „DAZ." teilt mit:

„Das Reichskabinett wird sich in den nächsten Tagen erneut mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen beschäftigen. Die Verhandlungen über die Trennung dieses Vertrages aus dem Rahmen der übrigen Youngvorlagen sind noch nicht abgeschlossen. Da aber die in der breiten Oeffentlichkeit vorgetragene Mahnung, den Polenvertrag zur Aufnahme neuer Verhandlungen zurückzustellen, in sehr maßgebenden Kreisen Eingang gefunden hat, ist damit zu rechnen, daß sich das Kabinett tatsächlich in diesem Sinne entscheidet."

Obgleich von der Reichsregierung dementiert wird, daß in Paris und London Fühlung genommen worden sei über die etwaigen Rückwirkungen einer Zurückstellung des Polenvertrages auf die Ingangsetzung des Youngplanes, wird nicht bestritten, daß der **Gedanke einer Trennung des Polenabkommens von den übrigen Younggesetzen in maßgebenden politischen Kreisen sehr an Boden gewinnt.**

Der Wahlkreisverband des Wahlkreises III der Deutschen Volkspartei, der die westlichen Bezirke Groß-Berlins und Teile des Regierungsbezirks Potsdam umfaßt, beschäftigte sich auf einem Staatspolitischen Abend mit dem Youngplan und den dazu gehörigen Abkommen. Nach eingehender Erörterung sprach sich die Mehrheit der Versammlung gegen die Annahme des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens aus.

Der Handelsvertrag fertig

(Telegraphische Meldung)

Warschau, 19. Februar. Bei der Besprechung der Zollfragen im Sejm erklärte Außenminister Zaleski, der Handelsvertrag mit Deutschland befinde sich bereits in der Endbearbeitung. Er wäre schon fertig, wenn von deutscher Seite nicht eine sehr schwierige Regelung für die Abnahme des polnischen Schweinekontingents gefordert worden wäre, die jetzt unter Zuziehung der interessierten Wirtschaftskreise in Arbeit sei.

Notwendig geworden ist diese schwierige Regelung nur durch das polnische Verlangen, daß Deutschland die Abnahme des Schweinekontingentes sicherstellt.

Wieder Friede im Berliner Kraftdroschkengewerbe

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar. Nachdem gestern im Lohnkampf im Droschkengewerbe ein für beide Parteien bindender Schiedsspruch zustandegekommen war, ist der Streik beigelegt. Bereits heute früh ist in den meisten gestreikten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Brauns unzulässige Abstimmung für das Polen-Abkommen

Zwei ernste Mißtrauensanträge im Landtag

Grimmes unheilvolles Stolpern ins Ministeramt

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes)

Berlin, 19. Februar. Zwei Mißtrauensanträge gaben der heutigen Sitzung des Preußischen Landtages das Gepräge. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Volkspartei war damit begründet, daß das Preußische Staatsministerium entgegen einem Mehrheitsbeschluß des Landtages im Reichsrat für die Younggesetze und für das Polenabkommen gestimmt habe. Ein Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei nahm die Ersetzung des Kultusministers Becker durch den Sozialdemokraten Grimme zum Anlaß. Das deutschnationale Mißtrauensvotum wegen der Polenverträge wurde von dem Abg. von Winterfeldt begründet. Der Redner nannte das Liquidationsabkommen eine Ungeheuerlichkeit. Das verarmte Deutschland solle darin hohe Summen preisgeben gegen leere Versprechungen. Dem Versprechen Polens, deutschen Grundbesitz nicht weiter zu liquidieren, ständen seine Freunde mißtrauisch gegenüber. Im Ausland werde der Vertrag als Anerkennung des Korridors bewertet. Polen werde sich durch dieses Abkommen nicht an der Erreichung seiner alten Ziele hindern lassen. Obwohl der Landtag mit Mehrheit beschlossen habe, der preußische Vertreter im Reichsrat solle gegen das Liquidationsabkommen stimmen, hätte er dem Vertrage zugestimmt. Da der Ministerpräsident hierfür verantwortlich sei, müsse ihm das Vertrauen entzogen werden. Der Ministerpräsident, der unmittelbar nach der Begründung der beiden Mißtrauensanträge das Wort ergriff, versuchte zunächst einmal in Erwiderung auf die Wirtschaftspartei, die Neubesetzung des Kultusministeriums zu rechtfertigen. Der Wirtschaftspartei fügte er zunächst einen Schlag durch die Mitteilung zu, er hätte mit Vertretern der Wirtschaftspartei einmal über deren Eintritt in die Regierung verhandelt, die Wirtschaftsparteiler hätten ihm aber erklärt, daß ein Regierungseintritt für ihre Partei nicht in Frage kommen kann, da sie sich dadurch des besten Agitationsstoffes berauben würden. Diese Mitteilung wurde mit lebhaftem Interesse und hörbarem „Hört! Hört!" vom Hause aufgenommen, und machte es dem Ministerpräsidenten leicht, auf das Mißtrauensvotum einzugehen. Die Verteidigung der Ersetzung Beckers durch Grimme gelang freilich sehr schlecht. Es gelang dem Ministerpräsidenten nicht, den unangenehmen Eindruck zu vertuschen, den nicht nur diese Ernennung, sondern auch ein paar Tage später die Antrittsrede des neuen Kultusministers hervorgerufen hatte.

Dann erst ging der Ministerpräsident auf den zweiten Mißtrauensantrag ein, wobei seine Stellung zum Polenabkommen einen besonderen Raum einnahm. Einiges von dem, was der Ministerpräsident sagte, war bisher nicht in solcher Deutlichkeit bekannt. So die Tatsache, daß Preußen bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen überhaupt nicht beteiligt gewesen ist. Zuerst, meinte Braun, hätte die preußische Regierung das Abkommen überhaupt ablehnen wollen, dann sei sie aber durch Verhandlungen mit der Reichsregierung eines anderen belehrt worden. Worin diese Belehrung wenigstens zum Teil bestanden habe, das geht aus einem anderen Teil der Rede hervor, in der der Ministerpräsident davon Mitteilung macht, daß das Reichskabinett eine baldige Regelung der Preußen durch die Gebietsabtrennungen an Polen entstandenen Verluste zugesagt habe. Um welche Summe es sich dabei handeln kann und in welcher Form diese Entschädigungsleistungen an Preußen geleistet werden sollen, ist bisher nicht bekannt. Man wird mit einiger Spannung darauf warten können, da immerhin dieses Zugeständnis so ähnlich wie eine Bezahlung für die Aufgabe des preußischen Widerstandes gegen das Liquidationsabkommen aussieht.

Der Deutschnationale Steuer kam in der Aussprache als erster zu Wort. Was das Mißtrauensvotum wegen des polnischen Abkommens angehe, so erinnere er den Ministerpräsidenten Braun daran, daß dieser früher das Schachtsche Angebot als das Aeußerste bezeichnet habe, was Deutschland tragen könne. Der Landtag hätte der Regierung ein bestimmtes Mandat gegeben. Daran hat sich die Regierung einfach nicht gehalten. Sie hatte in dieser Lebensfrage einen Mehrheitsbeschluß des Landtages unbeachtet gelassen. Als Teilträger der Reichssouveränität hätte Preußen dem für Deutschland nachteiligen Polenabkommen nicht zustimmen dürfen. Das Staatsministerium habe aber nicht dagegen gestimmt., trotz des bestimmten und klaren Landtagsbeschlusses. „Wir erleben aber immer wieder, daß große nationalpolitische Fragen einfach bagatellisiert werden, nur um einer Interessentengemeinschaft willen." Schwer zu bemängeln sei schließlich, daß die Reichsregierung Preußen bei den Verhandlungen nicht hinzugezogen habe.

Im weiteren Verlauf der Aussprache spielte wieder der Fall Kultusministerium eine größere Rolle als der Fall Polen. Das gilt für die Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Heß ebenso wie für die des sozialdemokratischen Abg. Heilmann. Diese beiden Abgeordneten haben eine besondere Rolle in den Koalitionsverhandlungen gespielt, deren einstimmiges Ergebnis schließlich der unerfreuliche Wechsel im Kultusministerium war. Besonders Heilmanns nachträgliche Erklärungsversuche klangen sehr wenig überzeugend.

Der Volksparteiler Stendel stimmte für seine Fraktion dem Mißtrauensantrag wegen des Kultusministers zu, drückte sich aber wegen des anderen Mißtrauensantrages sehr vorsichtig aus und erklärte, daß die Umgehung des Landtagsbeschlusses durch die Staatsregierung einer genauen sachlichen Prüfung bedürfe.

(Sitzungsbericht s. S. 2)

Paris, 19. Februar. In den Wandelgängen der Kammer wird allgemein erwartet, daß der Präsident der Republik morgen dem radikalsozialen Abgeordneten Chautemps den Auftrag der Kabinettsbildung anbieten wird.

Praktische Reichsreform

Von

Dr. Joachim Strauß

Im Zusammenhange mit den Etatsverhandlungen in den Ländern hat die Erörterung über die Reichsreform in letzter Zeit wieder einen breiteren Boden eingenommen. Die allzu theoretischen Beratungen der Länder-Ministerkonferenzen haben die Reichsreform nicht vorwärtsgebracht. Die finanzielle Lage einiger Länder zwingt jetzt aber dazu, der Frage einer grundsätzlichen Reform näher zu treten, da die Last des Landesverwaltungsapparates sich je länger desto untragbarer erweist. Als Ziel der Reichsreform betrachtet man im allgemeinen einen dezentralisierten Einheitsstaat, der nur eine beschränkte Anzahl von Ländern mit rein verwaltungsmäßigen Aufgaben zu umfassen hätte. Angesichts der geringeren Bedeutung der Aufgaben dieser Länder könnte bei ihnen auch auf parlamentarische Körperschaften verzichtet werden, und ihre Verwaltung könnte ähnlich dem preußischen Provinzsystem aufgebaut sein. Leider ist man sich aber über die Wege, die zu diesem dezentralisierten Einheitsstaat führen sollen, noch keineswegs im klaren, und es erscheint unausbleiblich, daß vor der Durchführung der Reichsreform erst Zwischenlösungen getroffen werden, durch die den finanziell besonders schwachen Staaten aus ihrer Notlage geholfen wird.

Die schwierigste Frage bleibt immer noch die Gliederung des Landes Preußen im neuen Einheitsreich. Die besondere Stellung Preußens als des größten Landes macht eine Unterscheidung zwischen Nord und Süd notwendig, um zu vermeiden, daß das Reich in einen preußisch-zentralistischen Staat verwandelt wird und so der entsprechenden Eingliederung der süddeutschen Staaten sachliche und gefühlsmäßige Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wenn man aber das bisherige Tempo der Reichsreformberatungen überblickt, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Erreichung dieses Zieles noch solange dauern wird, daß zwingende finanzielle Gründe Zwischenlösungen für einzelne Länder erfordern. In Norddeutschland ist in verschiedenen Ländern der Gedanke des Anschlusses an Preußen laut geworden und findet unter dem Druck der Finanznot immer mehr Freunde. In Thüringen, Mecklenburg-Strelitz, in Hessen wird seit Jahresende immer stärker der Anschluß an Preußen gefordert. Der Mecklenburgische Staatsminister, Freiherr von Reibnitz, hat bei der Begründung des Haushaltsvoranschlages 1930 erklärt, daß sich die wirtschaftliche Notlage des Landes nicht beheben lassen werde und daß er infolgedessen den Anschluß an Preußen befürworten müsse. Unverbindliche Verhandlungen in dieser Richtung sind im Gange, doch hat Mecklenburg bisher Sonderwünsche geäußert, die zweifellos zu weit gehen.

In einer besonders schwierigen Lage befindet sich das Land Braunschweig, vor allem aus seiner geographischen Gestaltung heraus. Eine Berliner Zeitung hat unter dem Sammelwort „Kuriositäten aus der deutschen Kleinstaaterei" behauptet, das Land „Braunschweig zerfalle, ohne daß die meisten Deutschen etwas davon wüßten, in acht einzelne Teile" — es ist tatsächlich noch schlimmer: es sind ungefähr zwanzig Teile, die in Streifen und Exklaven

zerstreut zum Teil weitab vom Kern des Landes und seiner Hauptstadt liegen, z. B. ein Amt Thedinghausen in der Nähe von Bremen! Die Bestrebungen, die vor Jahren einsetzten, durch Verwaltungsersparnisse das Land auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen, sind ergebnislos geblieben. Die seit zwei Jahren allein am Ruder befindliche Sozialdemokratische Landesregierung hat den Wünschen nach sozialdemokratischer Personal-Politik auf Kosten der Steuerpolitik weiten Lauf gelassen; die Mißstimmung gegen die Zugehörigkeit zum Lande Braunschweig ist in den abgelegenen Teilen und in den Grenzgebieten dadurch immer stärker angewachsen. Der Landtag hat bei der Beratung des Haushaltsvoranschlages zugeben müssen, daß das Land Braunschweig finanziell nicht mehr zu halten ist und die Frage eines Anschlusses an Preußen ernsthaft geprüft werden muß. Diese Stimmung hat jetzt im stärksten Maße sogar die welfische Gedankenwelt weiter Kreise übertönt, die allerdings schon lange nicht mehr eine reichsfeindliche oder herzogstreue Einstellung war, sondern mehr dem Heimatgedanken sich annäherte. Soweit ist dieser Welfengedanke aber noch lebendig geblieben, daß er die Form des gewünschten Anschlusses an Preußen zu beherrschen scheint. Trotzdem die östlichen braunschweigischen Randgebiete wirtschaftlich und verkehrsmäßig überwiegend nach Magdeburg neigen sollten, zeigt sich doch allgemein das Bestreben, das Land Braunschweig mit den hannoverschen Gebieten zu einer großen Provinz Niedersachsen im Rahmen Preußens zusammenzuschließen. Aus diesem Streben nach Hannover hin fallen vielleicht am meisten heraus die Landesteile um den Harz, die aus Gründen der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs vor allen Dingen darauf Wert legen, daß das gesamte Gebiet des Harzes unter eine einheitliche Verwaltung zusammengeschlossen wird, die der bisherigen Vielfältigkeit der Verwaltungen und der Verordnungen ein Ende setzt. Daß die westlichen Wesergebiete Braunschweigs, die verkehrsmäßig mehr zu Hannover als zu ihrer Landeshauptstadt gehören, auch politisch nach Hannover neigen, liegt auf der Hand, ebenso wie die hannoverschen Grenzgebiete einen Zusammenschluß mit Braunschweig befürworten würden.*)

Das stärkste Hindernis für die Gesamt-Reichsreform liegt nach wie vor in der sehr stark ausgeprägten Eigenstaatlichkeit Bayerns. Auf die bayerischen Gefühle muß Rücksicht genommen werden, um dort nicht eine Art Reichsverdrossenheit aufkommen zu lassen. Die Finanznot macht aber auch vor den süddeutschen Staaten nicht Halt, und wenn sie bisher in der Richtung der Reichsvereinheitlichung auch auf die Bayern noch keinen Eindruck gemacht hat, so können sich die anderen süddeutschen Staaten, Baden und Württemberg, der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß sie ihre Einzelselbständigkeit auf die Dauer nicht aufrecht erhalten können. Der Badische Innenminister Wittemann hat im Landtag in bestimmter Form ausgesprochen, daß die Vereinigung Badens und Württembergs sich als notwendig erweisen würde, und der Badische Kultusminister Remmele hat sich seinerseits ebenfalls für diesen Zusammenschluß als Durchgangsstufe zur Reichseinheit ausgesprochen. In Württemberg hat man es ihm allerdings übel genommen, daß er erklärt hat, Baden könne zwar in finanzieller Beziehung von Württemberg lernen, dürfe sich aber nicht auf den kulturellen Stand Württembergs herabdrücken lassen. (Gemeint ist damit zweifellos die Tatsache, daß Württemberg eines der wenigen deutschen Länder ohne durchgeführtes achtes Schuljahr ist). Die Erregung über diese Aeußerung Remmels ist aber wieder im Verebben, und die Verhandlungen über den badisch-württembergischen Zusammenschluß sind dadurch nicht ernsthaft gefährdet worden.

Die Schwierigkeit für einen Zusammenschluß der süddeutschen Länder ohne Bayern wird voraussichtlich darin liegen, daß eine einigermaßen vernünftige, sachlich Gliederung die Pfalz von Bayern lösen und an den neuen süddeutschen Großstaat überführen müßte. Die Pfalz selber würde vermutlich auch einen derartigen Vorschlag sachlich prüfen, die rechtsrheinischen Bayern aber würden ihn ganz grundsätzlich ablehnen und sich vermutlich in eine wesentlich übertriebene und reichsschädliche Erregung hineinhetzen lassen. Trotzdem hier also noch wesentliche Schwierigkeiten bestehen, zeigen alle diese Vorgänge doch, daß die Reichsreform praktisch in Fluß kommt und daß die Länder, von der Not des Haushalts gedrängt, nicht mehr auf ein Ergebnis der langwierigen Konferenzberatungen warten wollen und können. Die Notwendigkeit dieser Beratungen darf dadurch in keiner Weise bestritten werden: denn dem einzelnen Vorgehen der Länder zum Zusammenschluß darf der theoretische Unterbau nicht fehlen, der schließlich die Durchführung der Reichseinheit ermöglichen soll.

---

*) Siehe die Umfrage „Braunschweig und Preußen" in der „Braunschweigischen Landeszeitung" Nr. 40 vom 9. Februar d. J.

Moldenhauer stellt den Etat selber auf

Von den Fraktions-Sachverständigen nur Material entgegengenommen

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 19. Februar. Heute abend haben die Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien des Reichstages ihren Abschluß gefunden. Man hat die verschiedenen vom Reichsfinanzminister vorgelegten Deckungsvorschläge des Defizits durchgesprochen, und es sind im Laufe der Erörterungen auch von den Parteien verschiedene neue Vorschläge gemacht worden. Zu Beschlüssen ist es nicht gekommen, sie waren auch nicht vorgesehen. Dem Reichsfinanzminister kam es lediglich darauf an, die Meinungen und Stimmungen der einzelnen Fraktionen kennen zu lernen, **um damit die Grundlage zu gewinnen für die selbständige Aufstellung eines Deckungsprogramms, das dann zunächst vom Reichskabinett zu verabschieden wäre,** ehe es zur Entscheidung über „Ja" oder „Nein" an den Reichstag gehen soll. Der Reichsfinanzminister wird also **in erfreulichem Gegensatz zum Vorjahre nicht den Sachverständigen der Regierungsparteien die eigentliche Entscheidung über die Gestaltung des Etats und über die Deckung überlassen, sondern persönlich handeln.** Das wird man in jedem Falle begrüßen müssen, auch wenn über die Einzelheiten des kommenden Moldenhauerschen Deckungsprogramms noch nichts bekannt ist. Es hat jetzt keinen Zweck mehr, sich über die verschiedenen in den Besprechungen mit den Parteiführern erörterten Pläne zu unterhalten, denn diese Pläne haben für den Reichsfinanzminister von vornherein nur den Wert von Material gehabt.

Die „Vossische Zeitung" berichtet, daß das Zustandekommen der Biersteuer als gesichert gilt, da Bayern seine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Steuer zurückzustellen beabsichtigt, falls seine Sonderwünsche bei der Rücküberweisung erfüllt werden.

Die Einsparungen am Wehrhaushalt

Kein Posten für Panzerkreuzer B; für A die vorgesehene Rate Wieder Manöver

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 19. Februar. Heute wird zu dem bereits bekannten Beschluß des Reichskabinetts, in den Haushaltsplan für 1930 keinen noch so kleinen Erinnerungsposten an den Panzerkreuzer B einzustellen, amtlich folgendes erklärt:

„Es ist bekannt, daß in der letzten Kabinettssitzung eine Einigung dahin zustandegekommen ist, daß eine Rate für das Panzerschiff B in den Etat 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe sind in der Finanznot zu erblicken, die es in diesem Jahr unmöglich macht, einen Posten für das Panzerschiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon jetzt einem Beschluß des Reichstags nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz von Linienschiffen vorgesehen wird."

Die Nachrichten, daß die englische Regierung in Berlin den Wunsch geäußert habe, die Reichsregierung möge den Bau des Panzerkreuzers B zurückstellen, um Frankreich seine Argumente gegen die Seeabrüstung aus der Hand zu schlagen, entbehren jeder Grundlage. Die Beschlüsse des Reichskabinetts hängen mit außenpolitischen Erwägungen nicht zusammen. Der Reichswehretat, der mit 700 Millionen angesetzt ist, liegt um etwa 9 Millionen unter dem Etat von 1928, aber um 35 Millionen über dem Etat von 1929. Das erklärt sich z. T. daraus, daß die zweite Rate für den Panzerkreuzer A um einige Millionen höher ist als es die erste Rate war, ferner daraus, daß diesmal **wieder Summen für die Abhaltung von Manövern und Uebungen der Reichswehr und Marine** in den Etat eingestellt worden sind, die das letzte Jahr gestrichen worden waren mit dem Erfolge, daß die Reichswehr Manöver im Jahre 1929 nicht abhalten konnte.

Verhandlungen über den Luftfahrthaushalt

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar. Reichsverkehrsminister Stegerwald verhandelte heute nachmittag mit den Sachverständigen der Fraktionen über die Gestaltung des Luftfahrtetats. Für die Lufthansa kommt derselbe Betrag von sechzehn Millionen in Ansatz, der bei der Bearbeitung des vorigen Etats als jährlicher Posten für die nächsten drei Jahre vorgesehen worden ist. Der wesentlichste Punkt des Luftfahrtetats ist die Aufgabe, eine leistungsfähige deutsche Flugzeugindustrie wenigstens in bescheidenem Maße zu erhalten. Die Flugzeugindustrie rechnet mit einem Ansatz von ungefähr 13 Millionen. Darin sind allerdings schon die laufenden Aufträge der Lufthansa enthalten.

Mexikos Generalkonsul in Warschau verunglückt

(Telegraphische Meldung)

Warschau, 19. Februar. Auf der Strecke Warschau—Wilanow fuhr eine mit sechs Personen besetzte Luxuslimousine bei einer Wegbiegung gegen einen Baum. Das schwer beschädigte Auto ging in Flammen auf. Der Führer war auf der Stelle tot, einer der Insassen, der mexikanische Generalkonsul in Warschau, Duart, erlag einige Stunden nach der Katastrophe seinen Verletzungen. Auch die übrigen vier Passagiere haben schwere Verletzungen erlitten. Als Ursache der Katastrophe werden übermäßige Geschwindigkeit des Wagens und schlechte Beschaffenheit der Straße angegeben.

45-Millionen-Kredit für Berlin

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar. Der Magistrat hat heute das Angebot eines unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehenden Bankenkonsortiums auf einen Kredit von 45 Millionen RM angenommen. Der Kredit soll die Fertigstellung der dringlichsten Brücken- und Straßenbauten, Schulen, Bäder und Krankenhäuser ermöglichen.

Sitzungsbericht

Der Preußische Landtag erörterte heute die beiden gegen den Ministerpräsidenten Braun eingebrachten Mißtrauensanträge. Der eine ist von der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion unterzeichnet und wendet sich gegen die Ernennung des Sozialdemokraten Grimme zum Kultusminister, weil dadurch auch **die Jugenderziehung in sozialistisches antichristliches Fahrwasser gelenkt** werden solle. Der andere Mißtrauensantrag ist von den Deutschnationalen eingebracht und wird **mit der Zustimmung des Staatsministeriums im Reichsrat zu dem Polenabkommen begründet, unter Hinweis darauf, daß ein Landtagsbeschluß Ablehnung des Abkommens** gefordert hatte. Auf der Regierungsbank hat der Ministerpräsident mit seinen Beamten Platz genommen.

Abg. Ladendorf (WP) begründete den Mißtrauensantrag seiner Fraktion, z. T. unter besonders scharfen Angriffen gegen das Zentrum, dem er ein Paktieren mit der Sozialdemokratie in dieser Sache vorwarf.

Abg. Dr. von Winterfeldt (Dnat.):

„Auch wir mißbilligen die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers. Nach unserer Auffassung würde die Annahme des Youngplanes einen vernichtenden Schlag für Deutschland/Preußen bedeuten. Auch wir wünschen, daß die Deutschen in Polen bei Erhaltung ihres Grundbesitzes beschützt werden und würden bereit sein, für dieses Ziel Opfer zu bringen. Aber glaubt denn der Herr Ministerpräsident an die Loyalität Polens? Wird Polen nicht alles tun, um die Grenzen zu verewigen? Der Vertrag wird im Auslande als Anerkennung des Korridors gewertet.

Der Landtag hat mit Mehrheit die Ablehnung des Vertrages beschlossen. Der für die gesamte Politik verantwortliche Ministerpräsident hat trotzdem im Reichsrat die preußischen Stimmen für den Vertrag abgeben lassen. Wir klagen ihn an, daß materiell durch die Abstimmung Preußens im Reichsrat großer, nicht wieder gut zu machender Schaden für unser Vaterland entstehen kann und daß er formell verfassungswidrig gehandelt hat."

Ministerpräsident Dr. Braun:

„Ich habe mich im Fall Grimme streng an den Artikel 45 der Verfassung gehalten, wonach der Ministerpräsident die Staatsminister ernennt. Daß ich bei der Ernennung eines Staatsministers den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung tragen muß, ergibt sich daraus, daß wir ein parlamentarisches Regime haben, in dem der Ministerpräsident des Vertrauens des Parlaments bedarf. Als Minister Becker, sich politischen Notwendigkeiten fügend, sein Amt niederlegte, (stürmisches Gelächter rechts), habe ich ihn selbst um Rat gefragt, wen er mir als geeigneten Nachfolger vorschlagen könnte. Minister Becker hat mir als den einzigen, den er als geeignet ansehe, seine Politik fortzuführen, Grimme vorgeschlagen. Ich habe in derselben Stunde die Ernennung des Herrn Grimme vorgenommen. Daß die Ernennung Grimmes zum Kultusminister

„eine tiefgehende Erregung in der vorwiegend christlich eingestellten Bevölkerung beider Konfessionen"

hervorgerufen habe, ist mir bisher nicht zu Ohren gekommen. Zu solcher Erregung liegt auch keine Veranlassung vor. Die Rechte der christlichen und sonstigen Konfessionen sind in der Verfassung, in Verträgen und Verordnungen gewährleistet. Der Minister Grimme hat diese Bestimmungen durchzuführen. Außerdem hat der preußische Kultusminister sich nicht nur mit den Konfessionen zu beschäftigen, sondern vor allem auch die Gebiete der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu bearbeiten.

Der vom Kultusminister Grimme gebrauchte Ausdruck von dem Exponenten einer Machtgruppe ist durchaus am Platze. Es ist in parlamentarischen Ländern üblich, daß die **Parteien, die die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte tragen, auch ihre Exponenten in die Regierung** entsenden. Sobald aber der Mann Minister ist, hat er **als Minister im Sinne der Verfassung sein Amt zu führen.** Er wird natürlich seine politische Ueberzeugung nicht ablegen.

Davon, daß es unter dem neuen Kultusminister zu einem **Stillstand der Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen kommt, kann keine Rede** sein. Wenn darüber geklagt wird, daß die Verhandlungen noch zu keinem Abschluß gekommen seien, so erinnere ich daran, daß die **Verhandlungen mit der katholischen Kirche vier Jahre gedauert haben."**

Zu dem von den Deutschnationalen eingebrachten Mißtrauensantrag wolle er sich im jetzigen Stadium der außenpolitischen Verhandlungen nicht äußern.

Preußen sei bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen mit Polen nicht beteiligt gewesen.

(Rufe bei den Deutschnationalen: „Schlimm genug!") Es sei aber anzunehmen, daß die Reichsregierung sich von dem Bestreben leiten ließ, zu einer allgemeinen Befriedung zu kommen, die die unerläßliche Voraussetzung für ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit unseren Nachbarn sei.

Die jetzigen deutschen Ostgrenzen halte auch er für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht. Man müsse aber doch mit den politischen Machtverhältnissen rechnen. Die ewige Zwietracht gereiche auf die Dauer nur beiden Ländern zum Schaden.

Die Preußische Staatsregierung habe erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des polnischen Liquidationsabkommens gehabt und sei geneigt gewesen, sich gegenüber diesem Abkommen völlig ablehnend zu verhalten. Gemeinsame Beratungen mit dem Reichskabinett hätten die Staatsregierung davon überzeugt, daß es besser sei, dem Abkommen zuzustimmen. Die Reichsregierung habe eine Regelung für die Abgeltung des Preußen entgangenen Staatsvermögens in Aussicht gestellt. **„Nach diesen Zusicherungen glaubten wir, dem Vertrage zustimmen zu sollen, auch entgegen dem Landtagsbeschluß, da der Landtag bei Annahme dieses Beschlusses Tatsachen nicht kannte.** Das gesamte preußische Kabinett ist bereit, mit seiner Verantwortung für diese Haltung einzustehen".

Steuer (Dnat.)

bezeichnete die Ausführungen des Ministerpräsidenten als recht schwach. Es sei überaus bedenklich für die christliche Kirche, daß ein Sozialdemokrat Kultusminister sei. Das Zentrum trage hierfür die politische Mitverantwortung.

Was die Haltung der Staatsregierung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen angehe, so erinnere er den Ministerpräsidenten daran, daß er früher das Schachtsche Angebot als das Aeußerste bezeichnet habe, was Deutschland tragen könne. Auch das Zentrum war für die Ablehnung des Liquidationsabkommens.

Dr. Heß (Ztr.) wies den Versuch zurück, dem Zentrum die politische Verantwortung für die Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers zuzuschieben. Dem sozialdemokratischen Kultusminister stehe das Zentrum mit derselben Wachsamkeit gegenüber wie jedem Minister einer anderen Partei.

Heilmann (Soz.): Die Sozialdemokraten haben in entscheidenden Punkten eine andere Auffassung gehabt als Becker. Wenn der Ministerpräsident in dieser Frage das Urteil der Fraktionen in vollem Umfange geteilt hätte, würde er sich längst von Becker getrennt haben. Beim Polenabkommen liegt höchstens ein formaler Verstoß der Regierung gegen den Landtagsbeschluß vor.

Stendel (DVP.) wies darauf hin, daß der **Zentrumsredner sich mit keinem Wort zu dem Polenabkommen** geäußert habe. Die Umgehung des Landtagsbeschlusses durch die Staatsregierung bedürfe einer genauen sachlichen Prüfung. Da seine Freunde die Berufung eines Sozialdemokraten in das hochwichtige Amt des Kultusministers mißbilligten, stimmten sie dem Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei zu.

Riedel (Dem.) erklärte, seine Fraktion habe es allerdings für notwendig gehalten, zum Ausdruck zu bringen, daß bei der Besetzung des Kultusministeriums der Stimmung der evangelischen Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Der evangelische Volksteil fühle sich seit langem vernachlässigt.

Rhode (WP.): „Grimme soll nur die sozialdemokratische Wählerschaft vergrößern helfen, indem er bereits die Schüler beeinflußt. Selten ist ein Minister so ungeschickt in sein Amt gestolpert wie Grimme."

Ponfick (Dt. Fr.), **Kube** (Nat. Soz.), **Lindner** (Christl. Soz.), **Jendrusch** (Kom.) und **Leonhardt** (WP.) begründeten die Zustimmung ihrer Fraktionen zu den Mißtrauensanträgen.

In seinem Schlußwort erklärte **Baecker (Dnat.),** Ministerpräsident Braun habe sich bei Ernennung Grimmes als preußischer Mussolini zu erkennen gegeben, **indem er sich sogar über die Forderung eines großen Teils seiner eigenen Partei hinwegsetzte.** Das Polenabkommen **würde nach dem Versailler Vertrag die zweite Hand voll Erde auf den Sarg des deutschen Ostens darstellen.** Die Abstimmung **über die Mißtrauensanträge erfolgt am Freitag.**

Unterhaltungsbeilage

Der Matrose mit dem Kreuz

Eine Faschingsgeschichte von Balthasar Schmitz

Er war eine Berühmtheit, die Berühmtheit der diesjährigen Faschingsbälle geworden, man wartete auf ihn, die Frauen in freudiger, die Männer in ärgerlicher Spannung. Meist betrat er den Tanzsaal um 11,11 Uhr, stand plötzlich-schlicht, im einfachen weißen, seidenen Matrosenanzug — in der Tür: ein raffinierter Regisseur, ein Meister der Sensationsmache. So sagten die Männer; ohne indessen die Frauen von ihrer Begeisterung abzubringen.

Der weiße Matrose war mittelgroß, schlank, elegant in jeder Bewegung; sein Gesicht gleichmäßig hellbraun, — gefärbt oder von Natur, war nicht zu entscheiden — war ganz ebenmäßig, die Nase gerade und fein, der Mund schön geschwungen. Ob die schwarzen, leicht gekräuselten Haare echt waren oder nicht, vermochten nicht einmal die Frauen festzustellen, wenn sie mit ihm tanzten; auch war die Farbe der Augen zweifelhaft, aber schön mußten diese Augen sein, denn sie leuchteten voll und warm aus der weißen Maske, die — nicht größer als eine Brille — ganz eng auflag. Auf der linken Wange, etwa in der Höhe der Nasenmitte, hatte der Matrose das Kreuz, dem er — zum großen Teile wenigstens — seine Berühmtheit verdankte: ein kleines, schräg stehendes Kreuz, grau gefärbt. Die Meinungen darüber, ob es nur aufgezeichnet oder wirklich eingeschnitten sei, gingen auseinander. Er selber antwortete nicht, wenn man ihn danach fragte; wie er überhaupt allen Fragen nach Namen und Art auswich. Er sprach ein sehr gutes, fast poetisches Deutsch, aber in einem eigentümlichen, sehr weichen Tonfall.

Zuerst tanzte der weiße Matrose mit verschiedenen Frauen, wahllos augenscheinlich. Dann wählte er sich seine Herzensdame, mit der er ununterbrochen tanzte, — etwa zwei Stunden lang —, um dann mit ihr zu verschwinden. Dabei gab es zuweilen unangenehme Zwischenfälle, wenn ein anderer Herr gerade auf diese Dame Anrecht hatte. So war es auf einem Volksball zu einer Schlägerei zwischen dem weißen Matrosen und einem Nebenbuhler gekommen. Sie hatte schnell damit geendet, daß dieser Unglückliche niedergeboxt wurde und der Sieger inmitten der allgemeinen Verwirrung mit seiner Erwählten entfloh. Bei einer anderen Veranstaltung wurde dem Matrosen die Maske vom Gesicht gerissen; aber das war belanglos, denn niemand erkannte den Demaskierten, man wunderte sich nur, weil dies Gesicht unmaskiert ebenso gleichgültig aussah wie maskiert.

Noch niemals hatte man erlebt, daß eine Dame den geheimnisvollen Matrosen abgewiesen hätte. „Die Weiber sind vernarrt in ihn!", stellten die Männer fest. Die Frauen aber — auf den vornehmsten Bällen wie in den Vorstadtanzstätten — flüsterten sich zu: wie unvergleichlich schön der Fremde tanze, wie bestrickend seine Unterhaltung sei, wie edel jede seiner Bewegungen; und man konnte gelegentlich auch aus einem solchen schönen Munde erfahren: daß der Matrose seine Herzdamen in das schönste Hotelzimmer zu entführen pflege, wo — bei Sekt und wundervollen Leckereien, herrlichen Früchten insbesondere — das reizendste Kinomärchen Wirklichkeit wurde. Ein mit Recht empörter Bräutigam, dem es gelungen war, das Hotel ausfindig zu machen, in dem seine Braut — jetzt natürlich ex! — mit dem Matrosen gehaust hatte, erfuhr dort: Herr Müller aus Berlin habe das Zimmer nur jene einzige Nacht gehalten.

*

Die Firma Brown Company, London, schreibt ihrem Vertreter José Miller nach München: sie vermisse leider in den letzten Wochen Beweise und Erfolge seiner Tätigkeit, dagegen sei sein Spesenkonto unverhältnismäßig angeschwollen, er möge sich darauf richten, daß er in allernächster Zeit nach London zurückberufen werde, um auf einen anderen Posten versetzt zu werden.

José Miller schreibt an Mr. McWell, den ihm befreundeten Prokuristen der Firma Brown Company, nach London:

Lieber Freund,

Es stimmt, daß ich hier herumgewüstet habe. Dir will ich das erklären.

Als ich noch Josef Müller hieß und durch Südamerika wanderte, hatte ich einst das große Glück, auf einer Farm in Patagonien als Peon (Knecht) unterzukommen. Ich war zufrieden, obwohl die Arbeit wahnsinnig schwer war. Andere waren es nicht, und so flammte in jener Gegend der berühmt gewordene Aufstand der Peone auf: zu Hunderten rotteten sich Knechte, Landstreicher, allerhand Unzufriedene zusammen, und mit Mord und Brand ging's auf die Farmer. Mich focht das nicht an, ich dachte nicht an Aufruhr, zog allerdings auch nicht mit, als die Farmer gegen die Peone mobil machten. Eines Abends — ich küßte mit meinem Mädel in der Scheune herum — bricht bei unserem Gehöft eine wüste Schießerei los: Militär ist angekommen, hat ein paar hundert Peone zusammengetrieben, dazwischengeschossen. Die armen Burschen werfen die Waffen weg, die Farmer schreien: man solle sie in eine Reihe nebeneinander stellen. Plötzlich dringen Kavalleristen in die Scheune, packen mich, reißen mich weg, — weg von dem Mädel —, ich werde in die Reihe der Peone gestoßen, und ein Farmer zählt ab: jeder Zehnte muß vortreten. Auch ich bin ein Zehnter, und ehe ich etwas sagen kann, knattert es los: jeder Zehnte wird erschossen.

Daß ich nicht totgeschossen wurde, lieber Freund, kannst Du Dir denken. Aber immerhin wurde ich angeschossen, fiel nieder und wäre heute nicht Angestellter von Brown Company, wenn mich nicht ein argentinisches Mädel aus einem Haufen Leichen herausgesucht und beiseite geschafft hätte.

Alles ging gut. Ich wurde wieder gesund. Das Kreuz, das mir ein besoffener Farmer in die Backe geschnitten hat, — sie kriegten mich noch einmal, ließen mich aber, gebrandmarkt, laufen —, ist die einzige sichtbare Erinnerung an meine Peonszeit in Patagonien.

Nun wirst Du fragen: was das alles mit meinem Faschingstreiben zu tun habe? Das kann ich Dir nur andeuten, ganz verstehen kann ich allein es. Zuweilen und gerade in Zeiten toller, lebenslustiger Feste — überkommt mich die Erinnerung an den Augenblick, da man mich aus den Armen eines Mädchen zum Abschießen schleppte. Und dann gerate ich in ein Fieber, ein maßlos brennendes Fieber nach Frauen, Tanz, Küssen, Liebe. Dann rase ich eben los, wie jetzt hier im Fasching. „Verkleidet" habe ich mich ja schnell: ich nehme die schwarze Brille ab, die ich immer trage, — ohne die auch Du mich noch nie gesehen hast —, und zeige mein wirkliches Gesicht mit der Narbe. Das ist dann „der Matrose mit dem Kreuz", berühmt, berüchtigt in München, verdächtig bei Brown Company, aber hoffentlich nicht bei Dir.

Dein **José.**

Der größte Gastwirt Europas

3000 Restaurants in einer Hand — Täglich über 500 000 Portionen verabreicht — Was die Wiegeautomaten einbringen

Kaum jemand wird wissen, wer als größter Gastwirt in ganz Europa angesprochen werden muß, kaum jemand wird glauben, daß sich nicht weniger als dreitausend Restaurationsbetriebe in einer einzigen Hand befinden, daß in diesem Riesenunternehmen tagtäglich über eine halbe Million Portionen verabreicht werden und der jährliche Reingewinn die respektable Höhe von sechzehn Millionen Mark erreicht. Der aufsichtführende Leiter des Riesenkonzerns ist der Geheime Finanzrat Dr. Pischel und der Großindustrielle der zubereitenden Nahrung ist die Deutsche Reichsbahn. Ihre gewerblichen Nebenbetriebe umfassen den größten Teil aller deutschen Bahnwirtschaften, Bahnbuchhändler und Bahnhofsautomaten. Von den dreißig Reichsbahndirektionen mit ihren 11748 Stationen gehören der Reichsbahn rund dreitausend größere Restaurants. Reichsbahndirektor Dr. Pischel ist der Mann, in dessen Händen diese ganzen Betriebe ruhen, die sechzehn Millionen Reingewinn im Jahre abwerfen. Dr. Pischel äußert sich über den Betrieb in seinen dreitausend Gasthäusern folgendermaßen:

„Unter den Bahnwirtschaften befinden sich natürlich Restaurants, in denen der Verkauf von drei Glas Bier und vier Tassen Kaffee am Tage Durchschnitt ist und deren Wirte durch die Bestellung von zwei Portionen Schnitzel bestimmt in augenblickliche Verlegenheit geraten würden. Auf der anderen Seite wieder stehen den kleineren Wartesaalrestaurants aber Riesenbetriebe gegenüber, deren Konsumziffern auch Berliner Großbetrieben zur Ehre gereichen würden und deren Ausstattung vorbildlich für das Gaststättenwesen in Deutschland ist. Hier sei nur an die Bahnhofswirtschaften in Leipzig, Dresden, Hamburg, Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt erinnert, und an die Wartesaalrestaurants im Bahnhof Friedrichstraße und im Anhalter Bahnhof in Berlin.

Die Bahnwirtschaften in Berlin auf dem Anhalter, Stettiner, Potsdamer Bahnhof und dem Bahnhof Friedrichstraße haben weitaus größere Umsätze als manche größeren Berliner Gaststätten. Aber alles wird im einzelnen von dem Restaurant im Leipziger Hauptbahnhof überboten. Die Leipziger Bahnwirtschaft beschäftigt ständig soviel Personal, wie täglich Züge auf dem Bahnhof einlaufen und abgehen, nämlich rund vierhundert Köpfe, in der Messezeit manchmal über fünfhundert. In einer Woche werden zur Messezeit auf dem Hauptbahnhof Leipzig ungefähr 144 000 Brötchen, 32 000 Eier, 60 000 Paar Würstchen, 450 gekochte Schinken, achtzehn Zentner Butter, je zwölfhundert Hasen und Hühner sowie gegen achthundert Eisbeine verbraucht. Die gesamten kulinarischen Genüsse werden mit 28 000 bis 32 000 Liter Bier angefeuchtet, vom Kaffee ganz zu schweigen.

Was die Preisgestaltung anbetrifft, so wird sie durch Kontrollorgane der Reichsbahngesellschaft überwacht und dahingehend beeinflußt, daß die ortsüblichen Preise gleichartiger Restaurants nicht überboten werden. Um aber auch der minderbemittelten Bevölkerung entgegenzukommen, ist es jedem Bahnhofswirt zur Pflicht gemacht, mindestens ein gutes warmes Mittagessen je nach Bedürfnis in Vorrat zu halten. Auch die Zweiteilung in ein besseres und ein einfacheres Restaurant dient dazu, den ärmeren Kreisen für weniger Geld die gleichen Portionen zu liefern, wie sie für vermögendere verabreicht werden.

In dreitausend deutschen Bahnhofswirtschaften werden täglich im Durchschnitt eine halbe Million Portionen Speisen und Getränke ausgegeben, das heißt, ungefähr zehn Prozent aller Fahrgäste bestellen sich irgendetwas zum Essen oder Trinken in einer Bahnhofswirtschaft. Denn die Zahl der täglichen Fahrgäste auf der deutschen Reichsbahn beträgt fünfeinhalb Millionen.

Aber nicht nur die gastronomischen Betriebe innerhalb der Reichsbahn sind so besucht und begehrt, auch die Bahhofsbuchhandlungen, von denen ebenfalls ein Großteil der Reichsbahngesellschaft gehört, werfen hübschen Gewinn ab. Weiter kommen die fünfundfünfzig Wechselstuben, die die Reichsbahngesellschaft zumeist an Banken oder bankmäßig vorgebildete Personen verpachtet hat. Jede größere Stadt hat am Bahnhof ihre Wechselstube und selbstverständlich sind besonders die Grenzstationen damit bedacht.

Ueber das alles aber ist Geheimrat Dr. Pischel auf das genaueste unterrichtet. Ihm entgeht wirklich nichts. Jeden Tag weiß er sofort zu sagen, zu welchem Kurs holländische Gulden in den deutsch-niederländischen Grenzstationen, polnische Zloty, belgische Franken oder italienische Lire gewechselt werden. Die Menüs der größeren Bahnwirtschaften weiß er genau so gut wie den dafür geforderten Preis.

Ein ganz gutes Geschäft bilden auch die auf den Bahnhöfen aufgestellten Automaten für Schokolade, Zündhölzer und Bücher. Mit den Wiegeautomaten bringen sie der Reichsbahngesellschaft einen jährlichen Reingewinn von einer Million Mark. „Den größten Gewinn von allen Automaten bringen die elektrischen Wiegeautomaten ein", erklärt Geheimrat Pichel. „Es scheint wirklich so zu sein, daß unsere reisenden Damen von Station zu Station ihr Gewicht prüfen, um festzustellen, ob sie während der Fahrt nicht infolge zu reichlich genossener Ruhe plötzlich unerwünschte Gewichtszunahme erfahren haben."

Ja, ja, die Nebenbetriebe der Reichsbahn sind einbringlicher wie der Hauptbetrieb, und man sieht, daß ein großer Gastwirt mehr verdient als ein riesiges Beförderungsinstitut.

Ein Mann von der Straße

23) VON RUDOLF REYMER

Hoyos, der einen ruhigen Ernst zur Schau trug, machte eine sehr gute Figur. Die junge Dame mit dem Einglas fand seinen dunklen, exotischen Typ sehr interessant und äußerte offenherzig zu Gernsheimer, daß sie ihre Cousine beneide. Man wußte, daß Hoyos ein Jahrzehnt in Uebersee gelebt hatte und wunderte sich deshalb nicht, daß von seiner Seite keine Angehörigen zugegen waren. Sein gemessenes, sicheres Benehmen, die Liebenswürdigkeit, die er seiner jungen Frau bewies, seine elegante Erscheinung und der Reichtum der Umgebung ließen nicht den Eindruck aufkommen, daß Lantals Schwiegersohn aus einer ungewissen Sphäre in die Welt wohlhabenden Bürgertums eingedrungen war. Da er selbst seine Vergangenheit vergessen hatte, ahnte sie auch kein Fremder an ihm.

Rhea war blaß und schön wie alle Bräute. Wenn sie lächelte, wich die Befangenheit aus ihren Zügen, und das kurze Aufleuchten ihrer Augen verriet, daß sie glücklich war.

Sie sprachen in der leisen, heimlichen Art von Brautleuten miteinander. Wurden sie angeredet, so blickten sie etwas verstört auf und entgegneten laut und lebhaft, um sich sogleich wieder in die vertrauliche Zwiesprache miteinander zurückzuziehen.

Gernsheimer, der im Frack noch plumper wirkte als sonst, blickte auf seinen Teller nieder und drehte sein Weinglas zwischen den Fingern, während er sich anstrengte, den exzentrischen Ausführungen seiner Tischdame zu folgen, die in raschem Wechsel endgültiges über Kunst und Theater, über Liebe und Religion, über Politik und Mode sagte. Jedsmal wenn sie ihr schrilles Lachen ertönen ließ, das dem klagenden Schrei der Pfauen ähnelte, fuhr er zusammen, blickte zerstreut zu Rhea hinüber und warf seiner Nachbarin einen so unfreundlichen Blick zu, daß sie für einige Minuten beleidigt verstummte.

Am unteren Ende der Tafel saß Mendel, der Prokurist der Firma Lantal, zwischen zwei Herren, deren skeptisch nüchterne Mienen verrieten, daß sich ihr Gespräch um ernstere Fragen bewegte, die ohne Zweifel mit der Lage des Kaffeemarktes in engster Beziehung standen. Wenn sie zuhörten oder sprachen, machten ihre Kiefer eigentümlich gleichmäßige Bewegungen, als kauten sie Gummi oder Kaffeebohnen. Es waren zwei Brüder, Makler an der Börse und seit vierzig Jahren Geschäftsfreunde des Hauses Lantal.

Lantal selbst war ganz von einer lebhaften alten Dame in Anspruch genommen, dem ältesten Mitglied seiner Familie, die von der reichlichen Rente, die ihr eine Anzahl Miethäuser abwarf, lebte. Sie war eine muntere und resolute Person, die sich trotz einer seltenen Häßlichkeit großer Beliebtheit erfreute. Diese Beliebtheit rührte daher, daß sie alles Erträgliche wundervoll fand, sich über alles Schlechte mit Leichtigkeit hinwegsetzte und niemals irgendwelche Vorwürfe erhob gegen das, was andere taten. Sie bekundete für alles mehr Interesse als Verständnis und war von einer Neugierde geplagt, die sie mehr Fragen stellen ließ, als immer angenehm und überhaupt zu beantworten waren. Schon seit einer Woche befand sie sich in Lantals Haus und war Rhea bei den Vorbereitungen zur Hochzeit behilflich gewesen, hatte sie aber durch ihren unersättlichen Wissensdurst fast zur Verzweiflung gebracht. Jetzt holte sie sich bei Lantal die letzten Informationen.

„Rhea sieht märchenhaft schön aus", sagte sie. „Diese vornehme Grazie — als ob sie altes spanisches Adelsblut in den Adern hat."

„Von mir nicht", erwiderte Lantal trocken.

„Ich vermute es bestimmt. Sie sieht entzückend aus. Sie ist auch sehr glücklich, das gute Kind, man sieht es ihr an den Augen an. Hat sie dir verraten, was sie in der letzten Nacht geträumt hat?"

Lantal hatte keine Ahnung davon.

„Ich werde sie sogleich fragen", erklärte die alte Dame. „Es ist von ungemeiner Wichtigkeit, was man in der Nacht vor der Hochzeit träumt."

Sie wandte sich mit großer Lebhaftigkeit an den Tisch zu Rhea und richtete die ungemein wichtige Frage an sie.

„Ich weiß es nicht, Tante", erwiderte Rhea errötend. „Ich habe es wohl vergessen."

„Wie konntest du, Kind!" sagte die alte Dame vorwurfsvoll. „Aber vielleicht hast du nichts geträumt?"

„Wahrscheinlich, liebe Tante!"

„Das bedeutet ungetrübtes Glück", prophezeite die wohlmeinende Dame und zeigte sich höchst befriedigt.

„Lantals Schwiegersohn tritt also in die Firma ein?" fragte einer der beiden Kaffeemakler Mendel.

„Wenn Herr Hoyos von der Hochzeitsreise zurückkehrt, wird Lantal ihn als Teilhaber aufnehmen. Wir werden Lantal & Co. firmieren."

„Versteht der junge Mann etwas von Kaffee?" erkundigte sich der andere Geschäftsfreund.

„Er arbeitet schon längere Zeit bei uns. Ich habe ihn eingearbeitet und werde ihn beraten, wenn sich Herr Lantal, wie er beabsichtigt, mehr vom Geschäft zurückzieht."

Die beiden Brüder sahen sich an und schwiegen.

Mendel war mit sich zufrieden. Indem er deutlich gemacht hatte, daß in Zukunft die entscheidenden Direktiven von ihm als dem Berater des jungen Chefs ausgehen würden, hatte er sich als die Seele der Firma Lantal & Co. dokumentiert.

„Es läßt sich mit Herrn Hoyos sehr gut auskommen", sagte er mit Bedeutung. „Er geht mit großem Verständnis auf meine Anregungen ein."

„Das Vernünftigste, was er tun kann", entgegnete der eine Makler, indem er den kommenden Herrn des Hauses Lantal sinnend betrachtete.

„Was halten Sie vom Buddhismus?" fragte die junge Dame mit dem Monokel mit effektvoller Betonung.

„Nichts", erwiderte Gernsheimer und sah zu Rhea hinüber, die ihm mit einem Lächeln zutrank.

Er hob sein Glas und verschluckte sich. Sein breites, blasses Gesicht wurde ganz rot, während er hustete. Rhea machte eine bestürzte Miene. Hoyos, der aufmerksam geworden war, zog spöttisch die Lippen und befestigte eine weiße Nelke in seinem Frackaufschlag. Gernsheimer betrachtete ihn mit der Bitterkeit, die der Anblick eines unsympathischen überlegenen Gegners erregt.

Die Türen zum benachbarten Empfangszimmer wurden geöffnet. Man erhob sich. Die Herren küßten den Damen die Hände und begleiteten sie in den Salon, in dem der Kaffee gereicht wurde. Dann gaben sie sich dem Genuß der langentbehrten Zigarre hin. Während sie in kleinen Gruppen beieinander standen oder die in den Sesseln ausruhenden Damen unterhielten, entfernten sich Hoyos und Rhea aus der Gesellschaft.

Ihre Abwesenheit wurde erst wahrgenommen, als das vor dem Hause wartende Auto kurz nacheinander drei bellende Hupensignale gab.

Sofort entstand eine lebhafte Bewegung. Man drängte zur Tür und eilte hinab auf die Freitreppe, vor der der Wagen hielt, in dem die Hochzeitsreisenden bereits Platz genommen hatten. Sie hatten die festliche Kleidung mit unauffälliger Reisetracht vertauscht.

Als Lantal als erster an den Schlag des offenen Wagens trat, standen sie auf. Rhea umschlang den Vater und küßte ihn. Er löste sich schnell aus der Umarmung, schüttelte Hoyos beide Hände und trat zurück.

Die anderen schlossen sich in rascher Folge an. Wünsche zugerufen, Ratschläge erteilt, letzte Fragen beantwortet, und alles ging so schnell und lebhaft vonstatten, daß, ehe man genügend Abschied genommen zu haben meinte, sich der Wagen in Bewegung setzte und durch die weitgeöffneten Eisentore fuhr.

Hoyos und Rhea saßen zurückgewandt und erwiderten winkend die Grüße der Gesellschaft, die barhäuptig, in festlicher Kleidung, auf den Stufen stand und Hände und Tücher in der Luft schwenkte.

(Fortsetzung folgt.)

Tieferschüttert zeigen wir unseren Verbandsgemeinden an, daß unser hochgeschätztes Vorstandsmitglied

Herr Diplom-Ingenieur

Max Grünwald

Beuthen OS.

am 18. Februar verschieden ist.

Einen unserer Besten haben wir verloren. Sein Tod hat in seiner Glaubensgemeinde, der er seit vielen Jahren seine rastlose Arbeit widmete, eine schwer auszufüllende Lücke gerissen. Aber auch unserem Verbande wird Max Grünwald fehlen. Sein ausgeglichenes, vornehmes, liebenswürdiges Wesen, seine zielbewußte Arbeitskraft, sein nie versagender Arbeitswille, sein kluger, fachkundiger Rat haben ihn uns auf allen unseren Arbeitsgebieten zum verdienten, hochgeschätzten Mitarbeiter gemacht. Wir haben ihn geachtet, verehrt und ihm vollstes Vertrauen entgegengebracht. Als Vertreter der Schlesischen Synagogengemeinden im großen Rate des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden hat er in wirksamster Weise die schlesische Judenheit vertreten.

In voller Dankbarkeit und Verehrung werden wir seinem Namen in unserem Verbande ein dauerndes Gedenken bewahren.

Gleiwitz, den 19. Februar 1930.

Der Vorstand des Synagogengemeinden-Verbandes der Provinz Oberschlesien

I. A.

Justizrat Arthur Kochmann,
Vorstands-Vorsitzender.

Durch den unerwarteten Tod des

Herrn Ingenieurs

Max Grünwald

hat der Misrach Jüd. Verein Beuthen seinen besten Berater verloren. Der Verstorbene stand uns immer mit Rat und Tat zur Seite.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Misrach Jüd. Verein.
i. A.: Schwarzbart.

Dem Stamm die Krone gebrochen,
die Zweiglein sie hängen herab.
Wer wird sie beschützen, ernähren,
die Krone, die liegt ja im Grab.

Gestern früh 7½ Uhr verschied nach kurzer, aber schwerer Krankheit, ein Opfer seines Berufes, mein herzensguter Mann, der treusorgendste Vater, Großvater und Schwiegervater, mein einziger Bruder,

Paul Mochmann

kurz vor seinem 50. Geburtstage.

Beuthen OS., den 19. Februar 1930.
Friedrichstraße 54

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Elisabeth Mochmann, geb Pigulla, als Gattin
Maria Schäuble, geb. Mochmann
Elli Mochmann
Adelheid Mochmann
Gerhard Mochmann
Ewald Mochmann
Siegfried Mochmann — als Kinder
Emil Mochmann, Pfarrer in Böhmen, als Bruder
Otto Schäuble als Schwiegersohn
Rosamunde, Heinz und Herbert als Enkelkinder

Beerdigung: Freitag, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause aus

Humboldtschule Beuthen O.-S.
Städtische Deutsche Oberschule

Die Aufnahmeprüfung für Sexta findet Montag, den 31. März, um 8 Uhr, statt, für alle übrigen Klassen am Donnerstag, dem 24. April, um 9 Uhr. Sämtliche Prüfungen werden im Anstaltsgebäude auf der Hohenzollernstraße abgehalten. Die Schülerinnen haben Heft und Feder mitzubringen. Bei der Aufnahme sind Geburts- und Impfschein und das Abgangszeugnis der zuletzt besuchten Schule vorzulegen. Anmeldungen nehme ich bis zum 1. März, täglich von 11—11.45 Uhr, in meinem Amtszimmer entgegen.

Die Direktorin.

Der unerbittliche Tod hat uns den verehrten zweiten Vorsitzenden unserer Gemeinde,

Herrn Diplom-Ingenieur

Max Grünwald

entrissen, dessen Heimgang tiefen Schmerz in unserer Seele auslöst.

Sein gerader und offener Charakter, seine Wahrheitsliebe und sein Gerechtigkeitssinn uns gegenüber, sichern ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken in unserer Mitte.

Die Kantoren der Synagogengemeinde. **Die Verwaltungsbeamten der Synagogengemeinde.**

Die feste Hoffnung auf Wiedergenesung meines hochverehrten Chefs, des

Herrn Diplom-Ingenieurs Max Grünwald

die mich bis zum letzten Augenblick beseelte, ist zunichte geworden.

Erschüttert stehe ich an der Bahre dieses aufrechten Mannes, dessen Charakter und nimmermüde Arbeitsfreude unauslöschlich in mir haften bleiben werden und die mir zur Richtschnur für meine ganze Lebensgestaltung geworden sind. In 23jähriger Tätigkeit war es mir vergönnt gewesen, diesem leuchtenden Vorbild der Pflichterfüllung bei seinem Wirken zur Seite zu stehen.

Möge dieses Gedenken ein schlichter Ausdruck aufrichtigsten Dankes sein für all die Güte und Fürsorge, die ich, meine Familie und meine Angehörigen erfahren haben.

Beuthen OS., den 19. Februar 1930.

Aloys Dlubis.

Durch den Tod des hochverehrten Ehrenmitgliedes unseres Vereins

Herrn Ingenieurs Max Grünwald

hat unser Verein einen unersetzlichen Verlust erlitten. Während der vielen Jahre seines Wirkens hat der Verstorbene in vorbildlicher Weise uns durch Rat und Tat zur Seite gestanden.

Sein Andenken wird in unserem Verein jederzeit hoch in Ehren gehalten.

Jüdischer Meister- und Gesellenverein
H. Seidemann.

Am 18. Februar, abends 9½ Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein lieber treuer Gatte, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der

Kaufmann

Johann Anwand

im Alter von 63 Jahren.

Dies zeigen im tiefen Schmerz an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 21. Februar 1930, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Beuthen OS., Kaminer Straße 31, aus statt. Beileidsbesuche dankend verbeten.

Aus Oberschlesien und Schlesien

Der neue Landesfinanzamtspräsident

Neiße, 19. Februar.

An die Stelle des mit der Uebernahme der Chefleitung des Landesfinanzamtes **Magdeburg** betrauten Präsidenten des Landesfinanzamtes Oberschlesien, **Günther**, tritt der der Zentrumspartei angehörige Landesfinanzamtsdirektor und Professor an der Handelshochschule in Köln, Dr. **Hedding**.

Verläßt Landrat Dr. Urbanek Oberschlesien?

Beuthen, 19. Februar.

Gerüchte über einen bevorstehenden Weggang des Landrates Dr. **Urbanek** zur Uebernahme eines Regierungspostens in Westfalen werden beharrlich **dementiert**. Man rechnet in politischen Kreisen allerdings nicht damit, daß Landrat Dr. Urbanek noch lange Zeit an der Spitze des Landkreises Beuthen-Tarnowitz bleiben wird. Sein Name wird u. a. in der Reihe der Persönlichkeiten genannt, die für den Posten des **Landeshauptmannes** von Oberschlesien in Frage kommen.

Die Grenzfleischer gegen den Polenvertrag

In letzter Stunde haben sich die **oberschlesischen Grenzfleischer** in Erkenntnis der **großen Gefahr**, die ihrer Existenz durch den deutsch-polnischen **Handelsvertrag** droht, durch den Bezirksverein Oberschlesien im Deutschen Fleischerverbande an die zuständigen Stellen mit einer Eingabe gewandt, in der gegen die Einfuhr polnischer Schweine und die Aufhebung der Bestimmungen aus dem kleinen Grenzverkehr energisch Protest erhoben wird.

Beleihung der Kommunalanleihen durch die Reichsbank

Seit 6 Jahren warten die Kommunen und Kommunalverbände darauf, daß die Benachteiligung wieder aufgehoben wird, die die Aberkennung der **Reichsbank-Lombardfähigkeit** ihrer Schuldverschreibungen und derjenigen ihrer Kreditinstitute enthielt. Der Reichsrat hat sich bei der Beratung der Gesetze zum Haager Abkommen (Bankgesetz) im Gegensatze zur Reichsregierung **zugunsten der Kommunen** ausgesprochen. Auch der **Deutsche Landkreistag** ist beim Reichstage für die Lombardfähigkeit eingetreten, da diese für den Kredit der deutschen Landkreise, ihrer Sparkassen und der Sparkassenorganisation nicht zu entbehren sei, ohne daß dem Reiche ein **Schaden** hieraus erwachsen könne.

Für den heutigen Donnerstag ist mit geringem Frost zu rechnen. Tagsüber Erwärmung und leichter Bewölkung.

Schöffengericht Hindenburg

Hajok wieder verurteilt

Böswillige Verleumdungen gegen Bürgermeister Franz

(Eigener Bericht)

Hindenburg, 19. Februar.

Heute mußte sich das **Schöffengericht** wieder einmal mit Beleidigungen beschäftigen, die sich der Uhrmachermeister **Hajok** „der eiserne Besen", dem Bürgermeister **Franz** gegenüber hat zuschulden kommen lassen. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat **Boenisch**, die Anklage war durch Staatsanwaltschaftsrat **Ronge** vertreten. Als Nebenkläger trat Bürgermeister **Franz** auf, dem Stadtsyndikus Rechtsanwalt **Schindler** zur Seite stand. Als Verteidiger des Angeklagten trat Rechtsanwalt **Simon**, Breslau auf.

In der Anklageschrift wurde dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er am 24. Juni 1929 in seinem Schaufenster in einem Aushange behauptet habe, daß Bürgermeister Franz die Arbeiter verraten habe und „nach oben krieche". Der Angeklagte glaubte den Beweis für seine Behauptungen dadurch zu erbringen, daß Bürgermeister Franz im Jahre 1923, als er noch Gewerkschaftssekretär gewesen war, die

Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Jadasch

veranlaßt und dadurch Verrat an einem Arbeiterführer geübt hätte. Scheinheiligkeit glaubte er darin zu erblicken, daß Bürgermeister **Franz** als Sozialdemokrat den **religiösen Eid** geleistet habe, was nach Ansicht des Angeklagten zu der politischen Einstellung des Beleidigten in Widerspruch stehe. Der Angeklagte behauptete ferner, daß der Beleidigte bei dem Empfange des Hauptmanns **Köhl** als Bürgermeister zugegen gewesen sei, obwohl er politischer Gegner Köhls war.

Der Angeklagte hatte die Absicht, auch dieses Mal wieder **politische Reden** im Gerichtssaal zu halten, wurde aber daran durch den Vorsitzenden gehindert. **Alle diese Behauptungen konnten von Bürgermeister Franz widerlegt und durch Urkunden entkräftet werden.** Rechtsanwalt **Schindler** als Vertreter des Nebenklägers beantragte die **schärfste Bestrafung** des Angeklagten schon deshalb, weil hier

schwere Beleidigungen eines in führender Stellung stehenden Beamten

vorlagen, die nicht etwa aus ideellen Gründen gemacht worden sind, sondern lediglich deshalb, weil der Angeklagte glaubte, bei städtischen Lieferungen übergangen worden zu sein. Der Staatsanwalt beantragte je 300 Mark Geldstrafe oder für je 20 Mark einen Tag Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Das Gericht fällte folgendes **Urteil**: Der Angeklagte wird wegen übler Nachrede in zwei Fällen zu je 100 **Mark Geldstrafe** oder je zehn Tagen Gefängnis verurteilt und dem Nebenkläger die Befugnis zugesprochen, das Urteil zu veröffentlichen.

Zur Hindenburger Oberbürgermeisterwahl

Fischer oder Franz?

Wie wir zuverlässig erfahren, besteht keine absolute Sicherheit für die notwendige Mehrheit zugunsten des vom Zentrum präsentierten Oberbürgermeister-Kandidaten, Vizepräsidenten Dr. Fischer, so daß es keine Ueberraschung bedeuten würde, wenn in der Stadtverordnetensitzung am heutigen Donnerstag der Antrag auf Wahl des Oberbürgermeisters zurückgestellt wird. Es verlautet demgegenüber in gut unterrichteten Kreisen, daß Bürgermeister Franz erhebliche Aussichten hat, bei der Oberbürgermeisterwahl die notwendige Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen.

Wertlosigkeit der Reichsbanknoten aus der Vorkriegszeit

Mit Rücksicht auf den neuen Versuch, den ein Vertreter der unbelehrbaren **Aufwertler** in der Generalversammlung der Reichsbank gemacht hat, rechtliche Ansprüche der Inhaber von Reichsbanknoten, die **vor dem Kriege** ausgegeben sind, geltend zu machen, weist die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz auf folgende Ausführungen in dem Urteil des Reichsgerichts vom 20. Juni 1929 — IV 510/28 — hin: **Es besteht keine Pflicht des Reichs, die Reichsbanknoten mit Vorkriegsdatum in Geld einzulösen oder Forderungen daraus aufzuwerten.** Eine Haftung des Reichs auf Schadenersatz, weil der Reichskanzler durch Zulassung der Ausgabe gedeckter Banknoten und Nichtsicherstellen der alten Notengläubiger durch Goldrücklagen seine Amtspflichten schuldhaft verletzt, auch geduldet habe, daß das Publikum durch die Ausgabe von Nachkriegsnoten mit Vorkriegsdatum getäuscht sei, **ist nicht gegeben**. Ebenso wenig kann ein Schadenersatzanspruch anerkannt werden, weil das Reichsbankdirektorium dabei mitgewirkt hat, daß der zur Deckung der Vorkriegsnoten vorhandene und bestimmte Goldschatz in das Vermögen der neuen Reichsbank übergeführt und damit dem Zugriff der alten Gläubiger entzogen wurde.

Geflügelausstellungen in Oberschlesien

Generalversammlung des Provinzialverbandes Oberschlesischer Geflügelzüchter

Die Vertreter der oberschlesischen Geflügelzuchtvereine versammelten sich zu der im Jahre 1930 fälligen Generalversammlung. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Kaufmann **Gornik**, eröffnet und geleitet. Vorsitzender Gornik begrüßte ganz besonders Kreistierarzt Dr. **Thauer**, Gleiwitz, Veterinärarzt Dr. **Pohl**, Neiße, Landwirtschaftslehrer **Weinitschke**, Leobschütz und Kreisausschußdirektor **Schindler**, Leobschütz. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kreistierarztes **Thauer** über Krankheiten des Huhnes. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, und das große Interesse wurde durch die anschließende Aussprache bewiesen. Landwirtschaftslehrer **Weinitschke** berichtete, welche Maßnahmen die Landwirtschaftskammer Oberschlesien zur Bekämpfung der Geflügelkrankheiten ergriffen habe. Auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer werden in diesem Jahre in **Grottkau** eine **Kreistierschau** und in **Oppeln** eine **provinziale Rassetierausstellung** veranstaltet werden. Eine **provinziale Geflügelausstellung** wird in diesem Jahre in **Hindenburg** und eine lokale **Taubenausstellung** in **Oppeln** durchgeführt werden. Nach einem Beschluß der Landwirtschaftskammer in Oppeln können Vorschläge für die Bewertung ländlicher Geflügelzuchten durchlaufend bei dem Provinzialverbande der Landwirtschaftskammer eingereicht werden. Eine dem Provinzialverbande zur Verfügung gestellte **Staatsbeihilfe** konnte an rührige Geflügelzüchter verteilt werden.

Zum Schluß der Sitzung sprach der zweite Vorsitzende des Verbandes, Rektor **Rieger**, dem geschäftsführenden Vorstande für die unermüdliche Verbandsarbeit den Dank der angeschlossenen Vereine aus.

Kunst und Wissenschaft

Spielplan und Theaterkrise

Berlin darf nicht maßgebend sein

In der „DAZ." findet ein Theaterfachmann kluge und zu beherzigende Worte zu der immer wieder von einsichtsvollen Theaterleitern und Theaterkritikern betonten Gefahr, in der Provinz Aufführungen aus Berlin nachzuspielen. Er zeigt gleichzeitig einen Weg zur Selbständigkeit der Provinzbühnen, den wir hier in Oberschlesien für durchaus gangbar halten und auf den wir gern hinweisen wollen.

Die Theater der Provinz brechen eins nach dem anderen zusammen. Man sucht die Gründe dafür und findet mannigfache. Einer sei hier besonders betrachtet: Es ist die **Minderwertigkeit des Spielplans**, verursacht durch das Schielen der Intendanten nach Berlin.

Es scheint in Berlin ziemlich gleichgültig zu sein, **was** dort gespielt wird. Denn das Publikum geht ins Theater dort um der **Schauspieler**, nicht um der Stücke willen. **Wie** die Prominenten spielen ist die Hauptsache, nicht **was** sie spielen. Bei uns ist es umgekehrt. **Unsere** Schauspieler sind **nicht** prominent, sind gut, mittelmäßig oder schlecht. Das Publikum, in theatralischen Dingen unerfahren, ist großenteils naiv und will Stücke sehen, die es interessiert, über die man reden kann, die es erheitern oder erschüttern. Was sieht es statt dessen? **Amüsierliteratur**, die es zunächst beklatscht, sehr bald, sehr bald aber satt hat. Es bleibt fort. Die Theater leeren sich. Und werden geschlossen.

Der dieses schreibt, Dramaturg eines großen Stadttheaters im Westen, stellt während **sieben** Monaten der Spielzeit **vier** englische Lustspiele im Repertoire seines Instituts fest („Dreimal Hochzeit", „Heilige Flamme", „Vater sein, dagegen sehr", „Erste Frau Selby"). Die umliegenden Theater spielen ebensoviel dergleichen oder noch mehr. Ist das nötig? Ist das praktisch?

In Berlin haben diese Stücke großen Erfolg wegen der **Darstellung**. In der Provinz gespielt, versagen sie, machen das Publikum un**lustig**, langweilen es. Welchen arbeitenden Menschen des Mittel- und Kleinbürgerstandes interessiert denn auch die immer auf gleiche Art witzelnde englische „gute Gesellschaft"? Schuld an der Ueberflutung mit diesen Produkten trägt natürlich die langanhaltende Ueberschätzung Shaws. **Schuld trägt vor allem aber die fixe Idee der Bühnenleiter im Reiche, man müsse hier spielen, was den Berlinern gefällt.** Das Deutsche Schauspielhaus in **Hamburg** brachte vor Jahren ein Stück von **Galsworthy**, „Standestreue". Jeder Mensch fand es belanglos, es verschwand nach kurzer Zeit. Berlin spielte es anderthalb Jahre später unter dem neuen Titel „**Gesellschaft**" und mit Ernst Deutsch. Nun fielen sämtliche Bühnenleiter der Provinz, durch die aufdringliche Reklame des Verlegers in ihrem Wahn bestärkt, darauf herein. **Hamburg** brachte, ohne daß ein Hahn krähte, „Die standhafte Frau". Berlin prägte den Titel „Finden Sie, daß Konstanze sich richtig verhält?", und stellte die Konstantin auf die Szene. Und Konstanze „verhielt sich" seitdem von Aachen bis Tilsit. Und auf Konstanze folgten Dutzende ähnlicher Dramen, um das Publikum aus dem Theater hinauszuekeln.

Es würde zu weit führen, auseinanderzusetzen, warum diese rationalistisch gespitzten englischen Dialoge deutschem Wesen und deutscher Art fremd sind und warum die englische Art, ernsthafte Konflikte zu lösen, für uns unbrauchbar ist. Ich will nur dem Einwurf entgegentreten, der von allen Leuten, die mit dem Theater zu tun haben und nicht in dramaturgischen Büros sitzen, immerfort erhoben wird: **es gäbe keine deutschen Stücke.**

Das ist einfach **nicht wahr**. Es gibt deren genug. Aber man schweigt sie tot. Da führte das **Wiener** Burgtheater Saßmanns „**Metternich**" auf, ein Werk in der Art des „Gneisenau", ein geschichtliches Charakterdrama, das diesen merkwürdigen Mann überraschend neu gestaltet. **Bremen** brachte **Stegusweits** erschütternden „Napoleon auf St. Helena", **Königsberg** „Lord Byron kommt aus der Mode" von Max **Brod**; ausgezeichnet ist ferner Csokors Büchner-Stück „**Gesellschaft der Menschenrechte**" — aber niemand kümmert sich um diese Werke. Man ehrt Georg **Kaiser** nicht, wenn man die jeweilige, oft schwache Neuerscheinung bringt, aber manche **früheren Werke** aus seiner besten Zeit, „Von Morgens bis Mitternacht" oder „Nebeneinander" sollten **dauernde Stützen des Spielplans** sein. Lebt **Schmidtbon** nicht unter uns; gibt es kein Publikum mehr für den „Geschlagenen", „Die Schauspieler", „Die Fahrt nach Orplid"? Haben Max **Mohrs** „Improvisationen im Juni" irgend etwas von ihrer Qualität, irgend etwas von ihrer Aktualität (hie Dollar — hie Herz) verloren?

Es ist nicht nötig, daß **Brechts** „**Dreigroschenoper**" in jedem Stadttheater gespielt wird, aber sein Lustspiel „**Mann ist Mann**" ist einem Dutzend englischer Komödien an Heiterkeit und Tiefsinn überlegen. Und mutet es nicht grotesk an, daß heute zur Zeit der Kriegsromane kein deutsches Theater darauf kommt, sein bestes Werk „**Trommeln in der Nacht**" hervorzuholen, in dem das deutsche Felderlebnis bis jetzt immer noch mit am stärksten dargestellt wurde. Damit wären wir bei dem Thema **Zeittheater**. Wir haben Zeitstücke die Hülle und Fülle. Man gibt „**Die andere Seite**", aber warum nicht das ebenso gute deutsche Frontstück „**Die endlose Straße**" von Graff und Hintze? Man gibt amerikanische Proletarierstücke, warum nicht **Kestens** wirksame und erschütternde „**Wohnungsnot**"? Woran liegt es, daß ein so erheiternd entlarvendes Zeitstück wie Buchs „**Schwengel**" keine nennenswerten Erfolge hat? Weil Berlin mit prominenter Besetzung es übersieht, und die Provinz erst Interesse zeigt, wenn Berlin vorangegangen ist.

Ich habe einen Zustand geschildert und darauf hingewiesen wie man ihn ändern kann. **Was haben Sie dazu zu sagen?**

Preisausschreiben des Deutschen Sprachvereins. Um einem künftigen **Verdeutschungsbuch** für Philosophie vorzuarbeiten, stellt der Deutsche Sprachverein folgende **Preisaufgabe**: „Es soll eine Geschichte der Bemühungen um eine deutsche **philosophische Fachsprache** gegeben und dabei geprüft werden, welche ihrer Ergebnisse noch heute fruchtbar sind." Preisrichter sind Professor Max **Wundt** in Tübingen, Professor Alfred **Götze** in Gießen und Dr. Walter **Linden** in Dölau bei Halle a. S. Es sind ein erster Preis von 2500 RM und ein zweiter Preis von 1000 RM vorgesehen. Preisarbeiten sind, mit einem Kennwort versehen, bis zum 1. Oktober 1932 an den Deutschen Sprachverein in Berlin W. 30, Nollendorfstraße 13/14, einzusenden.

Hermann Frischler singt in Beuthen. Hermann **Frischler**, dessen Arien-, Lieder- und Balladen-Abend am Dienstag, dem 25. Februar, im **Kaiserhofsaale** zu Beuthen stattfindet, ist den Oberschlesiern kein Unbekannter mehr. Während der von ihm geleiteten **Wiener Opernfestspiele** in Kattowitz und Beuthen und der Richard-Wagner-Festspiele des Jahres 1926 bot er den musikliebenden Kreisen Oberschlesiens oft Gelegenheit, ihn in seinen Glanzrollen zu hören. Der Künstler hat für sein Konzert ein interessantes Programm zusammengestellt. Karten bei Cieplik, Spiegel und Königsberger.

Abschiedsvorstellung der Wilnaer Truppe mit dem „Dybuk". Um einem allgemeinen Wunsch nachzukommen, hat das jüdische Theaterkomitee die Wilnaer Truppe noch für eine Vorstellung am Dienstag, dem 25. Februar, im Saale des Hotels „Graf Reden" in Königshütte verpflichtet. Zur Aufführung gelangt „Der Dybuk", das allgemein bekannte und berühmt gewordene Meisterwerk des Dichters Sz. Anski. **Beginn** der Vorstellung pünktlich ½9 Uhr abends. Der Kartenvorverkauf, der, wie bisher, bei „Hadda", Königshütte, Buchhandlung Wiener, Kattowitz, ul. Szopena und Franz-Joseph-Drogerie, Beuthen, Kaiser-Franz-Joseph-Platz, stattfindet, hat bereits begonnen.

Erweitertes Schöffengericht Gleiwitz

Die Unterschlagung im Wohlfahrtsamt

Wohlfahrtspflegerin Martha Beyer vor Gericht — Aufmarsch der Stadtverwaltung

Die Angeklagte bestreitet jede Schuld

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 19. Februar.

Das Erweiterte Schöffengericht hatte sich am Mittwoch, in Anbetracht des großen Andranges im Schwurgerichtssaal tagend, mit Unterschlagungen am Gleiwitzer Wohlfahrtsamt zu befassen, die im vorigen Jahr festgestellt worden sind. Es soll sich um etwa 12 000 Mark handeln, die in den Jahren 1924 bis 1929 spurlos verschwunden sind. Unter der Anklage der Unterschlagung und der Urkundenfälschung stand die Wohlfahrtspflegerin Martha Beyer, die beschuldigt wird:

1. in den Jahren 1924—1929 fortgesetzt als Beamtin Gelder, die sie in amtlicher Eigenschaft erhalten hat, unterschlagen und die in Frage kommenden Bücher unterdrückt zu haben,
2. in den Jahren 1924—1929 fortgesetzt in rechtswidriger Absicht Urkunden fälschlich angefertigt und bei den Kontrollen zum Zweck der Täuschung davon Gebrauch gemacht zu haben,
3. im Jahre 1928 fortgesetzt fremde bewegliche Sachen, nämlich Gelder der Ortsgruppe Gleiwitz des Verbandes katholischer Sozialbeamtinnen im Betrage von 109,70 Mark rechtswidrig angeeignet zu haben.

Die Ausführungen der Angeklagten in ihren Schutzschriften wurden nicht für geeignet gehalten, sie zu entlasten.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Brzikling. Staatsanwalt Dr. Michaletz vertritt die Anklagebehörde, Rechtsanwalt Dr. Huschke verteidigt die Angeklagte. Geladen sind nicht weniger als 42 Zeugen, meist Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung, und als Sachverständige Stadtsparkassendirektor Iwanowski und Stadthauptkassendirektor Eisenhardt. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angesetzt. Man spricht von 4 Verhandlungstagen.

Die Angeklagte wird über ihre Person vernommen. Sie ist 30 Jahre alt, hat Lyzeal- und Handelsschulvorbildung, hat dann Sozialpflegeschulung erhalten und war von 1921 bis 1929 als Wohlfahrtspflegerin tätig. Staatsanwalt Dr. Michaletz bittet, die Angeklagte auch

über ihren Gesundheitszustand

zu vernehmen. Er habe Bedenken und begründete Zweifel, daß die Angeklagte die Absicht habe, die Verhandlung durchführen zu lassen. Sie habe gegenüber einer Freundin die Absicht erkennen lassen, **sich krank zu melden, wenn die Lage für sie ungünstig sei.** Der Vorsitzende verweist auf die ärztlich bestätigte Erkrankung im November, die eine Vertagung der damals schon angesetzten Verhandlung notwendig machte und dann äußert sich die Angeklagte dahin, sie habe ein Herzleiden und sei stark rheumatisch. Ihr Gesundheitszustand sei aber gegenwärtig gut. Eine Aeußerung zu einer Freundin bestreitet sie, seitdem das Verfahren gegen sie schwebe, habe sie eine Freundin nicht gesprochen, sondern nur Verwandte gesehen. Rechtsanwalt Dr. Huschke bittet um nähere Angaben und Namensnennung. Er habe erfahren, daß

Dinge im Gange seien, um die Lage der Angeklagten zu erschweren.

Wie nun der Vorsitzende ausführt, hat der Magistrat Gleiwitz im Jahre 1924 Haushaltskurse für junge Mädchen eingerichtet. Es wurden monatlich 10 Mark Gebühren von den Mädchen gezahlt und, wie festgestellt wurde, sind

12 000 Mark dieser Schulgelder verschwunden.

Der Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie diese Gelder unterschlagen und die Unterlagen vernichtet habe, daß sie Unterlagen, die als Belege dienten, gefälscht habe. Die Lehrerinnen der Haushaltungsschule haben die Beträge der Angeklagten übergeben, und nun sind die Gelder nicht vorhanden. Wohlfahrtspflegerin Martha Beyer gibt an, sie habe die Beträge abgeführt und meist dem inzwischen verstorbenen Stadtinspektor Munski übergeben. Sie will allerdings nicht immer auf ihren Namen eingezahlt, sondern angegeben haben: „Haushaltungsschule" und dann den Namen der betreffenden Lehrerin, sodaß ihr Name nicht buchmäßig festgelegt wurde.

Der Vorsitzende empfiehlt der Angeklagten, falls sie die Unterschlagungen begangen hat, wofür sehr starke Belastungsmomente sprechen, doch lieber ein Geständnis abzulegen, da sie in diesem Falle eher auf die Milde der Richter rechnen könne. „Haben Sie die Gelder unterschlagen?" — **„Nein!"**

Die Angeklagte führt aus, daß sie alles abgeführt habe, was sie an Geldern erhalten habe. Nach Prüfung beim Rechnungsamt habe sie die Gelder eingezahlt. Es stellt sich dann heraus, daß in einem Falle **das Kassenbuch eine um 100 Mark niedrigere Summe ausweist als das Quittungsbuch der Angeklagten.** Ueber diesen Fall wird geraume Zeit verhandelt. Nach Vereidigung der Sachverständigen bekundet Stadthauptkassendirektor Eisenhardt, daß er sich diesen Fall nur so erklären könne, daß zwei Bücher vorgelegt wurden. Die Angeklagte berichtet dann, daß sie 1926—1927 einen Fehlbetrag gemeldet habe; damals seien 1500 Mark, die von der Regierung für das Jugendamt beim Arbeitsamt eingegangen waren, nicht an das Jugendamt, sondern an einen privaten Verein abgeführt worden. Wenn sie damals schon Unterschlagungen begangen gehabt hätte, würde sie die Spur auf sich gelenkt haben.

Diese Erklärung macht keinen besonderen Eindruck. Umso intensiver wird, nach einer sachlichen Aussprache zwischen Gericht und Sachverständigen über Journal und Manual und nach einigen Erklärungen über den haushaltsplanmäßigen Voranschlag, der Verbleib dreier Quittungsbücher behandelt. Inspektor Munski soll darüber Klage geführt haben, daß drei Quittungsbücher vorgelegt würden, das sei zu umständlich. „Weiberwirtschaft" sei das. Daraufhin habe die Angeklagte ein Buch angelegt und die Beträge von den drei Belegen eingetragen. Wohin diese drei Quittungsbücher von früher gekommen seien? Die habe Munski von ihr verlangt, und sie habe sie ihm gegeben.

„Aber man gibt doch keine Quittungen aus der Hand!"

„Ich habe mir nichts dabei gedacht."

„Wo sind die Bücher?"

„Das weiß ich nicht."

Die weiteren Verhandlungen zwischen Gericht und Angeklagten ergeben folgenden Standpunkt der Angeklagten:

Gelder, die vor 1928 von ihr abgeführt worden sind, müssen auf ein anderes Konto verbucht worden sein. Für spätere Einzahlungen besteht die Möglichkeit, daß Munski das Geld nicht weitergeleitet hat, aber behaupten kann das die Angeklagte nicht. Es bestehe auch hier die Möglichkeit, daß die Gelder anders verbucht worden seien. möglicherweise habe auch eine entsprechende Verfügung dafür vorgelegen. Woher diese Verfügung stammen könne, wisse sie nicht.

Am 6. Februar 1929 will die Angeklagte, nachdem sie beim Arzt war, ihre Rechnungsbücher in der Botenmeisterei des Stadthauses in das Fach für das Wohlfahrtsamt gelegt haben.

Diese Akten sind verschwunden

Vors.: „Sie haben ein furchtbares Pech, daß Ihnen alle wichtigen Akten verloren gehen." — „Ja, es muß jemand ein Interesse gehabt haben." — „Hm." —

Am 20. März ist

Munski in der Klodnitz ertrunken aufgefunden worden.

Die Angeklagte hat wenige Tage darauf geäußert, daß ihr dies zu denken gebe, will aber von dem sie verhörenden Kriminalkommissar Jackenkroll durch eine Frage dazu veranlaßt worden sein. Auf eine Frage des Staatsanwalts, weshalb sie seit der Aufforderung des Magistrats vom 16. Januar die Abgabe der Bücher so hinausgezögert habe, antwortet die Angeklagte: „Weil ich krank gewesen bin, die ganze Zeit." — „Ich denke, Sie sind erst nachher krank geworden?" — „Das ist nicht wahr!"

Die Angeklagte soll Akten sehr schlecht behandelt haben. Der Vorsitzende zieht eine Liste verlorener Aktenstücke hervor: 13 vom Jugendamt, 4 und 6 und 4 vom Wohlfahrtsamt. Die Akten sollen unter dem Sitz gelegen haben, in der Fußdecke gefunden worden sein, hinter dem Schrank geschlummert haben. „In dem Fußboden waren nur Papierreste. Akten hinter dem Schrank, das stimmt. Es handelt sich um 4 oder 5 Akten des Fürsorgeamtes, die sofort zurückgeschickt wurden, dann nur noch Makulatur." Daß Akten hinter dem Aktenständer lagen, ist möglich, weil er keine Hinterwand hat. Nach Haus habe sie Akten mitunter mitgenommen, um zu arbeiten.

*

Nach einer Pause von einigen Minuten wird

Kriminalkommissar Jackenkroll

vernommen, der Frl. Beyer verhört hat. Er habe zunächst weiter keine Unterlagen gehabt als die Feststellung von Oberbürgermeister Dr. Geisler, daß Geldbeträge fehlten. Auf seine Frage an die Beschuldigte, wo das Geld sei, habe Frl. Beyer erklärt, sie habe es Inspektor Munski gegeben.

Ihm sei es aufgefallen, daß Frl. Beyer, obwohl Munski in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung verunglückt war, nichts davon wissen wollte, daß er tot sei.

Als die Angeklagte vorher einen Brief schrieb, vor dem Tode des Munski, habe sie die Stadthauptkasse als Empfängerin des Geldes bezeichnet. Dort habe sie das Geld für das Wohlfahrtsamt eingezahlt. Die Angeklagte äußert auf Befragen, daß sie damals noch keine Veranlassung gehabt habe, den Namen eines Beamten zu nennen.

Kriminalkommissar Jackenkroll bekundet weiter, daß er von vornherein festgestellt habe, daß er in der Angeklagten

einen sehr intelligenten Menschen

vor sich habe, in wenigen Minuten habe immer eine schlagfertige Antwort vorgelegen. Er sei deshalb besonders aufmerksam und vorsichtig vorgegangen. Wenn ein Satz des Protokolls nicht genau stimmte, habe die Angeklagte gewandt formuliert. **Einmal habe sie den ganzen Tag hindurch ausgehalten, keine Pause machen, sondern durchhalten wollen. In seiner Praxis sei ihm ein solcher Fall noch nie vorgekommen. Die Angeklagte habe eine Erholungspause durchaus abgelehnt.**

Die Angeklagte greift ein und erklärt, der Zeuge sei des öfteren in sie gedrungen, diese oder jene Tatsache auszusagen, eine bestimmte Aeußerung beispielsweise. Kriminalkommissar Jackenkroll erklärt, er habe natürlich Fragen gestellt, betont aber, daß er sehr vorsichtig vorgegangen sei. Es seien auch immer ein zweiter Beamter und eine Stenotypistin anwesend gewesen, mitunter sogar zwei Beamte. Es habe sich im Laufe der Vernehmung bald herausgestellt, daß es praktisch unmöglich gewesen sei, daß die Angeklagte die Akten an dem von ihr genannten Tage abgegeben habe, jedenfalls habe sie sich hier widersprochen. Auf Befragen erklärt die Angeklagte, sie habe sich an die Abgabe der Akten nur im Zusammenhang mit dem Besuch beim Arzt erinnert.

Rechtsanwalt Dr. Huschke stellt die Frage, ob man tatsächlich in nebensächlichen Punkten so genaue Aussagen verlange, ob man verlange, daß sich die Beschuldigte so ganz genau erinnert. Man dürfe vor allem nicht derartige Schlüsse aus so nebensächlichen Dingen ziehen und der Angeklagten daraus einen Strick drehen. Kriminalkommissar Jackenkroll erklärt, daß ihm

mehrere Widersprüche

aufgefallen seien, und auch der Aussage über die Aktenabgabe sei er sofort nachgegangen und habe festgestellt, daß sie nicht zutreffen könne. Nachdem der Angeklagten ein Bild der Botenmeisterei vorgelegt worden ist und sie angegeben hat, wohin sie die Akten gelegt hat, führt der Zeuge weiter aus, daß ihm aufgefallen sei,

daß Frl. Beyer selbst während ihrer Krankheit die Gelder eingezogen habe,

um sie bei der Stadthauptkasse abzuliefern. Auffallenderweise habe kein Zeuge die Angeklagte in der Stadthauptkasse gesehen. Die Persönlichkeit Munskis habe es als ausgeschlossen erscheinen lassen, daß er sich so leichtfertig in die Hände der Beyer gegeben hätte, dadurch, daß er ohne Quittungsleistung und ohne Buchung Geld entgegengenommen hätte. Es könne auch nicht angenommen werden, daß die Angeklagte immer erst nach 12 Uhr dagewesen sei, zumal Munski nach Kassenschluß Geld nie einkassiert habe. **Irgendwelche Unterlagen über die Ablieferung von Geldern seien nicht aufgefunden worden.** Auch eine Verfügung, durch die die Angeklagte aufgefordert wurde, ihre Abrechnungen vorzulegen, sei spurlos verschwunden. Auf eine Frage des Verteidigers, welche Akten der Zeuge in der Wohnung der Angeklagten gefunden hat, kann der Zeuge nähere Angaben nicht machen. Rechtsanwalt Dr. Huschke teilt mit, daß er in dem Verzeichnis der fehlenden Akten auffallenderweise auch solche Aktenstücke sehe, mit denen die Angeklagte nie etwas zu tun gehabt habe. Ob der Zeuge sich nicht davon überzeugt habe, ob nicht in anderen Büros auch Akten verloren gehen? Der Zeuge hat sich dazu nicht für berechtigt gehalten. Zum Schluß seiner Vernehmung bestätigt Kriminalkommissar Jackenkroll, gehört zu haben, daß die Angeklagte möglicherweise die Verhandlung nicht bis zum Ende gelangen lassen werde. Er habe aber dieser Aeußerung keine Bedeutung beigelegt. Rechtsanwalt Dr. Huschke schließt hieraus wiederum, **daß Kräfte im Gange sind, um den Stand der Angeklagten zu erschweren.**

Die Zeugin Frl. Arnold bekundet sodann, daß die Vernehmung der Angeklagten durch Kriminalkommissar Jackenkroll, der sie beigewohnt hat, sehr sachlich und ruhig vor sich gegangen sei. Zu der Frage der Aktenübergabe bestätigt die Zeugin die Sachlage so, wie sie der erste Zeuge schilderte.

Direktor Gwosdz

wird zunächst über die Entstehung des Haushaltsplanes befragt und erklärt, daß die Zahlen von den einzelnen Büros angegeben würden. Zur Sache teilt Direktor Gwodsz mit, daß er

die Angeklagte dreimal aufgefordert habe, Abrechnung zu legen,

weil die Haushaltslehrerinnen Geld anforderten. Er habe festgestellt, daß die Bücher nicht in Ordnung waren. Die Lehrerinnen hätten nicht glatt abgerechnet, sondern Rückstände behalten. Die Angeklagte habe geschrieben, sie sei erkrankt. Er habe zunächst keinen Verdacht gehabt, sondern nur Unterlagen haben wollen, um die angeforderten Beträge anweisen zu können. Als er die Unterlagen nicht bekam, habe er dies dem Oberbürgermeister gemeldet. Die Angeklagte erklärt, sie habe nur einmal eine Aufforderung erhalten. Dem Gericht liegen zwei derartige Schreiben vor. **Auf Anfrage des Verteidigers bestätigt der Zeuge, daß hin und wieder Aktenstücke verschwanden und dann Umfragen herumgingen.** Meist habe es sich um Irrläufer gehandelt. Rechtsanwalt Dr. Huschke fragt, welche Akten aus dem aufgeführten Fehlverzeichnis die Angeklagte zu bearbeiten hatte. Es stellt sich heraus, daß mehrere Aktenstücke darunter sind, mit denen die Angeklagte direkt nichts zu tun hatte. Der Angeklagten stellt Direktor Gwosdz das Zeugnis aus, daß sie **sehr intelligent** sei und sich in alle Dinge gefunden habe. Es treffe zu, daß sie sich darüber beschwert habe, daß sie von Kansy, mit dem sie im Wohlfahrtsamt direkt zu tun hatte, nicht die geforderten Auskünfte erhalten habe.

Ein Lokaltermin

Das Gericht begibt sich nun mit der Angeklagten in die Stadthauptkasse. Hier werden die Lokalitäten besichtigt, wird klargestellt, welchen Weg die Angeklagte genommen haben will, wenn sie mit Munski verhandelte, um Geld einzuzahlen

*

Am Nachmittag beginnt die Verhandlung — ebenso wie am Morgen — unter überaus starkem Andrang des Publikums.

Von der Ausgangstreppe her erschallt tobender Lärm, bis Polizei die Massen hinuntergedrängt hat.

Zunächst wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt und die Angeklagte über persönliche Angelegenheiten verhört. Dann, nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit, wird

Stadtrat Dr. Jeglinski als Zeuge

vernommen. Der Vorsitzende richtet an ihn zuerst die Frage, wie der Wohlfahrtsetat aufgestellt werde. Stadtrat Dr. Jeglinski erklärt, daß von den einzelnen Dienststellen Vorschläge gemacht würden, daß dann die Kommission zusammentrete und schließlich die Vorschläge eingereicht würden. Diese Kleinarbeit sei verantwortlich von den Bürovorstehern zu leisten. Im allgemeinen bestehe die Tendenz, **die Einnahmen nicht zu hoch anzusetzen, um Etatüberschreitungen zu verhindern.** Der für die Haushaltungsschulen eingehende Betrag hätte wesentlich höher sein müssen, wenn die Beträge abgeführt worden wären. Trotz wiederholten Anforderns der Haushaltungslisten habe die Angeklagte diese Listen nicht eingereicht. Sie habe sich damals krank gemeldet. Ein Attest des Kreisarztes sei wohl beigebracht worden. Die Angeklagte habe die Haushaltungsschulen büromäßig bearbeitet. Der Fehler und die Ursache dafür, daß es so weit kommen konnte, sei der Umstand, daß nicht festgelegt worden sei, wer die Gelder einzuziehen und abzuführen gehabt hätte. Eigentlich sei dies Aufgabe der Kursusleiterinnen gewesen. Eine bestimmte Anordnung habe aber gefehlt. Bürovorsteher Kansy habe behauptet, Fräulein Beyer habe selbsttätig den Einzahlungsmodus geändert, aber dies solle nicht zutreffen. Ein Konto für die Haushaltungsschulen sei bei der Stadthauptkasse eröffnet worden. Es könne nicht angenommen werden, daß die Beträge allgemein auf das Konto Wohlfahrtsamt gebucht worden seien. Kansy sei ein zuverlässiger Beamter. Ueber Fräulein Beyer sei nichts Nachteiliges bekannt, und während ihrer Amtstätigkeit sei nur einmal in einem unwesentlichen Fall eine Beschwerde eingegangen. Die aufgeführten Akten seien als an Fräulein Beyer weitergegeben notiert worden.

Die Angeklagte bestreitet, gewisse Aktenstücke überhaupt erhalten zu haben.

Stadtrat Dr. Jeglinski erklärt, aus eigenem Wissen hierzu keine Angaben machen zu können. Die Unterlagen für den Etat-Voranschlag haben ihm ebenfalls nicht vorgelegen.

Rechtsanwalt Dr. Huschke fragt, ob Kansy die Verpflichtung gehabt habe, Frl Beyer zu kontrollieren und ob es ihm zuzutrauen sei, daß er dies jahrelang nicht getan habe. Stadtrat Dr. Jeglinski bestätigt, daß Kansy die Kontrolle hätte ausführen müssen, und er habe dies auch wohl getan. Im übrigen habe er selbst erst 1926 das Dezernat des Wohlfahrtsamtes übernommen — vorher hatte es Stadtrat Bartels — und er könne daher nicht sagen, ob eine andere Buchung möglich gewesen wäre. Die Angeklagte erklärt hierzu, daß in einem Fall ein Betrag auf das Konto der Nothilfe gebucht worden sei. Ebenso könnten auch die anderen Beträge falsch verbucht worden sein.

Staatsanwalt Dr. Michaletz schlägt vor, Stadtrat Bartels über die Gründung der Haushaltungsschulen und deren Organisation zu vernehmen. Nach Stadtrat Bartels wird telephoniert. Inzwischen werden weitere Zeugen vernommen. Lehrerin Frl. Stolp bekundet, daß das Schulgeld von ihr eingezogen und an Frl. Beyer weitergeleitet worden sei. Mitunter habe sie das Geld auch an die Stadthauptkasse abgeliefert. Sie habe sich nie beklagt, wenn sie das Geld in die Kasse zu bringen hatte, sie habe nur „gebrummt", wenn sie kein Wirtschaftsgeld für die Schule hatte. Der Angeklagten wird eine Quittung vorgelegt, die sie seinerzeit ausgestellt hat. In der Kasse sind 100 Mark weniger, 120 anstatt 220 Mark eingetragen.

Die Angeklagte weiß nicht, wohin der Differenzbetrag gelangt ist, sie will die Beträge ordnungsgemäß abgeführt haben.

Nun wird angeordnet, daß **alle Kassenbücher herangeschafft** werden, von 1924 bis 1927. Von da an sind sie vorhanden. Donnerstag früh sollen die fehlenden Bücher da sein. Es geht nun um die

Gewinnauszug

5. Klasse 34. Preußisch-Süddeutsche (260. Preuß.) Klassen-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

> Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

9. Ziehungstag — 18. Februar 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 176103
2 Gewinne zu 5000 M. 346700
14 Gewinne zu 3000 M. 24791 126827 156907 249684 265135 375617 381201
26 Gewinne zu 2000 M. 24716 32236 101365 102046 172851 188304 207688 280307 341537 351707 352262 357441 361534
22 Gewinne zu 1000 M. 58002 99872 147175 147386 259244 260665 270843 289775 351680 362743 379370
94 Gewinne zu 500 M. 14378 15695 32806 34598 42758 49166 51626 53090 54854 63986 66816 74945 93472 136509 139582 147053 150748 155931 160391 166450 172385 194055 194383 205095 214502 218168 227393 239537 241637 245989 266753 287955 299158 305953 318483 337463 343104 346137 357971 358341 363228 368279 373618 378311 381407 388064 394526
208 Gewinne zu 300 M. 3139 8135 14563 14958 18369 18696 25787 31513 33758 34638 40751 46600 57147 58783 61622 62405 67471 67912 70757 85251 87718 93056 96689 105676 109253 113546 117262 119377 122202 125583 126201 133904 135259 137045 137297 143152 145204 158233 160744 161271 162394 163319 163988 173402 175680 176110 183459 189038 190222 191040 195552 196018 198198 199312 201017 202968 205489 209320 211985 222530 236929 250734 251297 252045 255091 256120 257253 257375 257929 260305 261982 263001 266719 268116 270659 271345 272260 278234 286677 292953 296633 298605 306417 311560 314540 317322 333379 338406 341678 344098 361111 362038 366554 370695 374327 375273 375308 378208 382954 383070 387122 389121 390495 396435

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

6 Gewinne zu 5000 M. 236282 287637 388630
6 Gewinne zu 3000 M 103839 187551 272462
18 Gewinne zu 2000 M. 6715 14412 87591 141295 177008 235263 250998 362732 376746
28 Gewinne zu 1000 M. 2385 17759 74893 195811 214678 217216 258219 264975 274223 287582 295325 343231 355515 359568
66 Gewinne zu 500 M. 12087 26582 56463 64095 71932 77044 80759 85648 115080 118026 121959 124723 130821 133433 138082 148581 151145 158666 179250 186858 222441 228544 238563 265861 303518 316302 327820 347118 363030 378611 381695 392168 396491
172 Gewinne zu 300 M. 11363 17224 31038 36258 37798 43682 45428 49691 78654 79317 79726 79794 83250 96053 97110 106999 107824 112614 116351 117400 119944 121562 128371 130433 143724 147891 150292 151072 153807 154006 157951 158405 161186 168596 170004 173369 184693 188867 194837 208609 210200 212639 214972 220510 228903 234248 241184 241854 258176 263245 266153 271831 273597 276251 278900 280855 281881 284218 289363 292004 292783 298689 305494 305744 309588 312753 316746 316968 317825 320988 323722 325870 334511 336079 343021 353739 354792 360282 361561 368194 380139 384719 389958 391157 394519 399698

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 75000, 2 zu je 50000, 12 zu je 25000, 54 zu je 10000, 110 zu je 5000, 312 zu je 3000, 570 zu je 2000, 1524 zu je 1000, 3220 zu je 500, 8270 zu je 300 M.

Vormittagsziehung:

300 000 Mark: 20 873,
25 000 Mark: 185 255, 207 316,
10 000 Mark: 211 970,
5 000 Mark: 115 000, 267 238, 359 898,
3 000 Mark: 186 386, 354 320.

Nachmittagsziehung:

10 000 Mark: 19 715, 156 942,
3 000 Mark: 49 383.

---

kleinen blauen Bücher, um die Nachweise der an Frl. Beyer abgeführten Gelder. Einzelbeträge werden verglichen. Die Zeugin hat einige Quittungsbücher nicht zurückerhalten. Nach Angabe der Angeklagten sind die Bücher von ihr an Munski übergeben worden, der sie in den Tresor habe legen wollen. Einmal, im Oktober 1928, hat die Angeklagte nicht den ganzen Betrag von Frl. Stolp einkassiert, sondern sie hat ihr den Betrag für das Haushaltsgeld belassen, hat **aber diesen Betrag dann in der Kasse abgehoben und die darüber erteilte Quittung mit dem Namen von Frl. Stolp versehen.**

Stadtrat Bartels ist nicht zu erreichen, er wird am Donnerstag vernommen werden. Auch der größte Teil der geladenen Zeugen wird entlassen. Das Gericht befaßt sich noch mit den Aussagen der Haushaltslehrerinnen, die übereinstimmend bekunden, daß sie die einkassierten Beträge, die Schulgelder der Haushaltungsschule, an die Angeklagte abgeführt haben.

Beuthen und Kreis

* **Abrahamsfest.** Materialienverwalter Paul Schleger, von der Karsten-Zentrum-Grube, feiert heute sein Abrahamsfest.

* **Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen.** Ein farbenfrohes Bild bot am vergangenen Sonntag der Kaiserhof-Saal. Der Verein der der heimattreuen Ost- und Westpreußen und Posener feierte dort sein diesjähriges Wintervergnügen in Form eines Maskenballes. Seiner Einladung waren viele Gäste gefolgt, sodaß der Saal kaum die Fülle der Festteilnehmer zu fassen vermochte. Man sah sehr originelle und auch sehr geschmackvolle und reizende Masken. Die Stimmung war von Anfang an ungemein gemütlich und lustig. Es war ein sehr gelungenes Fest, das hoffentlich dazu beitragen wird, dem Verein und seinen Bestrebungen neue Freunde zuzuführen.

* **Kirchenchor St. Hyazinth.** Der Kirchenchor von St. Hyazinth trat am Montag zu einer Generalversammlung zusammen, die im Vereinslokal von Pakusa durch den 1. Vorsitzenden, Rektor Kyzia, eröffnet wurde. Der Vorsitzende entwarf ein Bild vom Fortschritt und erfreulicher Tätigkeit des Vereins. Zur Freude aller Mitglieder erklärte der Bassist Karmainski seinen Beitritt. Nachdem der Protektor des Vereins, Pfarrer Strzybny,

Die Not des deutschen Ostens

Vortragsabend im Kath. Bürgerkasino Beuthen

(Eigener Bericht)

Beuthen, 19. Februar

Am Mittwoch abend fand eine Versammlung des Katholischen Bürgerkasinos statt, die von Rektor Bernardt geleitet wurde. Nach der feierlichen Einführung von 12 neuen Mitgliedern hielt der Syndikus, Dr. Banke, einen Vortrag über „Die Not der preußischen Ostprovinzen unter besonderer Berücksichtigung der oberschlesischen Verhältnisse“. Er ging von der allgemeinen Notlage des deutschen Volkes aus und behandelte dann die besondere Notlage der deutschen Ostgebiete. Auf ihnen laste eine unsichtbare Besatzung, die verhängnisvolle Folge des Versailler Vertrages. Durch ihn seien die Grundfesten der Wirtschaft im deutschen Osten mehr als erschüttert. Dr. Banke führte dann die großen Verluste Oberschlesiens an Land, Leuten und Bodenschätzen vor Augen.

Ganz besondere Verluste habe die oberschlesische Industrie und Landwirtschaft zu verzeichnen.

Hinzu komme die Abschnürung von den neuen Grenzstaaten durch Zölle. **An der deutschen Ostgrenze haben wir die höchsten, an der Westgrenze die niedrigsten Zölle.** Der bedeutend verringerte Aktionsradius der oberschlesischen Kohlenwirtschaft zeige, wie schwierig die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Ostens liegen. Der Reichsbahntarif, ein Staffeltarif, sei für die oberschlesische Industrie nicht günstig. Die westliche Industrie habe zum Nachteil des deutschen Ostens in dieser Beziehung eine Monopolstellung. Ebenso bilde die neue Wasserstraßenpolitik eine Gefährdung des deutschen Ostens.

Die oberschlesische Wirtschaft brauche den Ausbau des Klodnitzkanals und eine ausreichende Schiffbarmachung der Oder.

Die durch die Grenzziehung entstandenen Verluste bedingen eine Notlage in allen Kreisen des Volkes. Dies ersieht man am besten aus dem niedrigen steuerlichen Aufkommen in Oberschlesien und Ostpreußen, überhaupt im ganzen deutschen Osten. Auch die Sparkassenstatistiken kennzeichnen einen Einblick in die Notlage der Heimat. Die Sparkraft des Volkes sei bedeutend herabgesetzt. Dies alles wirke sich auch im Handel aus. Die außerordentlich ernste und gefahrvolle Lage haben die Landeshauptleute der Ostprovinzen in einer Denkschrift der Regierung gegenüber beleuchtet. Es müsse immer wieder auf die Not des Ostens aufmerksam gemacht werden. Der Osten, ein Schicksalsland, sei eine wichtige Kornkammer für das Reich und auch wegen der hohen Geburtenziffer besonders wertvoll. Es sei an der Zeit, auf die Ursachen der Not, unter der alle Stände leiden, versöhnend hinzuweisen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk die Kraft zum Aufstieg finden möge.

Der aufklärende Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Studienrat Hoffmann wies darauf hin, **daß kein einziger der teuren Orte Oberschlesiens in die Ortsklasse A. eingestuft ist.** Er mahnte zur Einigkeit und hob die Notwendigkeit hervor, Einkäufe nach Möglichkeit nur innerhalb der Gemeinde zu tätigen.

Hilfsschullehrer Boder führte Klage gegen die Verwendung der Sparkassenüberschüsse der Beuthener Stadtsparkasse zu dem teuren Bau des Sparkassengebäudes auf Kosten des niedrigen Zinsfußes für die Sparer. Er regte für die Zukunft die Ergreifung von Vorsichtsmaßregeln zugunsten der Sparer an.

---

in anerkennenden Worten die Leistungen des Vereins und seines rührigen Chordirigenten Zur eingehend gewürdigt hatte, wurde nach ausführlichem Jahres- und Kassenbericht zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Aus dieser gingen hervor als 1. Vorsitzender Rektor Kyzia, 2. Konrektor Kielbassa, Kassiererin Frau Pelka, Schriftführer Lehrer Frank, Beisitzer Frl. Krems und Jokiel, Kassenprüfer Jokiel und Banasch, Chordirigent Zur, Stellvertreter Pakusa. Mit großer Freude wurde die Mitteilung begrüßt, daß das Opernorchester sich zu öfterer Betätigung beim Gottesdienste unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.** Am Sonntag vereinigten sich die Mitglieder des Bundes in den Räumen des Schützenhauses zu einem Maskenball. Den Höhepunkt des Festes bildete die Demaskierung, die recht heitere Szenen brachte. Wenn es auch das Schicksal des größten Teils der Kriegsbeschädigten ist, nicht persönlich an dem lustigen Treiben teilzunehmen, so haben sie doch durch das Zuschauen an der Fröhlichkeit ihrer Familienangehörigen und Freunde genußreiche Stunden gehabt.

* **Monatsversammlung des GdA.** Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wies der Rechnungsführer der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, Mußhoff, darauf hin, daß die Verwaltungsstelle Ratibor im Jahre 1929 einen hohen Zuschuß erfordert habe, der zurückzuführen sei auf übermäßig hohe Ausgaben für Arzneien und auch für Krankengeld. Danach hielt Geschäftsführer Finck einen Lichtbildervortrag „Die Selbsthilfeeinrichtungen des GdA.“

Lotteriegewinn von 300 000 Mark nach Breslau

Ein kleiner Kaufmann Inhaber des ganzen Glücksloses

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 19. Februar.

Nachdem einige Tage lang überhaupt keine großen Gewinne bei der Preußischen Klassenlotterie ausgegeben worden waren, gab es heute vormittag endlich eine Sensation. Unter allgemeiner Spannung wurde der zweitgrößte Gewinn mit 300 000 Mark auf das Los 20 873 gezogen. Das Los wird, was nur außerordentlich selten vorkommt, in beiden Abteilungen in ganzen Losen gespielt, und zwar in der ersten Abteilung in Breslau, in der zweiten Abteilung in München. Jeder erhält nach Abzug der Steuern 240 000 Mark bar ausgezahlt, falls er nicht etwa privat das Los gemeinsam mit Freunden und Bekannten gespielt hat. Das Glückslos ist in Breslau in einer der größten Lotteriekollekten auf der Schweidnitzer Straße gespielt worden. Auf diese Glücksnummer ist vor etwa 14 Tagen schon in der Preußischen Wohlfahrtslotterie ein Gewinn von 25 000 Mark gefallen. Der Breslauer Losinhaber ist ein kleiner Kaufmann aus einem Städtchen in unmittelbarer Nähe von Breslau. Er spielt dieses Los schon seit der 1. Klasse im vorigen Jahre. Soweit der Kollekteur bisher feststellen konnte, hat der Kaufmann das Los immer allein gehabt, aber allem Anschein nach spielte er mit Bekannten aus seinem Heimatort privat zusammen.

---

* **Tagung des Kreisausschusses Beuthen Land und Restkreis Tarnowitz.** Unter Vorsitz des Landrats findet am Freitag, um 16 Uhr, eine Sitzung des Kreisausschusses im Sitzungssaal des Landratsamtes statt.

* **Skibund.** Um Irrtümer richtig zu stellen, wird darauf hingewiesen, daß der dem DSV. angehörige Schlesische Skibund über eine große Anzahl geprüfter DSV.-Skilehrer in allen Gegenden verfügt, deren Anschriften durch die dem SSB. angeschlossenen Wintersportvereine zu erfahren sind. Die DSV.-Skilehrer erteilen allen Interessenten, auch Nichtmitgliedern, in allen Gegenden die hierfür in Frage kommen, Skiunterricht, und zwar so gut wie unentgeltlich, da die DSV.-Skilehrer nur eine geringe Entschädigung, und zwar ihre Selbstkosten, erhalten.

* **Die dankbare Lindenwirtin.** Aennchen Schumacher, die viel besungene Lindenwirtin zu Godesberg am Rhein, hat dem Alt-Herren-Zirkel „Philia“ für eine ihr zum 70. Geburtstagsfeste übersandte Glückwunschadresse ihr Bildnis nebst Dank und Grüßen übermittelt.

* **Einbruch in das Kaiserplatz-Milchhäuschen.** In der Nacht zum 18. Februar wurde das Milchhäuschen am Kaiserplatz von Unbekannten erbrochen. Gestohlen wurden Zigaretten und Schokolade im Werte von 12 Mark.

*

* **Oberschlesisches Landestheater.** Heute, Donnerstag, um 20 Uhr, die komische Oper „Der Postillon von Longjumeau“.

* **Gauübungsstunde der Turnerinnen.** Die Gauübungsstunde für Turnerinnen des 1. Bezirks findet nicht in der Mittelschule, sondern in der Schule I — Ende Lange Straße — am 20. Februar, 20 Uhr, statt.

* **Jugendgruppe des Kath. Deutschen Frauenbundes.** Wegen des Familienabends des Hauptvereins findet die nächste Zusammenkunft am Donnerstag statt.

* **Bund „Königin Luise“.** Die nächste Monatsversammlung findet am 28. Februar, im Promenaden-Restaurant, abends 20 Uhr, statt.

* **Evangelischer Handwerker- und Arbeiterverein.** Sonnabend, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gemeindehauses Wintervergnügen.

* **Volkshochschule.** Der Vortragsabend Dr. Willnow fällt am Donnerstag aus; er findet am Donnerstag, dem 27. Februar, statt.

* **Tag des Buches.** Der Stadtverband für Jugendpflege tritt am Dienstag, 20 Uhr, in der Aula der Oberrealschule zusammen, um über die Jugendveranstaltungen zum Tag des Buches zu beraten.

* **Jugendsitzung des Spiel- und Sportvereins.** Der fällige Mannschaftsabend der Jugendabteilung findet heute, ½8 Uhr, im Vereinslokal im Konzerthaus statt.

* **Spiel- und Sportverein Dombrowa.** Der Verein veranstaltet am Sonnabend, 8 Uhr, im Waldschloß Dombrowa sein diesjähriges Faschingsvergnügen, welches in Form eines Jahrmarktrummels steigt.

Bobrek-Karf

* **Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten.** Die Ortsgruppe Bobrek veranstaltete in allen Räumen des Hüttenkasinos in Bobrek ein gut besuchtes Winterfest. Trotz umfangreicher Vorkehrungen konnten die vorhandenen Räumlichkeiten die Kameraden und Gäste kaum fassen. Mit einer Begrüßungsansprache des Ortsgruppenführers Muschiol nahmen die Darbietungen ihren Anfang. Fräulein Kurpierz trug einen von der Lehrersfrau Wohkittel, Karf, der Zeit entsprechend verfaßten Prolog gut vor und erntete hierfür reichen Beifall. Dann folgten Gardisten aus der friedericianischen Zeit, dargestellt von großen, jungen Damen, Kavallerie-, Artillerie- und Infanterie-Humoresken aus der Vorkriegszeit, dargestellt von Stahlhelmern. Die besten Schützen erhielten wertvolle Schießpreise.

Dintaarbeit in der oberschlesischen Landwirtschaft

Am kommenden Sonntag findet in Tost-Peiskretscham ein Ausbildungskursus über Dintaarbeit in der oberschlesischen Landwirtschaft statt.

Die modernen Auffassungen über die Steigerungsmöglichkeiten des Ertrages unserer Arbeit, die schon seit Jahren in der oberschlesischen, besonders der Montanindustrie in der Form der Dintaarbeit gepflegt und vertieft wurden, haben nun auch Widerhall in der oberschlesischen Landwirtschaft gefunden. Die Majoratsherrschaft Tost-Peiskretscham hat dem Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) auf Veranlassung des Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinzen Ober- und Niederschlesien in Breslau seine Reparaturwerkstätte in Tost zur Verfügung gestellt, in der in der Zeit vom 23. Februar bis zum 1. März d. J. ein Ausbildungskursus für landwirtschaftliche Besitzer und Beamte stattfindet.

Bewußt geht die landwirtschaftliche Arbeit des Dinta vom Unternehmer und Betriebsleiter aus, denn ihn gilt es zunächst mit den Erfahrungen und Ergebnissen der industriellen Dintaarbeit bekannt zu machen, um sie sinnvoll auf landwirtschaftliche Verhälnisse umzudenken. Bewußt aber geht die erste Dintaarbeit auf dem oberschlesischen Lande auch von einem der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Fragen aus, **der Verbindung des Lohnkontos mit dem Geräte- und Reparaturkonto.** Die wachsende Verwendung der Maschinen im Betriebe legt dem einzelnen Arbeiter eine immer größere Verantwortung gegenüber dem Kapital auf, das in diesen Maschinen investiert ist und sich hoch verzinsen muß, um sich nicht zu entwerten. Zur Verzinsung gehört aber in erster Linie die ständige Arbeitsbereitschaft und Leistungsfähigkeit einer Maschine.

Die Vormittage sind den praktischen Bedürfnissen gewidmet, Vorführungen dringen im reichen Wechsel tief in die rationelle Lösung wichtiger Tagesfragen ein; die Nachmittage sind Vorträgen verschiedenster Art gewidmet. Aehnliche Betriebsleiterkurse sind bereits in Niederschlesien mit bestem Erfolge abgehalten worden, und es ist zu hoffen, daß die dankenswerte Initiative der Majoratsherrschaft Tost-Peiskretscham künftiger Arbeit in dieser Hinsicht in unserer oberschlesischen Landwirtschaft die Wege bahnt.

Dr. G. Feige.

Nokittnitz

* **Blutiger Ueberfall.** Am Dienstag abend wurde der Grubenarbeiter Anton Schneider aus Friedrichswille an der Peiskretschamer Chaussee von zwei ebenfalls in Friedrichswille wohnenden Arbeitern überfallen und blutig geschlagen. Infolge einer von einem Messerstich herrührenden tiefen Kopfwunde wurde er von der Polizei sofort zum Knappschaftsarzt Dr. Repetzki geschafft. Die Täter werden sich wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht zu verantworten haben.

* **Diebstähle.** Während ganz kurzer Abwesenheit wurde dem Büroassistenten August Nowakowski am Zechenhause sein Fahrrad, Marke „Meister", Nummer 68 558, gestohlen. — Dem Häuer Paul Hanke wurden aus seiner Wohnung, Ballestremsche Kolonie 445, 32 Mark gestohlen. Als mutmaßlicher Täter kommt ein slowakischer Drahtbinder in Frage. — Von einem Schüler wurde der Bodenraum des Kriegsverletzten Kratochwill, Lange Straße, erbrochen und daraus vier Korbflaschen gestohlen. — Auf dem Wege von der Grube wurde dem Landwirt Kupka aus Ptakowitz eine lange Spannkette von seinem Fuhrwerk gestohlen. Der Dieb wurde zur Anzeige gebracht.

Stollarzowitz

* **Diebstahl.** Aus einer Geldkassette, die er unter einem Chaiselongue in der Küche aufbewahrt hatte, wurden dem Bäckermeister Gallus von hier zwei Fünfzig-Markscheine gestohlen. Ein verdächtiger polnischer Staatsangehöriger wurde festgenommen.

* **Verkehrsunfall.** Auf der Nokittnitzer Straße wurde ein Radfahrer, der Arbeiter August Kozlik aus Neu-Repten (Ost-Oberschlesien), von einem Personenauto angefahren, wodurch das Fahrrad stark beschädigt wurde. Der Angefahrene soll angetrunken gewesen sein.

* **Selbstmordversuch.** Das 26jährige schwachsinnige Dienstmädchen Gertrud Masgai von hier versuchte in dem Walde bei Nokittnitz Selbstmord zu verüben. Ihr Vorhaben wurde aber von einigen Arbeitern bemerkt, die sie zur Polizeiwache brachten.

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung Kreuzburg

Einführung der neuen Stadträte

64 434 Mark Nachtragssteuern zur Deckung des Defizits bewilligt

(Eigener Bericht)

Kreuzburg, 19. Februar.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Peuckert eröffnete die Sitzung. Zunächst wurden die neugewählten, vom Regierungspräsidenten bestätigten Stadtväter eingeführt. Bürgermeister Reche richtete herzliche Worte an die gewählten Herren und ermahnte sie zu treuer Pflichterfüllung zum Wohle der Stadt. — Er verpflichtete die Stadträte Nowak, Lotzow und Mnich (Dnat.), Skaletz und Bauschke (Ztr.), Niedergesäß (W. Vereinig.) durch Handschlag an Eidesstatt und überreichte ihnen die Bestätigungsurkunde. Zum Schluß dankte der Bürgermeister den bisherigen Mitgliedern des Magistrats für die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit.

Als zweiter Punkt kam wiederum der Magistratsantrag vom 24. Januar über die Nachtragsumlage zur Deckung des Fehlbetrags des Haushaltsplanes für 1929 zur Beratung. Von dem großen Interesse der Bevölkerung an diesem Antrag zeugte der überfüllte Zuhörerraum. Das Referat lag in den Händen des Stadtv. Seeliger, der bereits am 24. Januar diese Vorlage schon einmal vertreten hat. — Nach ausreichender Begründung empfahl er folgende Steuererhöhungen:

Gewerbeertragssteuer von 540 auf 600%,	**Erfolg**	**12 600 RM.**
Gewerbekapitalsteuer von 2160 auf 2360%,	**"**	**5 000 "**
Filialsteuer von 648 auf 720%,	**"**	**684 "**
Zuschlag z. Grundvermögensteuer von 400 auf 445%,	**"**	**23 850 "**
	Zus.	**42 134 RM.**
Dem Reservefonds sollen entnommen werden	**. . .**	**22 300 "**
	Sa.	**64 434 RM.**

Es verbleibt hiernach noch ein Fehlbetrag von 73 000 RM. zu decken, der je zur Hälfte in die Jahre 1931 und 1932 übernommen wird.

Dem Antrage wurde mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Die Stadtverordneten Seeliger, Kern und Koschara hatten ferner folgende Anträge gestellt:

a) Es ist eine viergliedrige Kommission zu wählen, die den Besoldungsetat der Beamten und Angestellten der Stadt einer eingehenden Prüfung unterzieht.

b) Vornahme einer Buchprüfung sämtlicher Betriebswerke durch einen versierten Buchprüfer.

Bürgermeister Reche erklärte hierzu, daß diese Anträge durchaus auch seinem Wunsche entsprechen und daß er seitens des Magistrats ihnen zustimmen könne. Auch diese Anträge wurden von der Versammlung angenommen. Ein Antrag des Stadtv. Mahiola (Soz.) Familien mit weniger als 2000 RM. Jahreseinkommen nur mit 30 Prozent Zuschlag zur Grundvermögensteuer heranzuziehen, verfiel der Ablehnung. Die gegen das Städt. Bauamt erhobenen Vorwürfe wurden von Stadtbaurat Hentschke sehr treffend zurückgewiesen.

Tagung der Obermeister in Kandrzin

Gründung eines oberschlesischen Friseurgehilfenverbandes

(Eigener Bericht.)

Kandrzin, 19. Februar.

In Kandrzin im Hotel Fiolka traten die Friseur-Obermeister des Bezirksverbandes Oberschlesien zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Fachlehrer der einzelnen Innungen teilnahmen. Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberschlesien, Friseur-Obermeister Langner, Oppeln, leitete die Sitzung, in der große Arbeit geleistet wurde. Die Referenten waren Friseur-Obermeister Langer, Ratibor, Zimmermann, Hindenburg, Olesch, Gleiwitz, Jaworek, Beuthen und Hässelbarth, Neustadt OS.

Es wurde die Einführung der Zwischenprüfung im Friseurfach beschlossen. Die erste Zwischenprüfung wird schon im Herbst d. J. stattfinden. Demzufolge wird die Prüfungskommission um je einen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erweitert. Die Fachlehrer-Vereinigung erfährt unter der Leitung des Friseur-Obermeisters Hässelbarth, Neustadt OS., eine Neuorganisation. Schließlich wurde **die Gründung eines eigenen oberschlesischen Frisurgehilfen-Verbandes beschlossen.** — Die Schneider-Obermeister von Oberschlesien hielten ebenfalls in Kandrzin im Hotel Fiolka eine Obermeister-Sitzung ab, die sich in der Hauptsache mit dem Lehrlingswesen beschäftigte.

Gleiwitz

Kraftrad und Autobus prallen zusammen

Am Dienstag stieß ein Autobus auf der Sosnitzaer Straße in Sosnitza mit einem Kraftrad mit Beiwagen zusammen. Der Motorradfahrer zog sich schwere Kopfverletzungen und Rippenbrüche zu. Er fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. Das Vorderteil des Kraftrades wurde vollständig zertrümmert, der Autobus leicht beschädigt. Der Schaden beträgt etwa 600 Mark.

Daimler-Benz Großgaragen

Die Daimler-Benz AG. hat in Gleiwitz ein größeres Grundstück käuflich erworben, und zwar handelt es sich um die Fabrikanlagen der Fa. Weinmann & Lange, Gleiwitz-Petersdorf, Toster Straße. Der gesamte erworbene Komplex beläuft sich auf etwa 19 000 Quadratmeter, worin sämtliche sich dort befindlichen Hallen und Fabrikanlagen einbegriffen sind. Die Fa. Daimler-Benz Aktiengesellschaft wird, sobald es die Bausaison erlaubt, diese Fabrikanlagen für ihre Zwecke umbauen und dort eine nach allermodernsten Grundsätzen eingerichtete Groß-Reparatur-Werkstatt errichten. Diesem Reparaturwerk wird ein großes Ersatzteillager angegliedert werden. Außerdem wird in diesem Grundstück ein Lagerraum von 60—80 Neuwagen hergestellt, da von jetzt ab Gleiwitz als Hauptstützpunkt für den Osten eingerichtet wird. Die Verkaufsstelle Gleiwitz wird damit zum Hauptstütz- und Auslieferungslager für den ganzen Osten einschließlich Polen und Tschechei. Die bisherigen Räume in der Ebertstraße 24 werden als Stadtgeschäft beibehalten. Die auf diesem Grundstück bestehenden Hallen der bisherigen Reparaturwerkstatt werden als Großgaragen und Einstellunternehmen eingerichtet werden, sodaß nun endlich dem von so vielen Seiten angeregten Wunsche Rechnung getragen wird, daß Gleiwitz allen seinen Besuchern und Durchreisenden mit Kraftfahrzeugen einwandfreie geheizte und gut beaufsichtigte Unterstellräume bieten kann. Sowohl auf dem Grundstück in der Toster Straße wie auf der Ebertstraße werden die Tankstellen beibehalten bezw. eingerichtet.

*

* **Wintervergnügen bei den Deutschnationalen.** Die Ortsgruppe Gleiwitz der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet im Evangelischen Vereinshaus ein Wintervergnügen in Form eines Masken- und Kostümfestes, um alle Parteimitglieder für einige fröhliche Stunden zu versammeln. Bald herrschte auch ein fröhliches Treiben, wozu die festlich geschmückten Räume, originellen und eleganten Masken viel beitrugen. Eine stimmungsvolle Kapelle sorgte für den nötigen Rhythmus, und bald war der Kontakt hergestellt. Eine wertvolle Prämiierung der drei schönsten Damen- und Herrenmasken fand durch Stimmzettel statt. Es war nur bedauerlich, daß so viele schöne und orginelle Masken leer ausgehen mußten, besonders die drei aus dem „Dreimäderlhaus", dann die „Drei alten Schachteln", und alle, die sich bemühten, in der Maske zu wirken. Welch glänzenden Verlauf die von Kaufmann Reinke organisierte Veranstaltung genommen hat, dafür dürfte der Umstand sprechen, daß zum Schluß der Polizeistunde um 3 Uhr die gleiche Fülle herrschte wie um 11 Uhr. Damit hat der Vorstand für sich einen Erfolg erreicht, der zeigt, daß die Ortsgruppe nicht nur ihre Mitglieder für ernste Beratungen gewinnen, sondern auch zu fröhlichen Stunden in gesellschaftlichem Kreise versammeln kann.

* **Geschäftsstenographenprüfungen bei den Industrie- und Handelskammern.** Vom Verein für Einheitskurzschrift Gleiwitz wird uns geschrieben: Reges Leben herrschte im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der stenographischen Fertigkeitsprüfungen vor den Handelskammern, stieg doch die Zahl der Prüfungen von 131 auf 165, die Zahl der erfolgreichen Prüflinge von 1574 auf 2151. Die erfolgreichen Prüflinge verteilten sich auf die einzelnen Systeme wie folgt: Einheitskurzschrift 1522, Stolze-Schrey 475, Gabelsberger 144, Nationalstenographie 10, Stenotachygraphie 2. Für die Einheitskurzschrift ist die Zahl von 922 Prüflingen im Jahre 1928 auf 1522 im Jahre 1929 gestiegen. Bei Stolze-Schrey ist die Zahl von 509 auf 473 gesunken. Die Einheitskurzschrift hat 1929 in Preußen erstmalig den ersten Platz belegt. Die Zahl der erfolgreichen Prüflinge stieg dort in Einheitskurzschrift von 322 auf 614, in Stolze-Schrey von 374 auf 377. Während die Zahl der Einheitskurzschriftler sich in Preußen fast verdoppelte, ist die Zahl der Stolze-Schreyaner ungefähr die gleiche geblieben. Geprüft wurde in den Geschwindigkeiten von 150 bis 320 Silben je Minute.

* **Versammlung der Mittelschullehrer.** Der Gleiwitzer Mittelschullehrerverein hielt eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zunächst berichtete der Vorsitzende, Mittelschulkonrektor Jaschke, über die schulpolitische Lage. An konkreten Beispielen wies er nach, einen wie schweren Kampf der Verein noch immer um die Bewertung der Zeugnisse der mittleren Reife zu führen hat und welch unseliger Zustand durch den Widersinn des gegenwärtigen Berechtigungstaumels eingetreten ist. Sodann hielt der Vorsitzende einen Vortrag über England, indem er einige Streiflichter auf die Verhältnisse warf, die dem Englandreisenden immer wieder auffallen. Da der Vortragende im vorigen Jahre zum vierten Male längere Zeit zu Studienzwecken jenseits des Kanals zugebracht hat, konnte er aus eigener Anschauung viel Interessantes berichten. Besonders eingehend untersuchte er die angelsächsische Kulturidee und zeigte, wie diese vom Standpunkte des Engländers und wie ganz anders vom Standpunkte der übrigen Menschheit aussieht. Ueberaus reicher Beifall belohnte die tief durchdachten, lehrreichen Ausführungen.

* **Bund der Kriegsbeschädigten.** Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hielt im Blüthner-Saal des Stadtgartens die diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung wurden die im vergangenen Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder und auch die Gefallenen durch Erheben von den Plätzen geehrt. In einer Ansprache des Vorsitzenden Paul Gottwald wurden die Mitglieder Marie Zimny, Anna Kosmitzki, Theodor Duffek und Viktor Jaworek durch Ueberreichung eines Ehrendiploms und der goldenen Bundesnadel für 10jährige Mitgliedschaft im Reichsbund geehrt. Der 2. Schriftführer Willi Marker erstattete Bericht über den Verlauf der Kreisgruppenkonferenz, dem ein weiterer Bericht der Frau Anna Kosmitzki über die Verhandlungen und Verlauf des 11. Bezirkstages des Bezirks West-Oberschlesien im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen folgte. Hierauf wurde seitens des Ortsgruppenvorstandes der Geschäftsbericht durch den Vorsitzenden, den Beratungsleiter und den Kassierer gegeben, aus dem erfreuliche Aufwärtsentwickelung der Ortsgruppe Gleiwitz des Reichsbundes ersichtlich war. Die nach dem Geschäftsbericht folgende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Paul Gottwald, 2. Vorsitzender Viktor Jaworek, 1. Schriftführer und Beratungsleiter Theodor Duffek, 2. Schriftführer Johann Zakrzowski, 1. Kassierer Carl Zimny, 2. Kassiererin Paula Przybilka, Beisitzer: Alfred Mosler, Peter Ochmann, Erich Neumann, Paul Kubitza, Anna Kosmitzki, Wilhelm Krusche und Hermann Basalyk.

* **Vereiteltes Verbrechen.** Am 30. Januar wurde um 18½ Uhr auf der hiesigen Bergwerkstraße zwischen Waldschloß und dem alten Beuthener Gleis eine 60jährige Frau von einem Manne überfallen, der anscheinend einen Notzuchtversuch beabsichtigte. Durch das Hinzukommen eines Radfahrers, der vom Rade stieg und sich kurze Zeit mit dem Täter unterhielt, ist das Verbrechen vereitelt worden. Die Frau entfernte sich, da sie den Radfahrer für einen Bekannten des Täters hielt. Ein zweiter Radfahrer, der an dem Tatort vorbeifuhr, und den ersten Radfahrer sowie den Täter gesehen hat, hat seine Angaben bereits gemacht. Der erste Radfahrer, der mit dem Täter gesprochen hat, wird ersucht, sich möglichst bald bei der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium, Zimmer 92, zu melden oder seiner Anschrift mitzuteilen.

* **Mit dem Rade verunglückt.** Der Arbeiter Franz R., aus Ostroppa, kam auf der Kieferstädteler Landstraße mit seinem Fahrrade zu Fall. R. führte auf dem Fahrrade noch den Kranführer K. mit, der sich bei dem Sturze einen Knöchelbruch am linken Fuße zuzog. K. begab sich in das Städtische Krankenhaus.

* **Vom Fundbüro.** Gefunden wurden eine wollene Decke und ein Fleischermesser. Näheres im Fundbüro Zimmer 35 des Polizeipräsidiums.

*

* **UP.-Lichtspiele.** Die größte Tonfilm-Operette, die erst dieser Tage in Berlin herauskam, den köstlichen Ufa-Tonfilm „Liebeswalzer" mit Lilian Harvey und Willi Fritsch in den Hauptrollen bringen die UP.-Lichtspiele morgen in Uraufführung für Schlesien heraus. Auch die hochgespanntesten Erwartungen, mit denen man dieser reizvollen Tonfilm-Operette entgegensieht, werden erfüllt werden. Die Musikschlager aus „Liebeswalzer" werden bald überall zu hören sein.

Tost

* **Kauf-Abend.** Der Oberschlesische Kulturverband veranstaltet am Sonnabend im Schützenhaussaal ein Künstlerkonzert, bei dem Werke von Franz Kauf zum Vortrag kommen werden. Mitwirkende sind: Franz Kauf am Flügel, Willi Wunderlich, Violinvirtuose, Angela Schemiczek Solistin und der hiesige Cäcilienvereins Chor.

* **Musikalisch-theatralische Aufführung.** Am Sonntag wird die Liedertafel in Groß

20 Jahre im Wohlfahrtsdienst

Abschiedsfeier für Bezirksvorsteher Bäckermeister Klose

Groß Strehlitz, 19. Februar.

Am Montag nachmittag fand die erste Sitzung des neu gewählten Wohlfahrtsausschusses im Stadtverordnetensitzungssaal statt. Außer den Mitgliedern der Kommission waren Bürgermeister Dr. Gollasch und Stadtverordneten-Vorsteher, Studienrat Guzy erschienen, um dem früheren Bezirksvorsteher des 3. Bezirks, Bäckermeister Klose, den Dank der städtischen Körperschaften für seine langjährige Tätigkeit auszusprechen. Bäckermeister Klose wurde ein Dankschreiben des Magistrats und ein Betrag aus den Zinserträgen der Armen-Bürgerstiftung überreicht. Der scheidende Bezirksvorsteher dankte bewegt für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Nach kurzer Erläuterung der einzelnen Fürsorgearten durch den Vorsitzenden des Wohlfahrtsausschusses Ratsherrn Klaschka, trat die Kommission in die Beratung der vorliegenden Unterstützungsanträge ein. Der Abend vereinigte fast sämtliche Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses zu Ehren des scheidenden Bezirksvorstehers zu einem gemütlichen Beisammensein, an dem auch Bürgermeister Dr. Gollasch mit Gemahlin teilnahm.

Kottulin eine musikalisch-theatralische Aufführung veranstalten, bei der neben Gesangsdarbietungen eine Schwankoperette zur Aufführung kommt.

Hindenburg

Erweiterung der Pfefferküchler-Zwangsinnung

Die Pfefferküchler-Zwangsinnung, deren Sitz in Beuthen ist, hat sich bis jetzt nur auf den Industriebezirk beschränkt. Nachdem Pfefferküchler auch aus dem übrigen Oberschlesien an die Innung herangetreten waren, um aufgenommen zu werden, hat die Regierung jetzt auf Antrag der Innung genehmigt, daß ihr Wirkungskreis fortan die Stadtkreise Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Oppeln und die Landkreise Beuthen-Tarnowitz, Tost-Gleiwitz, Rosenberg, Groß Strehlitz, Falkenberg, Kreuzburg und Guttentag umfaßt.

*

* **Abrahamsfest.** Am 24. Februar feiert Kaufmann Arthur Friedländer, Besitzer der Musikalienhandlung Friedrich Schultze, Dorotheenstraße 42, seinen 50. Geburtstag.

* **Billiges Fleisch.** In der Nacht zum 17. Februar wurde einem Anwohner der Galdastraße ein Schwein gestohlen, das die Täter im Felde schlachteten und versteckten. Die Kriminalpolizei konnte einen großen Teil des Fleisches ermitteln und zwei Männer und eine Frau festnehmen.

* **Arbeitsgemeinschaft der Kath. Jugendvereine.** Dienstag fand eine Zusammenkunft im Physiksaale der Oberrealschule statt, bei der der Vorsitzende, Studienrat Fafflok, zunächst auf die am 18. März im Vereinshause St. Anna stattfindende Jahreshauptversammlung hinwies. Er machte ferner auf den von dem hiesigen Kath. Deutschen Frauenbund veranstalteten Eheberatungskursus, dessen zweiten Vortrag Dr. Kandziora übernommen hat, aufmerksam. Darauf hielt Studienrat Brdiczka einen etwa 1½stündigen Vortrag über technische Musik, den er durch physikalische und andere Vorführungen reich illustrierte.

* **Volkshochschulkurse in Mikultschütz.** Am Donnerstag, abends ½8 Uhr, beginnen in der Pestalozzi-Schule in Mikultschütz drei Kurse der Volkshochschule Hindenburg. Oberstudiendirektor Schleupner spricht über „Staatliche Probleme seit 1918“, Dr. med. Kaatz über „Streifzüge durch Medizin und Biologie“, und Alfons Hayduk über „Geschichte der deutschen Literatur“. Die Kurse finden regelmäßig am Donnerstag statt.

* **Vortrag.** „Das Theater im Mittelalter und in der Neuzeit“ behandelt am heutigen Abend an Hand zahlreicher Lichtbilder Universitätsprofessor Dr Heckel im Rahmen einer Veranstaltung des Breslauer Universitätsbundes. Der Vortrag findet um 8 Uhr im Bibliothekssaal der OH. statt.

Oppeln

* **Blutige Hochzeitsfeier.** In Konty Kreis Oppeln kam es gelegentlich einer Hochzeitsfeier zu einer schweren Messerstecherei. In dem Lokal, wo die Hochzeitsfeier stattfand, hielt sich auch der Arbeiter Michael Wuttka, der an der Hochzeit unbeteiligt war, am Büfett auf. Er wurde von einem jungen Mann aufgefordert, mit hinauszukommen. Vor der Tür fielen sein Begleiter und zwei weitere Männer über ihn her und bearbeiteten ihn mit Messern. Der Schwerverletzte wurde von der Oppelner Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus in Oppeln übergeführt.

* **Oeffentliche Kundgebung der Lebensmittelkaufleute.** Der Landesverband Schlesien im Rekofei, Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonial-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels, veranstaltete am Sonntag in Oppeln im großen Saale des Gesellschaftshauses vormittags 11 Uhr eine öffentliche Kundgebung, bei der Landtagsabgeordneter Lange, Dittersbach, über das Thema „Der deutsche Kolonial-, Feinkost- und Lebensmittelkaufmann in Staat und Wirtschaft“ sprechen wird.

* **Vereinsleben.** Im Piastengarten veranstaltete der Verein ehm. 10er eine Wiedersehensfeier, zugleich mit einem Faschingsvergnügen. Groß war die Zahl der Kameraden und Gäste, die der 1. Vorsitzende Schulz hierbei begrüßen konnte. Humoristische Duetts, Lieder zur Laute, Konzertzitter und Violinvorträge sowie eine Verlosung füllten die Tanzpausen aus und bildeten das Programm des Abends. — In der Aula der Oberrealschule veranstaltet der Luftfahrtverein Oppeln einen Vortragsabend, und zwar am Donnerstag, abends 8,30 Uhr. Das Thema für diesen Abend lautet „Fliegen als Sport“. Der Vortrag wird von einer großen Reihe Lichtbildern neuester Aufnahmen aus der Sportfliegerei begleitet sein.

* **Verein ehem. Landwirtschaftsschüler.** Der Verein hielt seine Generalversammlung ab. Hierzu waren auch außer den aktiven Mitgliedern Landwirtschaftskammerpräsident Franzke, Kammerpräsident Römer sowie der Direktor und die Lehrerschaft der Landwirtschaftsschule Oppeln-Sczepanowitz erschienen. Nach der Begrüßung durch den Versammlungsleiter Sosalla hielt Kammerpräsident Franzke einen Vortrag über das Thema: „Die Rettung der Oberschlesischen Landwirtschaft durch Staatshilfe und durch Selbsthilfe“. Anschließend an den Vortrag erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Als 1. Vorsitzender wurde für Thomalla, Poppelau, Versuchstechniker Sosalla, Sczepanowitz neu gewählt. Für diesen wurde als Schriftführer Versuchstechniker Rogowski, Tillowitz gewählt. Es wurde beschlossen demnächst einen Ausflug durch die Kreise Falkenberg und Oppeln zu unternehmen.

Ratibor

* **Versammlung des Gastwirtsvereins.** In der ordentlichen Generalversammlung des Gastwirtsvereins für Stadt und Kreis Ratibor erstattete der Vorsitzende, Stadtverordneter Restaurateur Bocksch, Bericht über den Verlauf der Protestversammlungen in Oppeln und Beuthen gegen die geplante Biersteuer-Erhöhung. Anschließend gab er bekannt, daß die Angestellten-Organisationen den Tarif gekündigt haben. Beschlossen wurde, von den Angestellten neue Tarifvorschläge zu verlangen. Des weiteren wurde die Reichsunfallversicherung für Musiker im Gastwirtsgewerbe einer eingehenden Besprechung unterworfen und die Mitglieder über die Gesetzesvorschriften unterrichtet. Daraufhin erfolgte die Ehrung von zwei Mitgliedern für 25jährige Tätigkeit im Gastwirtsgewerbe und gleichzeitig von drei Angestellten für langjährige treue Dienstzeit durch Diplome. In den Vorstand wurden gewählt: Bocksch erster, Niewiadomsky zweiter Vorsitzender (Neuwahl), Plachtzik Kassierer, Czaia erster, Hepp (Neuwahl) zweiter Schriftführer, Beisitzer in der Stadt: Heisig (Neuwahl), Haroske, Oboth, Traub und Frau Hepp, Beisitzer aus dem Landkreis: Nowak, Bojanow, Pawellek, Nensa, Sichma, Borutin und Swoboda, Kranowitz. Als Kassierer wurden gewählt: Ciupek, Klose. Einer eingehenden Aussprache wurde die Tanzerlaubnis, die Regelung der Polizeistunde, Verwaltungsgebühren und andere fachwirtschaftliche Fragen unterworfen. Mit dem Hinweis auf den in diesem Jahre in Ratibor stattfindenden „Oberschlesischen Provinzialverbandstag oberschlesischer Gastwirte“ ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder eindringlichst, sich ihrer Pflicht zu erinnern und treue Mitarbeit zu leisten an dieser für das ganze oberschlesische Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe so wichtigen Veranstaltung.

Ostoberschlesien

Kommunalwahlen in Ostoberschlesien

Am 30. März finden in Ost-Oberschlesien in nachfolgenden Ortschaften Kommunal- bezw. Gemeindewahlen statt: **Myslowitz, Nikolai, Tarnowitz, Byttkow, Kochlowitz, Kunzendorf, Michalkowitz, Siemianowitz, Neudorf-Antonienhütte, Hohenlohehütte, Kr. Kattowitz, Lipine, Kreis Schwientochlowitz, Klein-Droniowitz, Kochtschütz, Glinitz, Cieschowa, Kreis Lublinitz, Biertultau, Gorschütz, Alt-Dubensko, Kokoschütz, Lissek, Moschenitz, Orzupowitz, Pogrzebin, Rogozna, Rzuchow, Turza, Turzyska, Kreis Rybnik, Chelm, Nieder Goczalkowitz und Poremba, Kreis Pleß.**

*

Am Montag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet der Kath. Gesellenverein **Zalenze** im Saale der Reichshalle eine Wiederholung des mit großem Erfolg aufgeführten Singspiels „Neckar, Lenz und Liebe“.

*

Die 19jährige Olga Ziemba aus dem Ortsteil Domb bei Kattowitz verübte eine entsetzliche Tat. Sie vergrub ihre 8 Monate alte Tochter unter den Bettdecken und Kissen, sodaß das Kind ersticken mußte. Nach verübter Tat verließ die herzlose Mutter ihre Wohnung, doch wurde sie von der Polizei bald festgenommen. Die Z. gibt an, daß sie zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben wurde, da es ihr an den notwendigen Mitteln für die Ernährung und Pflege ihres Kindes mangelte.

*

Der Gärtner Johann Konitzny, zuletzt wohnhaft in **Rybnik**, wurde von der dortigen Polizei festgenommen. K., der aus der Bielitzer Gegend stammt, wurde von der Teichener Staatsanwaltschaft wegen der Mordtat an einem gewissen Goszyk in Strumien gesucht. Der Festgenommene verübte den Mord im Jahre 1923. Konitzny wurde in das Gefängnis in Strumien eingeliefert.

Ohne R. Hofmann gegen Italien

Schwerer Autounfall des Mitteldeutschen

Von einem schweren Autounfall wurde der bekannte internationale Fußballspieler Richard Hofmann vom Dresdner Sport-Club in der Nacht zum Dienstag ereilt. **Mit einer schweren Gehirnerschütterung und nicht unerheblichen äußeren Verletzungen wurde der Dresdener ins Krankenhaus eingeliefert.** Sein Zustand ist nicht direkt lebensgefährlich, doch kann es als ausgeschlossen gelten, daß Hofmann für die deutsche Mannschaft in Betracht kommt, die am 2. März in Frankfurt a. M. den Länderkampf mit Italien bestreitet.

Berliner Börse vom 19. Februar 1930

Termin-Notierungen

	Anf.-kurse	Schl.-kurse
Hamb. Amerika	99 3/8	99 1/2
Hansa Dampfs.	147	146
Barm. Bankver.	129	129
Berl. Handels G.	185 1/2	185 1/2
Commz.& Pr. Bk.	156	155
Darmst. & Nt. B.	235 1/2	235
Deutsche Bank u. Disconto-Ges.	149	149
Dresdner Bank	149 1/2	149
Allg. Elektr. Ges	170 1/4	170 1/4
Bemberg	161	161 1/4
Bergmann Elek.	200	201
Buderus Eisenw.		74 1/2
Charl. Wasserw.	103 1/4	102 3/4
Daiml Motoren	37 1/4	37 1/2
Dessauer Gas	170	169
Dt. Erdöl	101 3/4	101 1/2
Elekt. Lieferung	162 1/2	161 1/4
I. G. Farben Ind	161 1/4	161 3/4
Gelsenk. Bergw	134 1/2	134 3/8
Harpen. Bergw.	135	135 5/8
Hoesch Eis. u. St.	109 1/2	108
Ph. Holzmann	96 1/2	96
Ilse Bergb.	252 1/2	252

	Anf.-kurse	Schl.-kurse
Kaliw. Aschersl.	206	207
Klöcknerw.	105 1/4	104 1/2
Köln-Neuess. B.	107	106
Ludwig Loewe		
Mannesmann	103 3/4	103
Mansf. Bergbau	103 1/4	103 3/4
Masch.-Bau-Unt.	44	43 3/4
Metallbank	109 1/2	109 1/2
Nat. Automobile	18 1/2	18 1/2
Oberbedarf		
Oberschl. Koksw	100 3/8	99 5/8
Orenst. & Koppel	73 1/2	73 1/4
Ostwerke	208 5/8	209
Phönix Bergb.	103 3/4	102 3/4
Polyphon	270 1/2	275 3/4
Rhein. Braunk.	240	238 1/2
Rheinstahl	115	114 1/2
Riebeck Montan		
Rütgersw.	75	74 3/4
Salzdetfurth	351 1/4	350 3/4
Schl. Elekt. u. G.	163 1/4	163
Siemens Halske	257 1/2	256 1/4
Ver. Glanzstoff		
do. Stahlw.	100 1/4	100 1/4

Kassa-Kurse

Versicherungs-Aktien

	heut	vor
Aachen-Münch.	279	280
Frankf. Allgem.	41	46
Viktoria Allgem.	2010	2000

Dt. Eisenbahn-Stamm- und Prior.-Aktien

	heut	vor
A.G.f. Verkehrsw.	103 1/2	106 3/4
D. Reichsb. V. A	89	89 1/8
Hildesheim-Pein		
Schantung	45	45 1/4
Zschipk. Finst.	193	193

Straßen- u. Kleinbahnen

	heut	vor
Allg. Lok. u. Strb	152	153 1/2
Gr. Cass. Strb.	68	68
Hamb. Hochb.	74	74 1/2
Hannov. Strb.	142	142
Magd. Strb.		67
Südd. Eisenb.	114 1/2	114 3/4

Ausl. Eisenbahn-Stamm- und Prior.-Aktien

	heut	vor
Oester.-St. B.		
Baltimore		
Canada	31 1/2	30

Schiffahrts-Aktien

	heut	vor
Hamb.-A.-Pk.	99 3/8	100 7/8
Hamb. Südam	167	167 1/2
Hansa	146 1/4	147
Nordd. Lloyd	103 7/8	104 7/8
Schl. Dpf. Co.		55 1/2
Ver. Elbesch.	16 1/4	16 3/4

Bank-Aktien

	heut	vor
Allg. Deutsche Kredit-Anstalt	120 1/2	120 1/2
Bank f. elekt. W.	135	135
Bank f. Br. Ind.	146	148
Barm. Bank-V.	128 3/4	129
Bayr. Hyp. u. W.	146 1/2	146 1/2
do. Ver.-Bk.	150	150
Berl. Handelsges	184	187
Comm. u. Pr. B.	157	156 1/2
Darmst. u. Nat.	235	236
Dt. Asiat. B.	47	47 1/8
Deutsche Bank u. Disconto-Ges.	148 1/4	149 1/2
Dt. Hypothek. B.	140 1/2	141 1/4
do. Ueberseeb.	104 1/2	104 1/2
Dresdner Bank	150	150
Oesterr. Cr.-Anst	29 3/4	29 3/4
Preuß. Bodkr.	130	130
do. Centr. Bd.	182	181 1/2
do. Hyp.		139
do. Pfandb. B.	187	187
Reichsbank	294 1/4	296 1/2
Rhein. Kred.-B	111 1/4	111 1/2
Sächsische Bank	156	158 1/2
Schl. Bod.-Kred.	128 1/2	128 3/4
Südd. Disc.-G.	123 1/2	125 1/2
Wiener Bk.-V.	12 1/8	12 1/4

Brauerei-Aktien

	heut	vor
Berl. Kindl B.	600	595
Engelhard B.	219	219
Löwenbrauerei	270	270
Schulth. Patzenh	270 1/4	272
Dortm. Akt.-B.	210	208
do. Union-Br.	239 1/2	241
Leipz. Riebeck	142 3/4	143
Reichelbräu	235 1/2	238
v. Tuchersche	133 1/4	133

Industrie-Aktien

	heut	vor
Accum. Fabr.	104	104 3/4
Adler P. Cem.	84 3/4	84 1/4
AG. f. Bauausf.	42 1/2	42 1/2
do. f. Pappfb.		19 1/2
Alexanderw.	37 5/8	37 5/8
Alfeld-Dellig	36 1/4	37 1/2
Alfeld-Gron.		
Allg. Berl. Om		155 1/2
A. E. G.	170 5/8	174 1/2
do. Vorz.-Ak. 6%		99 1/2
AEG. Vz. A. Lt. B.		99 1/4
Ammend. Pap.	140	141
Anhalt. Kohlenw.	78	78 1/4
Aschaff. Zellst.	149 3/4	149 3/4
Augsb. Nürnb.	75 1/2	75
Bachm. & Lade.	125	127
Barop. Walzw.	51	51
Basalt AG.	39 3/4	39 1/2
Bayer. Motoren	76 1/8	77
Bayer. Spiegel	69	69
Bazar	70	70
Bemberg	161	167 7/8
Bendix Holzb.		33 1/2
Berger J., Tiefb.	309	312
Bergmann	198 1/2	201
Berl. Gub. Hutf.	228	228
do. Holzkont.	44	44 1/2
do. Karlsruh.	67	67
do. Masch.	68 3/4	67 1/4
do. Neurod. K.	49	49
do. Paketfahrt		56 3/4
Berth. Messg.	39 1/4	39
Beton u. Mon.	125	126 1/2
Bösp. Walzw.	55 1/2	55
Braunk. u. Brik.	146	146 1/4
Braunschw. Kohl	239	240 1/2
do. Jutespinn	119	120
Breitenb. P. Z.	118 3/4	118 3/4
Brem. Allg. G.	130	131
Buderus Eisen.	74 5/8	73 3/4
Busch E. Opt.	85 1/2	86
Busch F. W., L.		72 1/2
Byk Guldenw.	17 5/8	17 1/2
Calmon Asbest	51	51
Capito & Klein	35	35
Carlshütte Altw.	41	41 1/4
Charlb. Wass	102 3/8	104
Chem. F. Buck.	85 1/2	85 1/2
do. Grünau	63 1/4	63 1/4
do. v. Heyden	61 1/4	62
do. Ind. Gelsenk.	59 7/8	59 7/8
do. Werk Alb.	50 1/4	50
do. Schuster	51 3/4	52
Chemn. Spinn.		
Chillingworth	77	77
Christ. & Unmack		54 1/2
Compania Hisp.	323 1/4	320
Conc. Spinnerei	50	50
Cont. Caoutsch.	147 3/4	147 1/2
Daimler	37 1/4	38
Dessauer Gas	170	171 3/4
Dt. Atlant. Teleg.	120	120
do. Erdöl	101 1/2	102 1/2
do. Jutespinn.	78 1/4	78 1/4
do. Kabelw.	60	60
do. Schachtb.	93 1/2	92
do. Steinzg.	180	175
do. Telephon	59	57 1/2
do. Ton u. St.	127	128
do. Wolle	9 1/2	9 1/2
do. Eisenhandl.	69	70 7/8
Dresd. Gardin.	80	81
Dür. Metall	143	134 1/2
Düsseld. Eisb.	63 1/2	65 1/2
do. Maschb.	30	30
Dynam. Nobel	75 1/4	77
Egest. Salzw.	103	104
Eintr. Braunk.	141 1/2	144 1/4
Eisenbahn Verkehrsm.	180 1/2	182 1/2
Elektr. Lieferung	162 3/4	164 1/4
do. Wk.-Lieg.	122	122
do. do. Schles.	109	109 1/2
do. Licht u. Kraft	164 1/2	165
Erdmad. Sp.	92 3/4	92 3/4
Ert. Schuhf.		29
Eschw. Berg.	206	206
Essen. Steink.	132 3/4	135 1/2
Excels. Fahr.	13	
Fahlbg. List. C.	63 1/4	63 1/2
I. G. Farbenind.	161	162 3/4
Feldm. Pap.	175 1/4	175 1/2
Felten & Guill	125	125 1/2
Flöth. Masch.	39	40 1/2
Fraust. Zucker		62
Frob. Zucker	60	60
Gelsenk. Bg.	134 1/2	137
Genschow & Co.	61 1/2	62
Germania Ptl.	159	160
Ges. f. elekt. Unt.	165 1/4	166
Girmes & Co.		196 1/2
Gladbach Wolle		141
Glauzig. Zucker	60 1/2	62
Glockenstw.	30	30
Goldina	22	22
Goldschm. Th.	68	68
Görlitz Wagg.	102 1/2	104
Großmann C.		
Gruschw. Text.	68 1/2	68 1/2
Guano-Werke	52	52
Haberm. & Guck	105	103
Hackethal Dr.	93 1/4	93 1/4
Hageda	97 1/4	99 3/4
Halle. Masch.	87 3/4	85
Hamb. El. W.	132 1/2	134 3/4
Hammersen		114 1/2
Hannov. Masch. Egestorff	36	36
Harb. E. u. Br.	76 1/4	75 1/2
Harp. Bergb.	134 1/2	135 1/4
Hedwigsh.	98	98
Heine & Co.	44 3/4	44 1/2
Hemmor Ptl.	165	166
Hilgers	71	71
Hirsch Kupf.	116	116
Hirschberg Led.	83 1/4	83 1/4
Hoesch Eisen	109 7/8	111
Hoffm. Stärke	69 1/4	69 3/4
Hohenlohe-W	87	87
Holzmann Ph.	96	97
Horchwerke	65 1/2	66 3/4
Hotelbetr.-G.	154 1/4	155
Humboldtmühle		
Huta, Breslau	83	86
Hutschenreuth.	62	61 1/2
Ilse Bergbau	252	251 1/2
do. Genusschein.	128 1/4	130
Industriebau	64	68
Jeserich	60 1/4	60 1/4
Jüdel M. & Co.	131 1/4	138
Jülich Zucker		74
Jungh. Gebr.	45 1/4	46 1/2
Kahla Porz.	57 1/2	57 1/2
Kais. Keller	61	61
Kal. Aschersl.	207 1/2	206 1/2
Karstadt	129 1/2	130
Kirchner & Co.	58 1/4	58
Klöcknerw.	104 1/4	105 1/2
Koehlmann S.	65	67
Koll & Jourd	34	34 1/2
Köln-Neuess. B.	107	108
Köln Gas u. El	78	78
Kölsch-Walzw.	53 1/4	54 1/2
Körting Gebr.	55	55
Körting Elektr.	110	108
Körtitz. Kunstl.	130	130 1/2
Kraus & Co.	63	63
Krefft W.	105	105
Kromschröd.	132	132 1/8
Kronprinz Metall	55 3/4	55
Kunz Treibriem.	104	104 3/4
Kyffhäuserh.		43
Lanmeyer & Co.	165	166 1/4
Laurahütte	51 1/4	51 1/4
Leipz. Pianof. Z.	27 3/4	27 1/2
Leonh. Braunk.	162 1/2	162 1/2
Leopoldgrube	74 1/2	72 1/2
Lindes Eism.	165 1/2	166
Lindström	588	587
Lingel Schuhf.	47 1/2	49 1/2
Lingner Werke	78	77
Ludw. Loewe	165	165
Lorenz C.	122	124
Lüdensch. M.	65	65
Lüneburger Wachsbleiche	49	49
Magdeburg. Gas		
Magdeb. Bergw.	55 1/4	55
Magdeb. Mühlen	46	49
Magirus C. D.	23 1/4	23 1/2
Mannesm. Rö.	103 1/2	105 1/2
Mansf. Bergb.	102 7/8	103 1/4
Masch. Buckau	126	126
Mech. W. Lind.	98 1/4	98 1/4
Mech. Weberei Sorau	170 1/2	172
do. W. Zittau	53 1/2	53
Merkur Wolle	148	148
Metallbank	109 1/2	111
Meyer H. & Co.	137 1/2	136 1/2
Meyer Kauffm.		33
Miag	128 1/2	128 1/2
Mimosa	250	251
Minimax	113 1/2	114
Mix & Genest	130	132
Motor Deutz	70 1/4	70 1/4
Mühle Rüningen	106 1/4	106
Mühlh. Bergw.	104 5/8	103 1/2
Müller C. Gum.	96	96
Nation. Aut.	18 1/4	18 1/2
Natr. Z. u. Pap.	109 1/2	109 1/2
Neckarwk.	133	132 1/2
Niederlausitz. K.	149 1/4	149
Nordd. Wollkäm.	87	87 1/8
Nordwd. Kft.	152 1/2	151 1/4
Oberschl. Eisb. B.	80	79 1/4
Oberschl. Koksw	100 1/4	101 1/8
Genußsch.	89	89 1/4
Ohles Erben		12 1/2
Orenst. & Kopp.	73 3/4	73 3/4
Ostwerke AG.	208 1/4	208 1/2
Passage Bau	50	50
Phönix Bergb.	102 1/4	104 1/2
do. Braunk.	67 1/2	68
L. Pintsch	150 1/2	150
Plau. Tüll u. G.	36 1/4	36 1/4
Pöge H. Elektr.	18	18 3/4
Polyphonw	276 1/2	276 1/2
Preuß	54 1/2	54 1/4
Preußengrube	120 1/2	120 1/2
Ratgeber W.	64 1/2	64
Rauchw. Walt		32
Reiß & Martin		11
Rhein.-Braun.	239	241 1/2
do. Elektrizitä	141 1/2	141 1/2
do. Möb. W.	75	79
Rhein. Spiegelgl.	135	137 1/2
do. Texti	32	32
do. Westf. Elek.	176 1/2	178
do. Sprengstoff	61	64
do. Stahlwerk	115	115 3/4
Riebeck Mont.	95 1/2	96 1/2
Roddergrube	716	716
Rosenthal Ph.	88	89
Rositzer Zucker	34	33
Rückforth Nachf.	61 3/4	63 1/4
Ruscheweyh	84	84
Rütgerswerke	75	75 7/8
Sachsenwerk	95	94
Sächs. Gußst. D.		76
do. Thür. Ptl.	116	118
Salzdetf. Kali	350	352 1/2
Sarotti Schok.	130 1/4	131 1/4
Saxonia Portl.-C.	133	133
Schering	310	310
Schles. Bergb. Z.	71	73
Schles. Bergwk. Beuthen	122	122
do. Cellulose	91	91
do. Elekt. u. G.	165	166
do. Gas La. B.	165	166
do. Lein. Kr.	11 3/4	11 3/4
do. Portl.-Z.	152	155 1/2
do. Textilwerk	12 1/2	12 3/4
Schubert & Salz	219	221
Schuckert & Co.	185 3/4	187 1/2
Fritz Schulz jr.		50
Schwanebeck Portl.-Zement	101	101 1/2
Segall Strmpf.		
Sieg.-Sol. Guß	7 3/4	8
Siegersd. Werke	54	54
Siemens Halske	255 1/2	258 1/4
Siemens Glas	126	126
Staßf. Chem.	23 1/2	23 1/2
Stett. Chamottw	62	62
do. Portl.-Zem.	98	97 1/4
Stock R. & Co.	88	87
Stöhr & Co. Kg.	103	104 3/4
Stolb. Zinkh.	100	100
Gebr. Stollwerck	103	103
Strals. Spielk.	235 1/4	235
Tack & Cie.	107	106
Teleph. J. Berl.	69 3/4	69 1/4
Tempelh. Feld	44	44 1/4
Thörls V. Oelf.		83 1/2
Th. Elektr. u. G.		155
do. Gasgesellsch	130	130 5/8
Tietz Leonh	160 3/4	160 1/4
Trachb. Zuck		38
Transradio	127	127 1/4
Triptis AG.	53	53
Tuchf. Aachen	110	111
Union Bauges.	45	45
Union F. chem.	40 1/2	40 1/2
Vars. Papierf.	118 1/2	149
Ver. Berl. Mört.	115 1/4	115 1/2
do. Dtsch. Nickw.	144 1/4	144 1/4
do. Glanzstoff	168 1/2	173
do. Jut. Sp. L. B	101	100
do. M. Tuchf.	48	48 1/2
do. Met. Hall.	40 1/4	40
do. Stahlwerke	100 1/2	102
do. Schimisch.	183	183
do. Schmirg. M	47	43 1/2
do. Smyrn. T.	201	201
do. Thr. Met.	52 1/2	51 1/2
do. Ultramarin	140 1/4	141 1/2
Viktoriawerke	57 1/4	57 1/4
Vogel Tel. Dr.	67	67 1/2
Vogtl. Masch.	68 1/2	70
do. Tüllfabr.	57 1/4	57
Wanderer W.	47	48
Wenderoth.	71 1/2	70 1/2
Westereg. Alk.	210	210
Westfäl. Draht	80 1/4	79
Wicking Portl. Z.	116	116
Wißner H. Metall	76 1/2	76 1/2
Wunderlich & C.		119 1/2
Zeitz. Masch.	112	112
Zellstoff-Ver.	102	102
do. Waldhof	203	206 1/2

Kolonialwerte

	heut	vor
Kamer. Eb. G. A.	4 3/4	4 1/4
Neu-Guinea	380	390
Otavi	57	58 1/4

Amtlich nicht notierte Wertpapiere

	heut	vor
Adler Kohle		
Dtsch. Petroleum	52	52
Kabelw. Rheydt	189	185
Lerche & Nippert		70
Manoli		200
Oehring. Bergb.	209	209
Winkelhausen		39 1/2
Nationalfilm	100	100
Ufa	90	90
Adler Kali		
Kaliindustrie	189	192
Krügershall	181	183
Diamond	11 1/4	11 1/4
Kaoko		75
Salitrera	130	130
Petersb. Intern.	1,80	1,6
Russenbank	0,85	0,9

Renten-Werte

Deutsche Staatsanleihen

	heut	vor
Anl.-Ablös.-Sch.	8,4	8,4
do. Auslos.-Sch. (Nr. 1-60000)	51,8	52
do. (60001-90000)	51,8	52
Dt. Schutzgeb.	2,9	2,85
10% Pr. Pfandbr. Goldpfdbr. Ser. 7	102	102

Ausländ. Staatsanleihen

	heut	vor
Bosn. Eisenb. 14		27 3/8
5% Mex. 1899 abg.	20	20
4 1/2% Oesterr. Schatzanweis.	40 1/4	40 3/8
do. do. amortis.		2 7/8
do. do. Goldrent.	29,4	29,4
do. do. Kronenr.	3,05	2,8
4% do. Silberr.	5	4,85
do. do. Papierr.		3 3/4
4% Türk. Admin.	5,7	5 3/4
do. do. Bagdad	6 3/4	7,05
do. do. von 1905	6,9	7
do. do. Zoll-Obl. von 1911	6,6	6 3/4
Türk. 400 Fr. Lose	13,4	12 3/4
4% Ungar. Gold	26 1/4	25 7/8
do. do. Kronenr	2,85	2,7

Ausländ. Stadtanleihen

	heut	vor
4% Budapest St. abgest.	58 1/4	58
Lissaboner Stadt	10	10 1/8

Ausländische Eisenbahnschuldverschreibungen

	heut	vor
3% Oesterr. Ung.		20,6
4% do. Gold-Pr	4,55	4,6
4% Dux Bodenb.	11,2	11,2
4% Kaschau Oder	10,8	10,8
4 1/2% Anatolier Serie	14 3/4	15

Breslauer Börse

Breslau, den 19 Februar

Breslauer Baubank	59 1/2
Carlshütte	35
Deutscher Eisenhandel	70
Elektr. Werk Schles.	109 1/2
Fehr Wolff	62
Feldmühle, Papier	175 1/4
Flöttner, Maschinen	40
Fraustädter Zucker	—
Gruschwitz Textilwerke	66 1/2
Hohenlohe-Werke	87 1/2
Huta	88
Kommunale Elektr. Sagan	68
Königs- und Laurahütte	50
Meinecke	88
Meyer Kauffmann	—
O.-S. Eisenbahnb.	74
C. F. Ohles Erben	—
Ost-Werke Aktien	207 1/4
F. Reichelt-Aktien	108
Rütgerswerke	74 1/2
Schles. Feuerversich.	258
Elektr. Gas lt. B.	—
Schles. Leinen	11
Schles. Portl. Cement	—
Schles. Textilwerke	12 1/4
Terr. Akt.-G. Gräbsch.	76 1/4
Ver. Freib. Uhrenfabrik	45
Zuckerfabrik Fröbeln	60
Zuckerfabrik Haynau	111
6 Proz. Breslauer Kohlenwertanleihe	20
5 Proz. Schl. Landschaftl. Roggen-Pfandbriefe	6,98

Ostdevisen

Berlin, den 19. Februar. Bukarest — Warschau 46,875 – 47,075. Kattowitz 46,90 – 47,10. Posen 46,925 – 47,125 Riga — Reval — Kowno — Zloty große 46,75 – 47,15. Zloty kl. — Lettland — Estland — Litauen —

Frankreich behindert den Transatlantik-Luftverkehr

Französisches Luftmonopol über Portugal

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar. Einer Blättermeldung zufolge hat die portugiesische Regierung mit einer portugiesischen Luftverkehrsgesellschaft, hinter der französische Interessen stehen, einen Vertrag abgeschlossen, der der Gesellschaft **auf die Dauer von 30 Jahren ein Monopol für den gesamten Luftverkehr über portugiesischem Boden** geben soll. Auf Grund dieses Vertrages würde **Frankreich unbeschränkter Herr in dem Luftraum über allen portugiesischen Besitzungen werden, und das Monopol für den Transozeanluftverkehr zwischen Europa und Afrika sowie zwischen Europa und Amerika an sich bringen.** Der Vertrag verbietet allen Flugzeugen, die nicht der Monopolgesellschaft gehören, **auf portugiesischen Flugplätzen zu landen.** Damit soll auch die Benutzung der Kap Verdischen Inseln und der Azoren Frankreich vorbehalten werden.

Der Vertrag ist bisher noch nicht veröffentlicht, da noch einige Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen sind. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Lissabon hat **gegen die Durchführung der Vereinbarung über das Luftmonopol entschiedenen**

Protest

eingelegt. Auch Deutschland, das großes Interesse an der Aufrechterhaltung eines freien Weltluftverkehrs hat, wird gegen diesen Vertrag protestieren müssen, da durch die Schaffung eines portugiesischen Luftmonopols, auf das Frankreich einen entscheidenden Einfluß hat, **die Durchführung der deutschen Pläne für einen Transatlantikluftverkehr sehr erschwert ist.** Allerdings besteht für Deutschland die Möglichkeit, für seinen Luftverkehr nach Amerika den Weg über Spanien und die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln zu wählen und damit **die Ueberfliegung portugiesischen Gebietes zu vermeiden.** Dies würde aber für den Verkehr nach Nordamerika einen **erheblichen Umweg und damit wesentliche Zeitversäumnis** bedeuten. Ob Portugal mit einem derartigen Monopolvertrag sich selbst einen Dienst leistet, muß dahingestellt bleiben, da es sich **durch diesen Vertrag selbst aus dem Weltverkehr ausschaltet.**

Streit in der Berliner Polizei

Weiß und Heimannsberg

Innerhalb der Berliner Polizei sind Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und dem Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg entstanden. Von diesen Meinungsverschiedenheiten spricht jetzt auch die Preußische Polizeibeamten-Zeitung mit dem Hinweis auf das Gerücht, daß Heimannsberg aus der Berliner Schutzpolizei ausscheiden werde. Dieses Gerücht wird im gegenwärtigen Augenblick mit Absicht in die Oeffentlichkeit getragen. Der Polizeipräsident, dem es allein zusteht, bei Reibungen, die in einer großen Behörde zwischen verschiedenen Instanzen leicht entstehen können, für ihre Beseitigung zu sorgen, wird sich aber von keiner Seite irgendwie den Weg vorschreiben lassen, den er dabei gehen soll. Das Preußische Innenministerium ist vom Polizeipräsidenten mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt worden.

Es trifft nicht zu, daß Heimannsberg, der sich dank seiner besonderen organisatorischen Begabung hochgedient hat und wegen seiner unbedingt zuverlässigen in schweren Zeiten erprobten Gesinnung das Vertrauen seiner Vorgesetzten genießt, seit längerer Zeit aus dienstlichen Gründen seinem Amte ferngeblieben ist. Heimannsberg war an einer schweren Rippenfellentzündung erkrankt und hat jetzt einen vierwöchigen Erholungsurlaub angetreten. Der Polizeipräsident wird in der ihm geeignet erscheinenden Weise die entstandenen Differenzen ausgleichen. Er denkt, wie uns versichert wird, nicht daran, aus ihnen die Folgen zu ziehen, die ihm Presseäußerungen einreden wollen. Der Minister des Innern ist der Auffassung, daß für die Ordnung der Polizeipräsident zuständig ist.

„Die Reichsbank muß unabhängig bleiben"

Grundsätzlich einmütige Haltung im Vereinigten Young-Ausschuß

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 19. Februar. Der Auswärtige Ausschuß und der Haushaltsausschuß des Reichstages setzten heute in gemeinsamer Sitzung die Beratung des mit dem Youngplan zusammenhängenden Reichsbankgesetzes fort.

Dr. Lejeune-Jung (Christl. Nat.): Einer Beschränkung der Befugnisse des Reichsbankpräsidenten würden sich die Christlich-Nationalen energisch widersetzen.

Abg. Dauch (DVP.): Meine Freunde widersetzen sich dem Bestreben, an die Unabhängigkeit der Reichsbank zu rühren. **Einem Manne in der ungeheuer verantwortlichen, aber auch unabhängigen Stellung des Reichsbankpräsidenten darf die Möglichkeit nicht genommen werden, seine Meinung zu äußern. Wir wehren uns dagegen, ihn unter die Botmäßigkeit des Parlaments zu bringen. Auch die Bank von England besitzt eine weitgehende Unabhängigkeit von ihrer Regierung.**

Dr. Bredt (WP.): „Den Angriffen gegen den Reichsbankpräsidenten möchte ich mit dem Hinweis begegnen, daß er die **einzige Stelle gewesen ist, die** — mit größerem Erfolg als Rechnungshof und Sparkommissar — **für eine geordnete Etatsgebahrung gesorgt hat."**

Dr. Reinhold (Dem.): „Wir alle wollen, daß die Reichsbank von der Regierung unabhängig bleibt, daß aber in den großen Wirtschaftsfragen diese beiden Stellen zusammenarbeiten. Die Gewinnbeteiligung des Reichs wird illusorisch, wenn das Reich keinen Einfluß auf die Bilanzen der Reichsbank hat."

Hergt (Dnat.) wandte sich **entschieden gegen jede Beeinträchtigung der Rechte des Reichsbankpräsidenten.** Da von der Unabhängigkeit der Reichsbank die Sicherung der Währung abhänge. Auch bezüglich der Golddiskontbank sei die Selbständigkeit des Präsidenten zu wahren. Den Rechnungshof als Prüfungsinstanz etwa der Diskont- oder Kreditpolitik der Reichsbank einzuführen, sei unmöglich.

Heinig (Soz.): Es handelt sich um die Wiedereinführung der Kontrolle des Rechnungshofes, wie sie von 1875 bis 1924 reibungslos und im Interesse des Reiches funktioniert hat.

Zur Abstimmung erklärt

Abg. Hergt (Dnat.): „Mit Rücksicht auf unsere grundsätzliche Ablehnung der Youngregelung im ganzen werden wir auch gegen die einzelnen Gesetze stimmen, also auch gegen das Reichsbankgesetz.

Es folgt die Beratung des

Reichsbahngesetzes.

Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald: „Nur in finanziellen, wirtschaftlichen und Personalangelegenheiten soll die Reichsbahn eine unabhängige Gesellschaft bleiben.

Die Verbesserungen des Gesetzes sind in der Hauptsache folgende:

Der ausländische Einfluß ist weitgehend zurückgedrängt.

Der internationale Treuhänder und der internationale Eisenbahnkommissar verschwinden,

ebenso sämtliche fremdländischen Mitglieder des Verwaltungsrates.

Endlich ist das Pfand von 11 Milliarden Eisenbahnobligationen beseitigt worden.

Die Kontrollmöglichkeiten der Reichsregierung sind verstärkt worden,

ebenso der Einfluß der Reichsregierung auf die Tarifgestaltung.

Künftig ernennt die Reichsregierung sämtliche 18 Mitglieder des Verwaltungsrates, diese Mitglieder müssen Deutsche sein.

Der Präsident des Verwaltungsrates bedarf der Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Dem Reichsverkehrsminister sind in weitem Umfange die Rechte eingeräumt worden, die früher der fremdländische Eisenbahnkommissar hatte. Die Stellung des Eisenbahnpersonals ist verbessert worden.

Dr. Quaatz (Dnat.) bemängelte, daß die offiziösen Berichte verschwiegen, daß die Auffassung der Opposition von der innerlichen Wertlosigkeit des sogenannten Moratoriums auch vom Zentrum geteilt wurde und von der Reichsregierung im wesentlichen zugegeben werden mußte. Zum Reichsbahngesetz begründete er die deutschnationalen Anträge, den verfassungsändernden Charakter des Reichsbahngesetzes und damit des Gesamtgesetzes festzustellen und die Priorität zu beseitigen, die die Eisenbahntribute jetzt vor den Sachausgaben haben sollten. **Durch eine Tariferhöhung würden die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft sehr gesteigert werden.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies **Ministerialdirektor Dr. Dorn** (Reichsfinanzministerium) darauf hin, daß das Gesetz **keinen verfassungsändernden Charakter** habe, da die Aenderungen lediglich Rückkehr zu dem verfassungsmäßigen Zustande bedeuteten. Ueber die Beförderungssteuer entscheide Deutschland in Zukunft völlig frei. Das sei ein Fortschritt gegenüber der bisherigen untrennbaren Bindung der Beförderungssteuer an die Reparationslast.

Scheffel (Soz.) warf die Frage auf, warum auch nach dem Youngplan die Reichsbahn den Charakter einer Privatgesellschaft behalten habe. Die Reichsbahnbeamten seien in ihrer Stellung noch immer den Reichsbeamten gegenüber benachteiligt.

Groß (Ztr.): Ein wesentlicher Fortschritt ist es, daß die Reichsbahn jetzt Kredite aufnehmen kann. Eine Revisionsmöglichkeit des Bahngesetzes ist zweifellos gegeben. Es wäre interessant zu hören, ob auf diesem Wege es nicht möglich ist, **die Reichsbahn wieder in das Eigentum und unter die Verwaltung des Reiches zurückzuführen.**

Schuldt (Dem): Meine Freunde haben wiederholt die Forderung gestellt, **daß der Einfluß des Parlaments und der Reichsregierung auf die Reichsbahn wesentlich verstärkt wurde.** Die Pariser Sachverständigenkonferenz hat es verhindert durch die Forderung, **daß die Reichsbahn auch in Zukunft ein von der Reichsregierung unabhängiges Unternehmen sein soll.** Wenn wir so mancherlei Kritik zu üben haben, so veranlassen uns doch die erzielten Verbesserungen, dem neuen Reichsbahngesetz zuzustimmen, in der Hoffnung, daß der Reichsverkehrsminister die ihm gegebenen **Möglichkeiten der Einwirkung** bis zur äußersten Grenze ausnützen wird.

*

Im Verlauf der Ausschußsitzung kam es heute zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, der sich über die Berichterstattung in der Oppositionspresse beschwerte, und dem Abgeordneten Freytagh-Loringhoven, der diese Berichterstattung deckte. Die Aussprache zwischen den beiden nahm schärfste persönliche Formen an und verursachte starke Erregung.

Explosion und großer Brand in Athen

(Telegraphische Meldung)

Athen, 19. Februar. Ein im Athener Vorort Liosia gelegenes Pulvermagazin ist in die Luft geflogen. Die Explosion ereignete sich beim Abladen von Munition, als **Kisten mit Granaten umfielen.** Die 9 mit dem Abladen beschäftigten Soldaten und Arbeiterinnen wurden getötet. Ein Major, ein Hauptmann, ein Leutnant und etwa 10 Soldaten und Arbeiterinnen wurden schwer verletzt. Durch den Brand, der im Anschluß an die Explosion ausbrach, wurden **drei Munitionsdepots vollkommen zerstört.**

10 Todesopfer einer Alkoholexplosion

Brennend im Stacheldrahtzaun hängen geblieben

(Telegraphische Meldung)

Elizabeth (New Jersey), 19. Februar. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern in der Alkoholabteilung der Standard Oil Co.-Anlagen in Linden (New Jersey). Durch die Explosion, die einen Brand hervorrief, wurden 10 Personen getötet, 63 verletzt, davon viele sehr schwer. Von den Verletzten dürften noch neun kaum mit dem Leben davonkommen, bei einigen 20 fürchten die Aerzte unheilbare Erblindung.

Die Explosion ist auf das Platzen eines Hochdruck-Naphthagasrohrs zurückzuführen. Die Gase entzündeten sich und brachten einen Alkoholkessel zur Explosion, von dem sich **ein wahres Flammenmeer nach allen Seiten ausbreitete.** Die unversehrt entkommenen Augenzeugen der Katastrophe erklärten, daß drei Explosionen rasch aufeinander folgten. Für die im Raum befindlichen Personen war **ein Entrinnen nur durch Zufall möglich.** Als sie sich ins Freie gerettet hatten und umblickten, sahen sie, wie zahlreiche Arbeiter ganz in Flammen gehüllt, aus dem **Gebäude stürzten und völlig geblendet in die Stacheldrahtzäune liefen, die das Fabrikgelände umgeben und dort hängen blieben.**

Handelsnachrichten

Der deutsche Außenhandel im Januar

Berlin, 19. Februar. Die Ausfuhr (einschließlich der Reparationssachlieferungen 1092,3 Millionen RM.) hat gegenüber dem Vormonat um 29,4 Millionen RM. zugenommen. Der Anteil der Reparationssachlieferungen an der Ausfuhr im Januar beträgt 58,8 Millionen RM. (Dezember 60,2 Millionen RM.). Die Einfuhr hat etwas stärker zugenommen. Insgesamt sind für Januar 1294.9 Millionen RM. als Einfuhr festgestellt. Diese Zahl umfaßt aber neben der eigentlichen Monatseinfuhr auch noch die Beträge, die sich aus den Zollabrechnungen am Ende des Jahres ergeben. Als Monatseinfuhr für Januar, die der mitgeteilten Ausfuhrziffer gegenübergestellt werden kann, verbleibt lediglich ein Betrag von 1071.9 Millionen RM. (also 223 Millionen RM. weniger). Man kann umso mehr von einer fast ausgeglichenen Handelsbilanz im Januar sprechen, als das Januarergebnis in der Einfuhr auch noch durch die Voreindeckung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Hinblick auf die Zollerhöhungen beeinflußt ist. Die abgesetzten 223 Millionen RM. belasten nun aber nicht die Handelsbilanz des Vorjahres; denn in den Zahlen für 1929 sind die Abrechnungen über das zweite Halbjahr 1928 enthalten, die sich auf 260,5 Millionen RM. beliefen. Die Zunahme der Ausfuhr entfällt auf die Gruppen Fertigwaren (plus 20.4 Millionen RM.), sowie Rohstoffe und halbfertige Waren (plus 15.6 Millionen RM.). An der Steigerung der Einfuhr sind alle Warengruppen beteiligt. Die stärkste Zunahme (plus 170.2 Mill. RM.) weist aus den eingangs dargelegten Gründen die Gruppe Lebensmittel und Getränke auf.

Fried. Krupp A.-G. ohne Dividende

Essen, 19. Februar. Die Fried. Krupp AG. schließt ihr Geschäftsjahr 1928-29 mit einem Betriebsüberschuß von 38 160 399.21 RM. gegen 40 019 916,66 RM. im Vorjahr. Hinzu kommen noch verschiedene Einnahmen (Ertrag aus Beteiligungen, Zinsen usw.) in Höhe von 6 941 094,59 (i. V. 3 664 283,99) RM. sowie der Gewinnvortrag aus 1927-28 in Höhe von 4 013 883,73 (1 036 673.63) RM. Die Ausgaben erreichen insgesamt 38 196 265,66 (37 706 990.55) RM. Es ergibt sich also ein Reingewinn von 10 919 111,87 RM. gegen 7 013 883.73 im Vorjahr. **Von der Ausschüttung einer Dividende wird abgesehen.** Nachdem die frühere Rückstellung auf Werkerhaltungskonto im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Sonderabschreibungen auf die Neuanlagen bestimmungsgemäß verwandt wurde, wird aus dem Reingewinn diese Rücklage in der ursprünglichen Höhe von 9 Millionen RM. neugebildet, um für weitere Aufgaben auf dem Gebiete betrieblicher Erneuerungen gerüstet zu sein. 1 919 111.87 (4 013 883.73) RM. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Fried. Krupp Grusonwerk AG. in Magdeburg erzielte im Geschäftsjahr 1928-29 einen Gewinn von 690 108,06 (i. V. 681 070,77) RM. Die Fried. Krupp Germaniawerft AG. in Kiel weist einen Verlust aus von 561 148,82 RM. gegen einen Gewinn von 89 843.44 RM. im Vorjahr. Die Aktiengesellschaft für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie in Berlin hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder auf die Verwaltung ihrer Wertpapiere und Beteiligungen beschränkt. Die Gesellschaft schließt ihr Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 127 470,67 RM. gegen einen Verlust von 332 334,13 RM. im Vorjahr.

Berlin, 19. Februar. Kupfer 140 B., 136 G., Blei 42 B., 41 G., Zink 37 B., 35⅛ G.

Liquidation der Zuckerfabrik Neustadt A.-G

Die außerordentliche Generalversammlung der Zuckerfabrik Neustadt AG. in Buchelsdorf beschloß die Liquidation des Unternehmens. Die Liquidation steht im Zusammenhang mit einer Umorganisation in der oberschlesischen Zuckerindustrie, in deren Verfolg in Oberglogau die Gesamtverwaltung der oberschlesischen Zuckerindustrie konzentriert, während in Ratibor eine Verkaufsstelle für ganz Oberschlesien errichtet werden soll.

Frankfurter Spätbörse

Im Verlauf sehr still

Frankfurt a. M., 19. Februar. Allgemein etwas beschäftigter, ausgehend vom Kunstseidenmarkte, der auf holländischen Interessen etwas höher lag, außerdem in Rückwirkung von höheren New-Yorker Anfangsmeldungen. Farben 162, dann 162¼, Siemens 257½. Aku 111, Salzdetfurth 349, Commerzbank 155, Dresdner Bank 149, Chade 330, Waldhof 203, Gesfürel 166½, Darmstädter Bank 235. Im Verlauf nur noch Siemens-Umsätze. IG. Farben schlossen mit etwa 162¼, Bergmann 201, Schuckert 187, Siemens-Debentures 235, Aschaffenburger 149½, Nordd. Lloyd 103½, Verkehrswesen 105½, Stahlverein 100½, Rheinstahl 115⅛, Rhein. Braunkohlen 240, Westeregeln 212, Am Anleihemarkt II. Zolltürken 6.9, Türken A im Freimarkt 6⅝, Anatolier Gutscheine mit 13 angeboten. Ungarische Goldrente 26 nach 26⅝.

Privatdiskont 5⅝ Prozent für beide Sichten.

Posener Produktenbörse

Posen, 19. Februar. Roggen (Transaktionspreis) 15 To. 19,65—19,75, Roggen (Orientierungspreis) 19.50—20, Weizen 32.50—33,50, mahlfähige Gerste 19.50—20, Braugerste 23—25, Hafer einheitlich 15,50—16,50, Roggenmehl 31.50, Weizenmehl 52—56, Roggenkleie 12,25—13,25, Weizenkleie 14.75—15,75, Felderbsen 27—30, Folgererbsen 28—31, Viktoriaerbsen 30—35, blaue Lupinen 20—22, gelbe Lupinen 23—25, Wicken 29—31, Peluschken 27—29, Serradelle 17—21, Stimmung schwach.

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle. Abrechnungspreise. Februar 15,96, März 16,09, Mai 16.48, Juli 16,67, Oktober 17,20, Dezember 17,31, Januar 1931: 17,34.

Warschauer Börse

vom 19. Februar 1930 (in Złoty):

Bank Polski	160,50—162,50
Bank Zachodni	80,00
Firley	38,25
Nobel	10,00
Lilpop	25,00—25,25
Modrzejow	13,25
Starachowice	20,50

Devisen

Dollar 8,87, New York 8,903, London 43.34, Paris 34,90, Wien 125,58, Prag 26,40, Italien 46,67, Belgien 124,22, Schweiz 172,04, Berlin 212,75, Dollar privat 8,87,15, Pos. Investitionsanleihe 4% 128,50—128,00, Pos. Konversionsanleihe 5% 51, Dollaranleihe 5% 76,25—76.50—76.25. Tendenz in Aktien stärker, in Devisen schwächer.



Handel — Gewerbe — Industrie



Absatz- und Förderungsrückgang der ostoberschlesischen Kohle

Im Januar erlebte der ostoberschlesische Kohlenbergbau einen raschen Konjunkturrückgang, der in einer Produktionsabnahme um 12.6 Prozent, einem Rückgang des Inlandsabsatzes um 22.6 Prozent und des Exportes um 5,8 Prozent zum Ausdruck kam. Die wichtigsten Zahlen sind: Förderung an 23 Arbeitstagen insgesamt 2 809 229 t gegen 2 950 328 t im Vormonat (23 Arbeitstage) und 2 997 456 t im gleichen Monat des Vorjahres (26 Arbeitstage); arbeitstäglich 112 369 t gegen 128 366 t und 115 287 t. Inlandsabsatz 1 260 329 t (Dezember 1 626 713). Ausfuhr 940 832 (998 763) t, **Gesamtabsatz 2 201 161** (2 625 476), davon Hauptbahnversand 1 674 855 (2 116 657). Bestand am Monatsende 1 008 285 (720 778) t. Die Wagengestellung erfolgte angesichts des starken Rückganges der Anforderungen ohne jedes Manko und betrug im arbeitstäglichen Durchschnitt 7016 (9637) Wagen.

Der Produktionsausfall im Januar war bedeutend geringer als der Rückgang des Absatzes, und aus diesem Grunde

vergrößerten sich die Haldenbestände um 288 000 t und bis zum 9. Februar noch um weitere 53 000 t auf 1 061 744 t.

Seit Juli 1927 waren die Bestände stets unter 1 000 000 t geblieben. Der Tagesdurchschnitt der Förderung sank dann zu Anfang Februar in noch rascherem Tempo. Er belief sich in der Woche vom 27. 1. bis 2. 2. auf 101 197 t. in der Woche vom 3. bis 9. 2. auf 91 977 t. Die Ursachen dieses raschen Konjunkturumschwunges, der mit derselben Plötzlichkeit vor sich geht wie in Westoberschlesien, sind der außergewöhnlich milde Winter und die vorhandenen großen Vorräte des Handels und der Verbraucher, die im Herbst geradezu Kohle hamsterten wie in Kriegszeiten oder bei Streikgefahr. Der Inlandsabsatz hielt sich zwar innerhalb Oberschlesiens auf dem bisherigen Stande und zeigte sogar eine unbedeutende Zunahme (um 3000 t), desto mehr aber nahm der Verkauf nach dem übrigen Polen ab, dessen Rückgang 379 000 t, d. s. 29,1 Prozent, ausmachte. Der Inlandsbedarf hatte im Berichtsmonat ungefähr die gleiche Höhe wie in den Sommermonaten 1928. Auch die Industrie gab nicht viel Bestellungen auf, weil die Stagnation in den meisten Wirtschaftszweigen immer stärker hervortrat. Die starken Absatzschwierigkeiten führten zu Preisermäßigungen durch den Kohlenhandel, namentlich in Warschau und Lodz, wo von den neu eintreffenden Kohlenmengen nur bei starken Preisnachlässen ein kleiner Teil Absatz fand. Eine starke Belastung der Lodzer Industrie bildete die Erhöhung der Eisenbahnfracht für Staubkohle seit 1. Oktober um 32,5 Prozent. Auf Antrag der Lodzer Handelskammer wurde die Fracht. vorläufig bis 30. April, um 19 Prozent ermäßigt.

Der Export nach den nördlichen Märkten konnte etwas zunehmen. Für Gesamtpolen berechnet (also unter Einschluß des Exportes aus dem Dombrowarevier und dem Krakauer Becken) betrug er 588 000 (554 000) t. Sehr stark rückgängig war hingegen die Ausfuhr nach den Nachfolgestaaten, die von 401 000 t im Dezember auf 285 000 t im Januar sank. Hier waren die gleichen Ursachen maßgebend, die auch den Inlandsabsatz so sehr einschränkten. Aus der Gruppe „Andere Länder" vergrößerten sich die Abrufe Frankreichs ganz außerordentlich zu der bisher noch nicht verzeichneten Höhe von 120 000 (84 000) t. Hingegen Italiens Bezüge fielen auf 45 000 (56 000) t. Insgesamt stellte sich der Export der drei Reviere im Januar auf 1 164 000 (1 234 000) t.

Der Export über Danzig und Gdingen schnellte gewaltig empor,

und stieg auf 805 000 t gegen 642 000 t im Vormonat und 521 000 t im Januar des Vorjahres. Auf den Umschlag in Danzig entfielen 551 000 t, auf Gdingen 254 000 t.

Die Verhandlungen über eine englisch-polnische Kohlenverständigung als Keimzelle einer internationalen Verständigung, die Anfang Januar in London begonnen worden waren, kamen in den letzten Wochen nicht vorwärts. Bei der Londoner Tagung war die Gründung einer paritätischen Kommission vereinbart worden, die als vorbereitende Arbeit eine vergleichende Bewertung der Markenklassen und Sorten der englischen und polnischen Kohle vornehmen sollte. Diese Kommission ist aber bisher noch nicht zusammengetreten, obwohl eine neue Konferenz der beiderseitigen Vertreter für den 7. März nach London anberaumt ist. Diese Verzögerung der Kommissionsarbeit ist offenbar eine Folge der innerpolitischen Verhandlungen und Parlamentsaussprachen über die neue Kohlengesetzgebung in England. Zum Verständnis der Tragweite der englisch-polnischen Kohlenberatungen muß man wissen, daß englischerseits an ihnen vorläufig nur die sog. fünf Grafschaften beteiligt sind, die etwa 40 Prozent der englischen Kohlenförderung bedeuten.

Dr. Meister.

Berliner Börse

Schwache Eröffnungsnotierungen — Im Verlauf leicht anziehend Nachbörse wieder rückgängig

Berlin, 19. Februar. Nach einem geschäftslosen Vormittagsverkehr wurde es zu Beginn des offiziellen Verkehrs schwächer. Die Außenhandelsziffern für Januar, die als günstig anzusprechen sind, da sie eine stärkere Zunahme der Ein- und Ausfuhr bringen, konnten diesmal kein klares Bild bieten. Die ersten Kurse lagen überwiegend bis zu 1½ Prozent unter dem Vortagsschluß. Darüber hinaus verloren Hotelbetrieb 3½, Gelsenkirchen 2¾, Rheinische Braunkohlen 2½, AEG und Schubert & Salzer 2¼ Prozent, Lorenz, Elektrische Lieferungen und AG. für Verkehr 2 Prozent. Hammersen erschienen mit Minus-Minus-Zeichen an den Kurstafeln. Auf der anderen Seite **besserten sich Chade um 8 Mark** und auch Ilse, Aschaffenburger Zellstoff, Eisenbahnverkehr und Schlesische B-Gas gewannen bis zu 1 Prozent. Licht & Kraft und Gesfürel eröffneten auf Fusionsgerüchte recht widerstandsfähig.

Im Verlaufe konnten sich die anfangs gedrückten Werte etwas erholen, Licht & Kraft und Gesfürel erfreuten sich aus dem oben angeführten Grunde stärkeren Interesses, wovon der übrige Elektromarkt profitieren konnte. Farben, die anfangs unter Angebot zu leiden hatten, holten einen Teil ihres Anfangsverlustes auf, auch Gelsenkirchen und Hotelbetrieb erholten sich etwas. **Bank für Brauindustrie waren im Verlaufe um 2 Prozent abgeschwächt.** Das Geschäft bewegte sich in außerordentlich engen Grenzen. Anleihen behauptet, Neubesitzanleihe später um 15 Pfg. anziehend. Pfandbriefe schwächer, Liquidationspfandbriefe und Anteile uneinheitlich. Devisen wenig verändert, Spanien, Buenos und Rio fest, London und Schweiz schwächer. Geldmarkt wieder leichter, Tagesgeld 4½ bis 6½, vereinzelt 4 Prozent, die übrigen Sätze blieben unverändert. Der Kassamarkt verkehrte in vorwiegend schwächerer Haltung. **Größere Verluste erlitten u. a. Grün & Bilfinger mit 5 Prozent und Steingut Colditz mit 6 Prozent.** Bis zum Schluß besserte sich an der lustlosen Stimmung der Börse nichts, sie schloß größtenteils zum Anfang wenig verändert, teilweise aber auch etwas darunter. **Deutsch-Atlantische Telegraphen zeichneten sich mit einem Tagesgewinn von 5 Prozent aus.**

Die Tendenz an der Nachbörse ist leicht abgeschwächt.

Breslauer Börse

Sehr still

Breslau, 19. Februar. Das Geschäft war heute wieder recht still, die Kurse lagen eher um Kleinigkeiten abgeschwächt. ½ Prozent niedriger notierten Gorkauer Brauerei mit 108. Rütgerswerke mit 74,5, Deutscher Eisenhandel mit 70, EW. Schlesien mit 109,5. Stärker abgeschwächt waren Feldmühle mit 175,25, Kramsta notierten 11, Haynauer Zucker 111, Laurahütte stellten sich wie gestern auf 50. Am Anleihemarkt war der Altbesitz 51,75, Liquidations-Landschaftliche Pfandbriefe fester. 71,60, auch die Anteilscheine etwas höher, 20.60. Liquidations-Bodenpfandbriefe 81,60, die Anteilscheine 11,90, Roggenpfandbriefe verloren zwei Punkte, 6,92.

Berliner Produktenmarkt

Deckungsnachfrage in Weizen

Berlin, 19. Februar. Die Erholung am Schluß der gestrigen nordamerikanischen Terminmärkte hatte im Vormittagsverkehr für Weizen einige Deckungsnachfrage im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ausgelöst, jedoch konnten sich die etwa 2 Mark betragenden Preisbesserungen an der Börse nicht ganz behaupten. Die ersten amtlichen Notierungen lagen 1 bis 1½ Mark über gestrigem Schlußniveau. Das Inlandsangebot zur prompten Waggonverladung bleibt mäßig, infolge des unbefriedigenden Mehlabsatzes waren jedoch nur eine Mark höhere Preise als gestern zu bedingen. Roggen konnte seinen Preisstand am Lieferungsmarkt auf Grund kräftiger Interventionen und einiger Deckungen um 3½ bis 4½ Mark bessern. Das Angebot in Waggonware bleibt sehr reichlich. Man rechnet mit Stützungskäufen auf gestrigem Preisstand. Kahnware macht sich heute etwas knapper, da das Inland angesichts des Preisunterschieds die Verladung auf dem Bahnwege vorzieht. Weizen- und Roggenmehle sind in den Forderungen unverändert und haben schleppendes Geschäft. Hafer ist ausreichend offeriert, die hohen Forderungen werden vom Konsum nur zögernd bewilligt. Gerste in unveränderter Marktlage.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 19. Februar 1930

Weizen	
Märkischer	231—234
Lieferung	—
März	245½—246
Mai	256½
Juli	264½—265
Tendenz fester	
Roggen	
Märkischer	159—163
Lieferung	—
März	169
Mai	176
Juli	178¼—179
Tendenz fest	
Gerste	
Wintergerste	—
Braugerste	160—170
Futtergerste	140—150
Tendenz ruhig	
Hafer	
Märkischer	124—134
Lieferung	—
März	140
Mai	146¼
Juli	151½—151
Tendenz: fester	
für 1000 kg in M. ab Stationen	
Mais	
Plata	—
Rumänischer	—
Waggon frei Hamb.	
Lieferung	
Tendenz:	
für 1000 kg in M.	
Weizenmehl	27½—34¾
Tendenz stetig	
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin.	
Feinste Marken üb. Notiz bez.	
Roggenmehl	
Lieferung	21—24½
Tendenz leicht befestigt	

Weizenkleie	8—8½
Weizenkleiemelasse	—
Tendenz stetig	
Roggenkleie	7¼—7¾
Tendenz lustlos	
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin	
Raps	—
Tendenz:	
für 1000 kg in M. ab Stationen	
Leinsaat	—
Tendenz:	
für 1000 kg in M.	
Viktoriaerbsen	22.00—29.00
Kl. Speiseerbsen	20.00—22.00
Futtererbsen	16.00—17.00
Peluschken	16.50—18.50
Ackerbohnen	16.50—18.50
Wicken	18.50—23.00
Blaue Lupinen	13.00—14.00
Gelbe Lupinen	16.00—17.50
Seradella, alte	—
neue	23.00—28.00
Rapskuchen	15.50—16.00
Leinkuchen	18.00—19.00
Trockenschnitzel prompt	6.70—6.80
Zuckerschnitzel	—
Sojaschrot	14.20—15.30
Torfmelasse	—
Kartoffelflocken	13.00—13.50
für 100 kg in M. ab Abladestat.	
märkische Stationen für den ab Berliner Markt per 50 kg	
Kartoffeln weiße	—
do. rote	—
do. gelbfl.	—
Fabrikkartoffeln pro Stärkeprozent	—

Breslauer Produktenmarkt

Leicht befestigt

Breslau, 19. Februar. Die Tendenz für Roggen und Weizen war heute im Laufe der Börse leicht befestigt. Für Weizen wurden 2 Mark, für Roggen im Freiverkehr 1 bis 2 Mk. mehr von der Stützung unverändert bezahlt. Hafer lag etwas schwächer, und es wurden 2 bis 3 Mark weniger angeboten, doch sind die Abgeber nicht geneigt, auf dieser Basis zu verkaufen. Gerste liegt unverändert stetig. Industriegerste hat etwas lebhaftere Nachfrage auf gestriger Basis. In Futtermitteln sind Kraftfutter unverändert angeboten, während polnische Kleien eher eine Kleinigkeit billiger zu haben sind. Stroh und Heu liegen unverändert.

Breslauer Produktenbörse

Getreide — Tendenz stetig

	19. 2.	18. 2.
Weizen 75kg	22.70	22,70
Roggen	16,10	16,10
Hafer	12,00	12,20
Braugerste, feinste	—.—	—.—
Braugerste, gute	17,00	17,00
Mittelgerste	—.—	—.—
Wintergerste	15,00	14,50

Oelsaaten — Tendenz:

		17. 2.
Winterraps	—,—	—.—
Leinsamen	—.—	36.00
Senfsamen	—,—	28 00
Hanfsamen	—,—	30.00
Blaumohn	—,—	72,00

Mehl — Tendenz ruhig

	19. 2.	18. 2.
Weizenmehl (Type 70%)	33,00	33,00
Roggenmehl (Type 70%)	23,25	23,25
Auszugmehl	39.00	39.00

Breslauer Viehmarkt

Breslau, den 19. Februar 1930.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes:

Der Auftrieb betrug: 1308 Rinder, 969 Kälber, 306 Schafe 2658 Schweine.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht in Goldmark

A. Ochsen 157 Stück

a) vollfl. ausgem. höchst. Schlachwert 1. jüngere	50—53
2. ältere	50—53
b) sonstige vollfl. 1. jüngere	40—48
2. ältere	40—42
c) fleischige	27—30
d) gering genährte	27—30

B. Bullen 412 Stück

a) jüngere, vollfl. höchst. Schlachtw.	50—51
b) sonstige vollfl od. ausgem.	42—44
c) fleischige	36
d) gering genährte	—

C. Kühe 586 Stück

a) jüngere vollfl. Schlachtw.	44—46
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	33—35
c) fleischige	25—27
d) gering genährte	20

D. Färsen 138 Stück

a) vollfleischige ausgem. höchst. Schlachtwertes	49—53
b) vollfleischige	42—46
c) fleischige	35

E. Fresser 15 Stück

Mäßig genährtes Jungvieh	40—42

Kälber Stück

a) Doppelender bester Mast	—
b) beste Mast und Saugkälber	76—80
c) mittlere Mast- und Saugkälber	67—70
d) geringe Kälber	52—55

Schafe Stück

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 1. Weidemast	—
2. Stallmast	—
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	64—66
c) fleischige Schafe	52—55
d) gering genährte Schafe	—

Schweine Stück

a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—
b) vollfl. Schweine v. ca. 240—300 Pfd. Lbdgew.	80—82
c) vollfl. Schweine „ „ 200—240	80—81
d) vollfl. Schweine „ „ 160—200	78—80
e) fleischige Schweine v. ca. 120—160 Pfd. Lbdgew	—
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lbdgew	—
g) Sauen und Eber	70—73

Geschäftsgang: Bei Rindern schlecht, Kälbern gut, Schafen mittel, Schweinen langsam.

Voraussichtlicher Ueberstand: 10—15 Rinder. — Schafe, 5 Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt und Verkaufskosten Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsschwund ein müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Wirtschafts-Kurzberichte

Der Reichsrat hat der Regierungsvorlage über Uebernahme der Garantie für die Komnick AG. in Elbing in Höhe von 1 Million RM. und für die Bereitstellung eines Erwerbskredits für die Werftbetriebe der Union-Gießerei AG. in Königsberg aus der Konkursmasse zugestimmt.

*

Das Reichsinnenministerium beabsichtigt, die Frage der Hinzuziehung von Sachverständigen aus der Wirtschaft im Rahmen der §§ 7 und 8 des Lebensmittelgesetzes reichsgesetzlich zu regeln.

*

Das Roggenbrotgesetz wird zur Zeit vom Reichswirtschaftsrat beraten. In Fachkreisen wird auch noch die Hebung des Roggenmehlkonsums durch Herstellung von Roggen-Kleingebäck befürwortet.

*

In der Hohlglasindustrie fanden in letzter Zeit weitere Betriebseinschränkungen statt. Die Geschäftslage ist außerordentlich ungünstig. In der Lausitzer Glasindustrie legen die Germania- und die Bismarckhütte infolge Auftragsmangels Ende dieser Woche je einen Ofen still.

*

Im Jahre 1929 betrug der Anteil der Tschechoslowakei an der deutschen Einfuhr von Gerste 3,6, Malz 90.9 und Hopfen 69.8 Prozent. Der Bedarf der Brauereien in Gerste beträgt jährlich 13,5, in Malz 10,1 Millionen dz und in Hopfen rund 250 000 Zentner.

*

Die seit 1879 bestehende, 1897 in eine AG. umgewandelte Lodzer Textil- und Konfektionsfirma Leonhardt Woelcker & Girbhardt AG. ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat Geschäftsaufsicht beantragt.

*

Die polnische Regierung hat neuerdings weitere 17 Millionen Zloty zur Fertigstellung der Eisenbahnlinie Oberschlesien—Gdingen bereitgestellt.

*

Die Verhandlungen der Polnischen Landwirtschaftlichen Kreditanstalt, 5 Millionen Dollar Pfandbriefe in Frankreich unterzubringen, sind ergebnislos verlaufen.

*

Baugenossenschaften und Wohnungsfürsorgegesellschaften wenden sich gegen die Hergabe von Mitteln aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung für die Arbeitslosenversicherung, da dadurch die bisher von der Invaliden- und Angestelltenversicherung für den Kleinwohnungsbau bereitgestellten Mittel eine Kürzung erfahren dürften.

*

Die Reichspost beabsichtigt nicht, bei der Benutzung von Bar-Frankiermaschinen Portoermäßigung zu gewähren.

Metalle

Berlin, 19. Februar. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Preis für 100 kg in Mk.: 170½.

London, 19. Februar. Kupfer, Tendenz stetig, Standard per Kasse 70—70⅛, per drei Monate 68⅛—68¼, Settl. Preis 70, Elektrolyt 83½—84¼, best selected 77¼—78½, Elektrowirebars 84¼. Zinn, Tendenz stetig, Standard per Kasse 174¼—174⅜, per drei Monate 177⅛—177½, Settl. Preis 174⅜, Banka*) 180⅝, Straits*) 176⅝. Blei, Tendenz flau, ausländ. prompt 21¼, entf. Sichten 21 1/16. Settl. Preis 21¼, Zink, Tendenz flau, gewöhnl. prompt 18 13/16, entf. Sichten 19½, Settl. Preis 18¾, Antimon Regulus, chines. per*) 26—26¼, Quecksilber*) 23⅛, Wolframerz*) 29—32, Silber 19 15/16, Lieferung 19 13/16.

*) Inoffizielle Notierungen.

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	19. 2. Geld	19. 2. Brief	18. 2. Geld	18. 2. Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	1,588	1,592	1,579	1,583
Canada 1 Canad. Doll.	4.161	4,169	4.157	4.165
Japan 1 Yen	2,057	2,061	2,058	2,062
Kairo 1 ägypt. St.	20,87	20,91	20,87	20,91
Konstant. 1 türk. St.	1,898	1,902	1,898	1,902
London 1 Pfd. St.	20,351	20,391	20,349	20,389
New York 1 Doll.	4,1885	4,1965	4,1875	4,1955
Rio de janeiro 1 Milr.	0,471	0,473	0,465	0,467
Uruguay 1 Gold Pes.	3,666	3,674	3,666	3,674
Amstd.-Rottd 100 Gl.	167,92	168,26	167,88	168,22
Athen 100 Drchm.	5,415	5,425	5,425	5,435
Brüssel-Antw. 100 Bl.	58,30	58,42	58,28	58,40
Bukarest 100 Lei	2,489	2,493	2,489	2,493
Budapest 100 Pengö	73,145	73,285	73,14	73,28
Danzig 100 Gulden	81,33	81,49	81,33	81,49
Helsingf. 100 finnl. M.	10,533	10,553	10,531	10,551
Italien 100 Lire	21,90	21,94	21,90	21,94
Jugoslawien 100 Din.	7,371	7,385	7,368	7,382
Kopenhagen 100 Kr.	112,05	112,27	112,07	112,29
Lissabon 100 Escudo	18,84	18,88	18,78	18,82
Oslo 100 Kr.	111,93	112,15	111,93	112,15
Paris 100 Frc.	16,375	16,415	16,375	16,415
Prag 100 Kr.	12,397	12,417	12,396	12,416
Reykjavik 100 isl. Kr	91,91	92,09	91,91	92,09
Riga 100 Lats	80,64	80,80	80,60	80,76
Schweiz 100 Frc.	80,76	80,92	80,765	80,925
Sofia 100 Leva	3,027	3,033	3,027	3,033
Spanien 100 Peseten	51,75	51,85	50,65	50,75
Stockholm 100 Kr.	112,29	112,51	112,26	112,48
Talinn 100 estn. Kr.	111,49	111,71	111,49	111,71
Wien 100 Schill.	58,93	59,05	58,935	59,055

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 19. Februar. (Terminpreise.) Tendenz stetig. Februar 8,80 B., 8,70 G., März 8,75 B., 8,65 G., April 9,00 B., 8,90 G.,- Mai 9.05 B., 9,00 G., August 9,50 B., 9,45 G., Oktober 9,65 B., 9,60 G., Dezember 9,85 B., 9,75 G.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Seifter, Bielsko
Druck: Kirsch & Müller, Sp. z. ogr. odp., Beuthen OS.